

Anlage 2 zu GRDRs 591/2019

Bürgerhaushalt Stuttgart 2019

Stellungnahmen zu den
bestbewerteten 130 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)



Impressum

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart, Stadtkämmerei

Gestaltung und Umsetzung:
buergerwissen, info@buergerwissen.de

Quelle: <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de>

Stuttgart, 18. Juni 2019

Vorwort

Das Konzept des Stuttgarter Bürgerhaushalts sieht vor, dass zu den von den Bürgerinnen und Bürgern am besten bewerteten 100 Vorschlägen – den TOP-Vorschlägen – eine fachliche Stellungnahme durch die Verwaltung erstellt wird. Diese Liste der TOP-Vorschläge wird um die zwei am höchsten bewerteten Vorschläge jeden Stadtbezirks ergänzt, sofern es aus dem Stadtbezirk kein Vorschlag unter die TOP 100-Vorschläge geschafft hat. Dadurch wurden beim Bürgerhaushalt 2019 weitere 20 Vorschläge berücksichtigt. Nachdem außerdem zu gleichen Themen mehrere Vorschläge (z.B. Erhalt und Öffnungszeiten von Bädern, Einschränkung von Silvesterfeuerwerken, Baum- und Grünpflanzungen) unter den ersten hundert waren, wurde die TOP 100-Liste um 10 zusätzliche Vorschläge erweitert. Daher hat die Verwaltung fachliche Stellungnahmen zu insgesamt 130 Vorschlägen erarbeitet.

Auch die Bezirksbeiräte haben Stellungnahmen zu ausgewählten Vorschlägen ihres Stadtbezirkes abgegeben. Die Stellungnahmen der Verwaltung und der Bezirksbeiräte zu den TOP 130-Vorschlägen sind im Folgenden aufgeführt.

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 130 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
1	50777	Die Neckarwelle - Surfen mitten in Stuttgart	2
2	50619	Erhaltet die Bernsteinwiese!	3
3	50459	Eissport in Stuttgart sichern: Weitere Eishalle auf der Waldau planen und realisieren	4
4	50001	Mehrzweckhalle für den Stadtbezirk, die Sportvereine und die Schulen in Plieningen-Birkach errichten	5
5	53111	Mobile Kindersozialarbeit, projektfianziert bis Ende 2019. Die Weiterfinanzierung ist nicht gesichert!	6
6	51419	Schulhaussanierungen im Stadtbezirk	7
7	50330	Stadtbad Cannstatt erhalten und sanieren	8
8	52277	Hortbetreuung durch Eltern-Kind-Gruppen erhalten	9
9	50004	Ausbau des Stadtbahn- und des S-Bahn-Netzes	10
10	50271	Ein fahrradfreundliches Stuttgart - Ziele des Radentscheids Stuttgart umsetzen	12
11	50047	Schulen: Endlich sanieren	13
12	52875	Erweiterung der Schulmensa des Wagenburg-Gymnasiums	14
13	52348	Dringend benötigt: Ein zusätzlicher Kunstrasenplatz mit Flutlichtanlage für den TSV Stuttgart-Mühlhausen	15
14	52740	Fanny-Leicht-Gymnasium Versammlungshalle renovieren	16
15	51781	Bunker zu neuem Leben erwecken - Nutzung des Diakonissenbunker in Stuttgart West	17
16	50738	Neuen Wohnraum schaffen	18
17	50162	365-Euro-Ticket für Stuttgart einführen	19
18	50461	Mehr Wildblumenflächen für Bienen schaffen/erhalten	20
19	50865	Kita ErzieherInnen/Soziale Berufe besser bezahlen und mehr Anreize schaffen	21
20	52973	Hebammenversorgung verbessern	23
21	52610	Neues Feuerwehrhaus in Sillenbuch bauen	24
22	51269	Ohne Neubau keine Zukunft für die Jugendfarm Zuffenhausen	25
23	53458	Platz da für Naturwissenschaften. Fritz-Leonhardt-Realschule und Wilhelm-Gymnasium mit Fachräumen ausstatten	26
24	53519	Keine weitere Reduzierung der Öffnungszeiten der Hallenbäder Sonnenberg, Vaihingen und Plieningen und weiterer Bäder in Stuttgart	27
25	51198	Neues Sportvereinszentrum in S-Wangen in der Kesselstraße 30 eröffnen	28
26	51828	Neckar erlebbar machen und Aufenthaltsqualität erhöhen	29
27	52177	Einweg Müll von Kaffee to go Becher und Fast Food reduzieren	30
28	52965	Lebensmittelverschwendung bekämpfen - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt, die den Schutz der Umwelt ernst nimmt!	31
29	50006	Mehrweg statt Einweg – Geschirrmobil für öffentliche Veranstaltungen ohne Müllberge	32
30	52546	Hallenbäder müssen öffentlich bleiben	33
31	52812	Mehr durchgängige Radwege in Stuttgart	35
32	51650	günstiges VVS-Stuttgart-Stadt-Ticket anbieten	36

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 130 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
33	50007	Silvesterknallerei (private Feuerwerke) begrenzen, dafür zentrales Feuerwerk organisieren	37
34	53578	Öffnungszeiten Bäder in Stuttgart erhalten	38
35	53695	Zahnradbahn abends länger fahren lassen - auch für Fahrradmitnahme wichtig.	39
36	51210	Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen (siehe stuttgarterschülergruppen.jimdo.com)	40
37	52544	Abendöffnungszeiten für Bäder erhalten	41
38	51515	Coffee to go Becher/Strohhalme/Plastiktüten verbieten	43
39	52685	Klimawandel - Bäume in Straßen pflanzen	44
40	52569	VVS Tarif für Nahbereich vergünstigen	45
41	51404	SSB & VVS subventionieren für billigere Tickets & mehrere U-Bahn Fahrzeuge für höhere Taktung	46
42	50653	Neckarufer als Naherholung ausbauen	47
43	52148	öffentlicher Nahverkehr stärken	48
44	52265	Fahrrad- und Fußgängerbrücke über den Neckar realisieren	49
45	51630	Stuttgart muss grüner werden!	50
46	51941	Frischluftschneisen erhalten	51
47	52399	Verhinderung der Schließung sämtlicher Stuttgarter Bäder und Saunen wie z.B. im Heselacher	52
48	52276	Hallenbäder erhalten	53
49	52751	Stuttgarts wunderschöne Panorama-Aussichtsbahnstrecke, die Gäubahn, muss unbedingt erhalten bleiben!	54
50	50712	ÖPNV attraktiver machen	55
51	51049	Den ganzjährigen Betrieb des Hallenbad Heselach sicherstellen	56
52	51612	Neckarpromenade verbessern	57
53	50575	Stuttgart muss grüner werden: Plätze bepflanzen	58
54	53533	Mehr Grün in der Stadt schaffen	59
55	51851	Mehr Radwege schaffen	60
56	53239	Städtische Grünflächen ökologisch aufwerten (Insektenwiese)	61
57	51687	Hallenbäder für die Öffentlichkeit erhalten	62
58	50636	1000 Bäume Programm erneut auflegen	63
59	50648	Plastikmüll reduzieren und Einwegplastik abschaffen	64
60	50440	Erreichbarkeit des Flughafens per S-Bahn auch für frühe Flüge unter der Woche ermöglichen	65
61	52107	Tagesticket zu 24 Stunden Ticket ändern	66
62	51978	Kinder kostenlos in öffentlichen Verkehrsmitteln fahren lassen	67
63	50869	Bezahlbaren Wohnraum für Familien schaffen	68
64	50840	1. Klasse in S-Bahnen abschaffen - Mehr Platz für alle Fahrgäste	69
65	53609	Wohnraum für heimat-obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene schaffen	70
66	50606	Radwege sicherer machen	72
67	53734	Sozialen Wohnungsbau fördern	73

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
68	51117	Silvesterfeuerwerksverzicht um den Feinstaub in der Luft zu reduzieren	74
69	51517	Städtischen Wohnungsbau fördern	75
70	51881	Neckartalradweg wieder öffnen	76
71	53082	Hallenbäder Öffnungszeiten nicht einschränken	77
72	52182	Radwegenetz ausbauen	78
73	51145	Kostenlosen oder 1-Euro-Eintritt am Sonntag für Stuttgarter Museen einführen (wie in München)	79
74	50152	Grünes Stuttgart gegen Überhitzung erschaffen	80
75	50634	Bäume für den Marienplatz pflanzen	81
76	52125	Private Feuerwerke an Silvester verbieten, Feinstaub und Müll reduzieren	82
77	51372	Bäderkonzept 2030 ist eine Zumutung. Hallenbäder offen lassen und Kursangebot erhalten!	83
78	53628	Radwege Feuerbach verbinden und Zentrale Fahrradstraße mit Verbindungen zu den umliegenden Stadtbezirken schaffen	85
79	51037	Verkehrinseln mit Blumen für Wildbienen und Schmetterlinge bepflanzen	86
80	51620	Schulen sanieren	87
81	51546	Radwege bauen	88
82	52404	ÖPNV ausbauen! Jetzt!	89
83	51711	Preiswerteres Tagesticket VVS	90
84	50357	Nachpflanzung von Platanen auf der Königstraße	91
85	53675	ÖPNV weiter ausbauen und die Verkehrsfrequenz (auch Abends und am Wochenende) erhöhen	92
86	53003	Mehr Grün im Kessel	93
87	52008	Villa Berg sanieren	94
88	52164	Förderung des Radverkehrs in der gesamten Stadt Stuttgart	95
89	51397	Brachliegende Grünflächen Imkern zu Verfügung stellen und mit Wildblumen versehen	96
90	51381	Konzept für verpackungsfreie Supermärkte fördern	97
91	53771	Das Stadtbad am Neckar erhalten	98
92	51535	Bäume pflanzen	99
93	50273	Bessere Taktung des ÖPNV, sowie längere Fahrzeiten	100
94	51898	Leo Vetterbad nicht schließen	101
95	53483	Kurzstreckenticket verbessern	102
96	50344	Musikschulgebäude in Hofen sanieren	103
97	51785	Bäume für die Augustenstraße pflanzen	104
98	52000	ÖPNV ausbauen	105
99	50424	Fahrradständer in der Innenstadt aufstellen	106
100	52755	Bürgerwald statt Nutzwald! Weniger Baume fällen - dafür Umsetzung eines neuen naturnahen „Stuttgarter Modells“ für den Wald mit Priorisierung der Naherholung, Wiederherstellung der Waldspielplätze und ausreichender Personalausstattung für die Reviere	107

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 130 Vorschlägen

Platz	Vorschlags- Nummer	Titel	Seite
101	53014	ÖPNV-Ausbauen: Ringverkehr um Stuttgart	108
102	50345	Neckar für die Bürger nutzbar machen	109
103	53685	Dachbegrünung auf allen öffentlichen (städtischen) Gebäuden	110
104	52781	Lebensmittelspenden fördern	111
105	52842	Mehr Grün in der Stadt!	112
106	52828	Leerstehende Büros in Wohnraum umwandeln	113
107	51742	Hohe Abgaben auf Einweggeschirr und Pappbechern von Schnellimbisstuben-/restaurants und Caféketten einführen	114
108	52262	Sporthalle in Weilimdorf bauen	115
109	50642	Gefällte Bäume durch neue ersetzen	116
110	51897	Bürgerhaus Botnang - Lärmemissionen reduzieren	117
111	51511	Arnulf Klett Passage freundlicher und einladender gestalten	118
112	50839	Kostenlose Parkplätze für Stadträte abschaffen	119
131	50699	Hallenbad Untertürkheim dauerhaft erhalten	120
164	50502	Waldspielplätze wiederaufbauen	121
180	50025	Kulturzentrum Zuffenhausen: Umbau des Eingangs	122
185	51636	Schwimmbadöffnungszeiten im Bad Sonnenberg nicht verkürzen	123
203	51060	Platanen an der Heilbronner Straße wieder pflanzen	124
235	51883	Theaterhaus Stuttgart subventionieren	125
268	51123	Alle Schulsportanlagen am Wochenende für Vereine öffnen	126
360	50143	Treppen an den Neckar bauen	127
383	52979	Hallenbad Plieningen - öffentliche Badezeiten erhalten	128
387	50061	Taktverdichtung U15 einführen	129
393	51801	Backhaus für Stammheim bauen	130
480	50463	U6 dichter takten und U13 nach Weilimdorf verlängern auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten	131
617	50059	Gleisbett der SSB-Trasse in Hedelfingen begrünen	132
680	50659	Fahrradweg Mittlere Filderstraße bauen	133
855	53415	Einen Neckarhöhenweg einrichten	134
878	50085	Mittlere Filderstraße sanieren	135
1001	50714	Stadtteil- und Familienzentrum für Obertürkheim einrichten	136
1023	53178	Radweg über die Otto-Hirsch-Brücken verbessern	137

Stellungnahmen zu den bestbewerteten 130 Vorschlägen

(inklusive den bestbewerteten 2 Vorschlägen je Stadtbezirk)

Platz: 1

Vorschlag Nr. 50777

Die Neckarwelle - Surfen mitten in Stuttgart

Surfen mitten in Stuttgart!

Der Neckarwelle e.V. bittet den Stuttgarter Gemeinderat für 2019 die Mittel zur Weiterführung der Planung sowie im kommenden Doppelhaushalt 2020/21 die Mittel für den Bau einer surfbaren Flusswelle im Neckar in Untertürkheim bereitzustellen. Als Vorbild dient dabei die Eisbachwelle in München, die das Stadtbild nachhaltig prägt.

Nach dem Erreichen des 20. Platzes beim Bürgerhaushalt 2017 hatte der Stuttgarter Gemeinderat eine Machbarkeitsstudie bewilligt. In dieser wurden alle relevanten Aspekte (Umweltbelange, Verkehr, Denkmalschutz, Lärmemission, Sicherheit, Technische Machbarkeit, Hydrologie, Objektvorplanung, Betreiberkonzept und Planungsrecht) eingehend untersucht. Diese Studie liegt der Stadt Stuttgart seit Ende November 2018 vor. Die Neckarwelle ist technisch machbar. Der Standort im Neckarseitenkanal in Untertürkheim ist dafür geeignet.

Die Neckarwelle eignet sich hervorragend für die Internationale Bauausstellung (IBA) 2027 und bildet eine sinnvolle Ergänzung zu den bereits geplanten Maßnahmen im Rahmen des Masterplans „Erlebnisraum Neckar“ der Stadt Stuttgart sowie zu den am Standort bereits vorhandenen Wassersportangeboten (Inselbad, Hallenbad, Ruderverein und Kajakverein). Die Neckarwelle ist dabei weit mehr als ein Surfspot. Sie ist ein junges, innovatives und sympathisches Wahrzeichen für Stuttgart. Sie ist das Symbol einer dynamischen Stadt am Fluss mit überregionaler Strahlkraft und Ausdruck einer positiven, aktiven, innovativen und ökologisch orientierten Stadtbürgerschaft.

Packen wir es jetzt an, damit es 2020 heißt: "Stuttgart surft"!

Aloha,

die Vorstände des Neckarwelle e.V.

#surf711 #neckarwellebürgerhaushalt

positive Wertungen: 4445

negative Wertungen: 216

Stellungnahme der Verwaltung

Der Verein Neckarwelle e.V. hat im Jahr 2018 in Abstimmung mit der Stadt Untersuchungen zur technischen Machbarkeit einer stehenden Surfwellen im Neckarseitenkanal in Stuttgart-Untertürkheim in Auftrag gegeben und dafür von der Stadt einen entsprechenden Zuschuss erhalten. Parallel dazu wurden von den Gesundheitsbehörden Untersuchungen zur Wasserqualität des Neckars durchgeführt.

Ende 2018 hat der Verein Neckarwelle e.V. die Ergebnisse der technischen Machbarkeit für eine Surfwellen vorgelegt. Über die Untersuchungsergebnisse der Wasserqualität haben die Gesundheitsbehörden den Ausschuss für Umwelt und Technik in seiner Sitzung am 09. April 2019 ausführlich unterrichtet. Die mikrobiellen Belastungen des Neckars sind so stark, dass beim Untertauchen Krankheitserreger aufgenommen werden können und deshalb entschieden von Freizeitaktivitäten im Neckar abgeraten wird. Die Stellungnahme der Gesundheitsbehörden erging in Kenntnis des Projekts und unter Würdigung der vom Neckarwelle e.V. vorgeschlagenen Schutzmaßnahmen. Die Voraussetzungen für eine notwendige wasserrechtliche Genehmigung liegen damit nicht vor.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Untertürkheim fordert den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auf, Maßnahmen einzuleiten, um die Wasserqualität des Neckars deutlich zu verbessern und der Neckarwelle noch eine Realisierung zu ermöglichen.

Platz: 2

Vorschlag Nr. 50619

Erhaltet die Bernsteinwiese!

Die Bernsteinwiese in Heumaden mit Spiel- und Bolzplatz ist die einzige größere Freizeit- und Erholungsfläche für das Wohngebiet "Über der Straße". Trotzdem ist sie immer wieder von Bebauung bedroht, weil der Flächennutzungsplan aus den 70ern dies erlaubt.

Wir beantragen, dieses Areal als öffentliche Grünfläche auszuweisen und somit dauerhaft zu erhalten. Die Bernsteinwiese wird seit Jahren für folgende Aktivitäten genutzt:

Naturnaher Bewegungsraum für Jung und Alt; beliebtes Ausflugsziel der benachbarten Kindergärten und Schulen; Treffpunkt für Kindergeburtstage; Frisbee- und Ballspiele sowie Slackline Training; Picknicks und nachbarschaftliche Gespräche; Löschübungen der Jugendfeuerwehr Heumaden; jährliche Vorstellungen des Circus Piccolo; Lebensraum für Vögel und Insekten.

Folgende Ergänzungen würden den ökologischen und sozialen Wert des Geländes weiter steigern:

- Ein Wildblumenstreifen als erweiterter Lebensraum für Insekten sowie Nisthecken für Vögel.
- Eine Boulebahn und verschiedene Sportgeräte, wie etwa eine Calisthenics-Anlage.

Weitere Informationen unter <https://www.bernsteinwiese.de/>

positive Wertungen: 3378

negative Wertungen: 64

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorschlag zielt darauf ab, dass die aktuelle Nutzung eines städtischen Grundstücks als Grün- und Spielfläche vollständig erhalten bleibt. Eine Bebauung mit Gemeinbedarfsnutzungen wie eine Kindertagesstätte (Kita) soll verhindert werden. Der aktuelle Flächennutzungsplan stellt jedoch die Fläche als Fläche für Gemeinbedarf dar. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan 1978/17 setzt dort eine Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung Kindergarten und Schule sowie eine Grünanlage mit Kinder- und Jugendspielplatz fest.

Obwohl der Ausschuss für Umwelt und Technik und der Bezirksbeirat Sillenbuch dem Vorschlag der Verwaltung, entsprechend dem Bebauungsplan die Freie Aktive Schule sowie eine 8-gruppige städtische Kindertagesstätte dort anzusiedeln, ablehnend gegenübersteht, schlägt die Verwaltung aufgrund des dringenden Bedarfs und mangels zeitnaher Alternativen an Kita-Plätzen in Heumaden dennoch vor, zumindest die Schaffung einer 6-gruppigen Kita auf der Fläche noch einmal in den Gremien zu diskutieren.

Im Falle einer Bebauung des nördlichen Teils der Bernsteinwiese (nur) mit einer Kita könnte aus Sicht des Amtes für Stadtplanung und Wohnen ein Großteil des Grundstücks weiterhin als Spielfläche und Treffpunkt für die Öffentlichkeit genutzt und die Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt teilweise berücksichtigt werden. Sollte der Antrag dahingehend Berücksichtigung finden, den aktuellen Bebauungsplan entsprechend dem Wunsch aus dem Bürgerhaushalt, zu ändern, um für das Grundstück eine Grünfläche festzusetzen, wäre im Vorfeld eine Entbehrlichkeitsprüfung für die Gemeinbedarfsfläche erforderlich. Es ist davon auszugehen, dass dabei dringende Bedarfe angemeldet werden, so dass das Grundstück nicht ausschließlich als öffentliche Grünfläche zur Verfügung stehen kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch unterstützt dieses Anliegen. Das Thema soll in das Entwicklungskonzept Heumaden-Über der Straße/Schwellenacker einfließen und dort Berücksichtigung finden.

Platz: 3

Vorschlag Nr. 50459

Eissport in Stuttgart sichern: Weitere Eishalle auf der Waldau planen und realisieren

Die Eisswelt Stuttgart auf der Waldau erfreut sich einer sehr großen Beliebtheit. Dazu tragen nicht nur der beliebte Publikumslauf und die Eisswelt-Disco bei, sondern auch die sechs Vereine, die die Eisswelt für Eishockey, Eiskunstlauf und Eisstockschießen nutzen. Dabei hat sich Stuttgart einen guten Ruf im Eissport erarbeitet: jüngst fanden hier die deutschen Meisterschaften im Eiskunstlauf statt, Teams wie die Stuttgart Rebels und die United Angels haben hier ihr Zuhause, die Eisstockschießen spielen in der 1. Bundesliga. Aktivitäten wie Kindi-auf-Kufen, die Wintersporttage, die Eislaufschule oder die sich neu etablierenden Eisfreestyler von Icerad runden diese Aktivitäten ab.

Allerdings sind die beiden Eishallen auf der Waldau an ihrer Belastungsgrenze: jede Minute Eiszeit ist verplant, es gibt keinerlei freie Kapazitäten mehr. Schon heute haben die Vereine Schwierigkeiten, ihre Angebote in den verfügbaren Zeiten unterzubringen. Leistungssportler wandern daher in andere Regionen ab. Neue Angebote, z. B. für Schulen, Icefreestyle, Freizeitmannschaften oder im Behindertensport (Ice Sledge Hockey), sind derzeit undenkbar.

Stuttgart benötigt daher dringend eine dritte Eishalle, damit der Publikumslauf und die Disco im bisherigen Umfang weiter angeboten werden können, die Stuttgarter Eissportvereine gleichzeitig ihre Entwicklungsmöglichkeiten zurückerhalten und weitere Angebote möglich werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bewegungsdefizite bei Kindern und Jugendlichen kann es sich Stuttgart nicht leisten, dass attraktive und nachgefragte Angebote wegen fehlender Infrastruktur nicht oder nur eingeschränkt angeboten werden können. Geeignete Flächen für die dritte Eishalle sind bereits reserviert und erlauben eine Mitnutzung der bereits vorhandenen Infrastruktur. Die Stadt soll daher eine geeignete Halle planen und realisieren.

positive Wertungen: 3198

negative Wertungen: 267

Stellungnahme der Verwaltung

Die Eisswelt Stuttgart steht im Eigentum der Landeshauptstadt Stuttgart und verfügt derzeit über zwei normgerechte Eislaufhallen (40x60m), die durch die eissporttreibenden Vereine, die Kaderathleten des Landesstützpunktes Eiskunstlauf, sowie dem öffentlichen Publikumslauf genutzt werden.

Mit rund 130.000 Besuchern pro Saison beim öffentlichen Publikumslauf und den immer stärker steigenden Bedürfnissen der anderen Nutzer ist die Kapazitätsgrenze bei den Nutzungszeiten der Eisswelt erreicht.

Im direkten Umfeld der Eisswelt steht optional eine Fläche für den Bau einer weiteren, dritten Eislaufhalle zur Verfügung. Eine Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2011 hat ergeben, dass dort eine nicht vollständig normgerechte Trainingshalle errichtet werden könnte. Eine zusätzliche Eislaufhalle würde zu einer deutlichen Entlastung und Schaffung von zusätzlichen Nutzungszeiten in den anderen Hallen führen.

Als nächster Schritt für die mögliche Realisierung einer dritten Eislaufhalle durch die Stadt Stuttgart müsste eine Konkretisierung des Raumprogrammes und eine Planung des Vorhabens bis Leistungsphase 4 HOAI erfolgen. Hierfür müssten im Doppelhaushalt 2020/2021 Planungsmittel in Höhe von 792.000 Euro bereitgestellt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch unterstützt den Vorschlag vollumfänglich. Er darf jedoch nicht zu Lasten des Montesouri-Kindergartens und des Entwicklungskonzepts Waldau gehen.

Platz: 4

Vorschlag Nr. 50001

Mehrzweckhalle für den Stadtbezirk, die Sportvereine und die Schulen in Plieningen-Birkach errichten

Seit vielen Jahren ist eine Mehrzweckhalle für den Stadtbezirk Plieningen-Birkach überfällig. Nach dem stadtweiten Platz zehn der Forderung im Bürgeretat 2017 kam die Stadtverwaltung zum Ergebnis eines Fehlbedarfs an Sportstätten im Stadtbezirk von 1.600 qm und sah einen Neubau einer Mehrzweckhalle als gerechtfertigt an.

Der Stadtbezirk Plieningen-Birkach braucht dringend diese Mehrzweckhalle für sportliche, kulturelle und politische Veranstaltungen. Die vorhandenen Turnhallen sind bei weitem nicht ausreichend für die sporttreibenden Vereine und die beiden Schulen. Sie sind vor allem für die Anforderungen an weiterführende Schulen völlig ungeeignet. Sportvereine wie Schulen leiden unter den schweren baulichen Mängeln und dem erheblichen Sanierungs- oder gar dem Abrissbedarf wie im Fall der PGH-Turnhalle.

Die Sicherheit der Sportler in den Vereinen und der Schüler ist gefährdet. In beiden Schulturnhallen sind Ballspiele (Handball, Basketball, Volleyball und Fußball) gar nicht oder nur eingeschränkt möglich. Die Sportvereine aus Plieningen und Birkach sind deshalb allein auf die Wolferhalle angewiesen.

Auf Grund der hohen Auslastung der Wolferhalle, auch durch Vereine außerhalb unseres Stadtbezirkes, ist es seit Jahren nicht möglich den hiesigen Sportvereinen neue Trainingszeiten zu üblichen Zeiten anzubieten. Dem Stadtbezirk insgesamt fehlt eine Mehrzweckhalle.

positive Wertungen: 1926

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Bezogen auf die gesamte Stadt liegt der Versorgungsgrad (Stand 31.12.2018) der Turn- und Sporthallen für den Vereinssport/Allgemeinen Sport bei ca. 75 %. Das innere Stadtgebiet weist eine Bedarfsdeckung von 69,3 % auf. Im Äußeren Stadtgebiet wird insgesamt eine Bedarfsdeckung von 78,7 % erreicht.

Die beiden Stadtbezirke Plieningen und Birkach können hinsichtlich der Versorgung mit Turn- und Sporthallen gemeinsam betrachtet werden. Die Schulen und Vereine in beiden Stadtbezirken nutzen die vorhandenen Hallen, sind aber seit einiger Zeit an ihren Grenzen angekommen.

Der Schulsport in Plieningen und Birkach ist derzeit zwar rein rechnerisch durch die vorhandenen Turn- und Sporthallen im Stadtbezirk sichergestellt. Das Paracelsus-Gymnasium nutzt aber für die Durchführung des Unterrichtsbetriebs sowohl die Halle der Uni Hohenheim als auch die Ballsporthalle Plieningen. Nach dem Beschluss für die Planung einer Mensa auf dem Schulgrundstück des Paracelsus-Gymnasiums wurden optionale Überlegungen für eine Sport- und Mehrzweckhalle dort nicht weiterverfolgt, da hierfür auch keine Flächen mehr zur Verfügung stehen.

Der Vereinssport in Plieningen und Birkach ist seit langem unterversorgt. Ab 17.15 Uhr stehen die Hallen den Sportvereinen und Sportgruppen zum allgemeinen Trainingsbetrieb zur Verfügung. Diese Zeiten sind allerdings voll belegt, so dass die Vereine praktisch keine Möglichkeit haben, ihren Mitgliedern neue Angebote zu unterbreiten bzw. neue Mitglieder aufzunehmen. Allein in Birkach liegt die Versorgung bei lediglich 42,6%, in Plieningen bei rund 60,4%. Das ergibt einen Fehlbedarf von insgesamt 4,6 Übungseinheiten (Plie -2,6 ÜE / Bi -2,0 ÜE), der nur durch den Bau zusätzlicher Turn- und Sporthallen auszugleichen ist. Eine neue Sporthalle mit dem Schwerpunkt Vereinssport könnte ganzjährig genutzt werden. Für die Realisierung einer solchen Sporthalle ist aber planungsrechtlich derzeit noch kein Standort ausgewiesen. In einem ersten Schritt müssten Standortprüfungen für Plieningen und/oder Birkach angestellt und Planungsmittel für Machbarkeitsstudien bereitgestellt werden.

Die Mehrzwecknutzung einer Halle z.B. für kulturelle oder politische Veranstaltungen müsste im Rahmen der Gesamtüberlegungen geprüft werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Dies ist ein langjähriger Wunsch der Bürgerinnen und Bürger und wurde auch schon mehrfach vom Bezirksbeirat Plieningen und den Vereinen beantragt.

Platz: 5

Vorschlag Nr. 53111

Mobile Kindersozialarbeit, projektfianziert bis Ende 2019. Die Weiterfinanzierung ist nicht gesichert!

Mobile Kindersozialarbeit ist im Team der Mobilen Jugendarbeit in Weilimdorf und Freiberg/Mönchfeld verankert und begleitet seit mehreren Jahren benachteiligte und in ihrem Verhalten auffällige Kinder (8-13 J.) in ihrer Entwicklung. Die Adressat*innen der Mobilen Kindersozialarbeit haben geringe Perspektiven. Sie identifizieren sich sehr mit ihrem Stadtteil und fallen dort oftmals unangenehm auf, wie z.B. durch Drogenkonsum, Lärmbelästigung oder gewaltbereites Verhalten.

Hinzu kommen Schulprobleme und Schulverweigerung. Häufig zeigen Kinder jugendtypische Verhaltensweisen, wie z.B. Treffen am Abend im öffentlichen Raum, Selbstinszenierung als Clique, (zu) lockere Elternbindung. Viele von ihnen kennen nichts anderes als das, was ihr eigener Stadtteil bietet.

Hier zeigt sich, dass Kinderarmut nicht nur ein materielles Problem darstellt, sondern ebenso den Zugang zu Aktivitäten, sozialer Teilhabe und zuverlässigen Bezugspersonen erschwert.

Die Mobile Kindersozialarbeit mit den Säulen Gruppenarbeit, Einzelfallhilfe, Streetwork und Gemeinwesenarbeit sowie Elternarbeit sind wichtig, um folgende Ziele zu erreichen: Verhinderung oder Aufhebung von Benachteiligung; Befähigung zur Eigenbestimmung, Selbstverantwortung, Gemeinschaftsfähigkeit; Reduktion von Straffälligkeiten, Sucht und Gewalt.

Im Vergleich zur Mobilen Jugendarbeit erfordert die Mobile Kindersozialarbeit die Anpassung der Arbeitsmethoden an die jüngere Zielgruppe und andere Kompetenzen von den Fachkräften. Die besonderen Herausforderungen von Kindern benötigen eigene Ansprechpartner*innen und können nicht von der Mobilen Jugendarbeit bearbeitet werden. Dies würde weder den jüngeren noch älteren gerecht werden und kann den Bedarf keinesfalls decken.

Eine Regelfinanzierung der Mobilen Kindersozialarbeit mit jeweils einer 50% Stelle für Freiberg/Mönchfeld und Weilimdorf ab 2020 ist dringend erforderlich!!

positive Wertungen: 1880

negative Wertungen: 63

Stellungnahme der Verwaltung

Die Verwaltung prüft derzeit, in wie weit das Konzept „Mobile Kindersozialarbeit“ ein Baustein zur Förderung der Teilhabechancen von Kindern, zur Prävention und zur Sicherung des Kindeswohls sein kann. Die Träger der Mobilen Jugendarbeit erproben den Ansatz „Mobile Kindersozialarbeit“ seit 2012 an ausgewählten Standorten. Zielgruppe sind Kinder von 8 -13 Jahren und ihre Eltern. Methodisch werden diese über aufsuchende Arbeit wie z.B. Streetwork angesprochen. Themen sind u.a. gewaltbereites Verhalten der Kinder, Selbstinszenierungen in Cliques, sexualisierte Sprache, sowie Schulprobleme bis hin zur Schulverweigerung.

Finanziert haben sie sich bislang über Mittel der Landesarbeitsgemeinschaft Mobile Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit Baden Württemberg e.V. und über zweckgebundene Spenden an den Caritasverband und die Ev. Gesellschaft. Im Zusammenhang mit den anstehenden Haushaltsplanberatungen soll entschieden werden, inwieweit und nach welchen Kriterien die Stadt Stuttgart das Angebot zukünftig in die Regelförderung aufnimmt. Der Finanzbedarf für eine städtische Förderung von zwei 50%-Stellen beträgt rd. 68.000 Euro für das Jahr 2020 bzw. 69.000 Euro für die Jahre 2021 ff.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Mobile Kindersozialarbeit kann mit relativ geringem Aufwand (1 Stelle = 50.000 EUR) Problematiken verhindern ehe sie entstehen. Die Mobile Kindersozialarbeit ist ein wichtiger Bestandteil des Gemeinwesens. Erfolgreiche Arbeit hilft mit, Defizite abzubauen und Perspektiven für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu ermöglichen. Der Bezirksbeirat Mühlhausen unterstützt diesen Vorschlag.

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt diesen Vorschlag ebenfalls einmütig.

Platz: 6

Vorschlag Nr. 51419

Schulhaussanierungen im Stadtbezirk

Dringend erforderliche Sanierungen der Realschule (Brandschutz), des Fanny und der anderen Schulen zügig vorantreiben.

Keine lahmen Absichtserklärungen mehr!

positive Wertungen: 1858

negative Wertungen: 70

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Sonderprogramms Schulsanierungen wird der Sanierungsstau schrittweise abgebaut.

Die Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026 ist Folge der schwierigen Angebotslage bei Bau und Handwerk. Zudem benötigen Sanierungen bei Schulbauten längere Zeit, weil sie vorzugsweise in Schulferien – unter Berücksichtigung der Ferienbetreuung – stattfinden und sich deutlich komplexer gestalten als ursprünglich angenommen.

Die Verwaltung informiert die Schulen regelmäßig über den jeweiligen Planungsstand der Sanierungs- bzw. Investitionsmaßnahmen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen hat zum Vorschlag keine Stellungnahme abgegeben.

Platz: 7

Vorschlag Nr. 50330

Stadtbad Cannstatt erhalten und sanieren

Das Stadtbad Cannstatt ist unverzichtbar für die unteren Neckarvororte mit den vielen Schulen und Schwimmsport treibenden Vereinen! Das geplante Sportbad hat nicht die Kapazität, um alle aktuellen Aktivitäten aufzufangen und dazu noch die Öffentlichkeit zu bedienen.

Das Stadtbad Cannstatt ist täglich 14 Stunden für Schulen und Vereine 'in Einsatz' und rappellvoll.

positive Wertungen: 1851

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Der Bäderausschuss des Gemeinderats hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2017 den Projektbeschluss für den Neubau des Sporthallenbades NeckarPark gefasst. Damit wurde auch beschlossen: „Bei Fertigstellung des Sporthallenbades NeckarPark wird der Betriebsstandort Hallenbad Cannstatt aufgegeben.“ (vgl. GRDRs 419/2017). Das neue Sporthallenbad wird das Hallenbad Cannstatt – das bekanntlich stark sanierungsbedürftig und von immer wieder vorkommenden unvorhersehbaren Ausfällen der technischen Anlagen betroffen ist – sowie die Traglufthalle über dem Sportbecken des Inselbads Untertürkheim ersetzen.

Die Eröffnung des Sporthallenbades NeckarPark ist für Anfang 2022 vorgesehen. Das Hallenbad Cannstatt wird mindestens bis Ende Juli 2022 (Schuljahresende) in Betrieb bleiben.

Das Sporthallenbad NeckarPark wird mit einem 50m-Schwimmerbecken mit einer Hubwand und einem 25m-Mehrzweckbecken mit einem Hubboden über ein sehr gutes Angebot für Schwimmer und Schwimmernde verfügen und die im Hallenbad Cannstatt und in der Traglufthalle entfallenden Wasserflächen und Nutzungszeiten von Schulen und Vereinen mehr als kompensieren.

Das Gebiet NeckarPark mit dem neuen Sporthallenbad wird an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Für Schulen, die das Bad innerhalb max. 15 Minuten einfacher Wegezeit – ob zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln – nicht erreichen können, besteht die Möglichkeit des Transports per Schulbus (vgl. GRDRs 660/2018).

Sollte das Hallenbad Cannstatt entgegen der bestehenden Beschlusslage generalsaniert werden, wäre entsprechend der Grobkostenannahme mit einem Finanzierungsbedarf von rund 13 Mio. Euro zu rechnen.

Nach der Sanierung muss weiterhin wegen der Folgekosten aus dem Betrieb und für den baulichen Unterhalt des Bades mit einem jährlichen Defizit in einer Größenordnung von 300.000 Euro bis 400.000 Euro gerechnet werden.

Der Erhalt des Hallenbades Cannstatt und dessen Betrieb parallel zum Sporthallenbad ist auch mit Blick auf einen zukünftigen Bevölkerungszuwachs in der Landeshauptstadt Stuttgart und der räumlichen Bedarfe weder zur Abdeckung der für den Schul- und Vereinssport notwendigen Nutzungszeiten, noch für einen öffentlichen Badebetrieb erforderlich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Platz: 8

Vorschlag Nr. 52277

Hortbetreuung durch Eltern-Kind-Gruppen erhalten

Die Einrichtungen der Eltern-Kind-Gruppen sind seit vielen Jahren ein Ort der qualitativ hochwertigen Schulkindbetreuung während der Grundschulzeit. Unsere Schülerläden sind eine sinnvolle und pädagogisch kompetente Ergänzung zum Angebot an Ganz- und Halbtagsschulen.

Nun ist durch die Konzentration auf die Ganztagesgrundschule die weitere finanzielle Förderung durch die Stadt gefährdet. Nur durch ein vielfältiges, qualitativ hochwertiges und flexibles Betreuungsangebot kann den Wünschen und Bedürfnissen aller Stuttgarter Kinder und Eltern Rechnung getragen werden.

Eltern-Kind-Gruppen sind ein Ort für alle Familien, in dem ein gutes Aufwachsen ermöglicht wird.

- Die Eltern haben eine echte Wahlmöglichkeit zwischen Ganztagesunterricht und einer Nachmittagsbetreuung, welche sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert.
- Integration von Kindern und Familien mit Fluchterfahrung, Kindern mit Inklusionsbedarf, Berücksichtigung von Ernährungsbesonderheiten und vieles mehr, sind aufgrund der familiären Struktur der Schülerläden gut möglich.
- Ein breitgefächertes Angebot von unterschiedlichen Einrichtungen, wie Ganztageschulen, Schülerhäuser und Eltern-Kind-Gruppen, fördert durch gegenseitige Kooperation die Entwicklung von Qualität in der Schulkindbetreuung.
- Die Stadt wird dem Anspruch an ein „kinderfreundliches Stuttgart“ gerecht und zeigt, dass Vielfalt und Individualität in der Erziehung und Bildung gewollt und gefördert wird.
- Das Recht der Eltern, Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder mitzubestimmen, wird berücksichtigt.
- Langjährige Erfahrung mit verschiedenen pädagogischen Konzepten, wie beispielsweise Lerngeschichten, zeichnen die qualitativ hochwertige, individuelle Betreuung aus.

Die Vielfalt der Angebote und Träger sowie das hohe Niveau der Bildung und Betreuung ist ein wichtiger Grundstein für die Zukunft unserer Kinder. Unterstützen Sie die Möglichkeit, für jedes Kind die geeignete Nachmittagsbetreuung wählen zu können.

positive Wertungen: 1815

negative Wertungen: 67

Stellungnahme der Verwaltung

Mit der Gemeinderatsdrucksache 199/2011 wurde vom Gemeinderat der Beschluss für die neue konzeptionelle Ausrichtung der Ganztagsangebote für Grundschul Kinder gefasst. Ziel ist es die Ganztagsgrundschulen flächendeckend auszubauen, um damit den ständig steigenden Betreuungsbedarf von Kindern im Grundschulalter qualitativ hochwertig zu decken (vgl. GRDRs 331/2016, Anlage 1). Damit verbunden ist der sukzessive Umbau der außerschulischen Hortplätze in bedarfsgerechte Plätze, vorrangig für Kleinkinder.

Im Dezember 2012 hat der Gemeinderat beschlossen, an dem grundsätzlichen Ziel der Bündelung der Schulkindbetreuungsangebote an den Schulen festzuhalten und bestehende Hortplätze nur dann zu belegen, wenn Betreuungsangebote an den Ganztagschulen und den Schülerhäusern nicht ausreichen (vgl. Beschlüsse 1 und 2, Antrag 441/2012 sowie GRDRs 55/2013). Hierzu stimmen sich Schulverwaltungsamt und Jugendamt regelmäßig ab.

Bis auf die Eltern-Kind-Gruppen stimmten alle Kita-Träger dem Verfahren der sukzessiven Umwandlung von Hortplätzen zu. Aufgrund der spezifischen Situation der Eltern-Kind-Gruppen hat der Gemeinderat beschlossen, dass die in der Anlage 2 der GRDRs 286/2017 aufgeführte Eltern-Kind-Gruppen entgegen der bisherigen Beschlussfassung bis einschließlich Schuljahr 2021/2022 weiterhin ihre Hortplätze belegen können, unabhängig davon, welche Betreuungsmöglichkeiten an der Schule des jeweiligen Kindes zur Verfügung stehen. Danach gilt auch für die Eltern-Kind-Initiativen das vereinbarte Verfahren zur Hortumwandlung bzw. gegebenenfalls zum Hortabbau in Abstimmung mit dem Jugendamt und dem Schulverwaltungsamt.

Platz: 9

Vorschlag Nr. 50004

Ausbau des Stadtbahn- und des S-Bahn-Netzes

Das Stadtbahnnetz soll wie folgt ausgebaut werden (grafische Darstellung unter <https://drive.google.com/open?id=1-JZOyZx1gTNFCA9FCiUKI1JpYMO2iDxK&usp=s...>):

U8: Verlängerung nach Bünsau;

U10: Neubau: Hölderlinpl. - Rosenbergpl. - Schwabstr. - Marienpl. - Markuskirche - Mozartpl. - Olgaeck - Heidehofstr. - Wagenburgpl. - Schwarenbergstr. - Karl-Olga-Krankenhaus - Stöckach - Milchhof - Mitnachtstr. (S-Bahn) - Nordbahnhof - Pragsattel - Robert-Bosch-Krankenhaus - Burgholzof - Rot - Freiberg - Mönchfeld - Mühlhausen - Hofen - Neugereut - Oeffingen - Waiblingen;

U17: Bau der sog. "Möhringer Kurve" zwischen den Haltestellen Riedsee und Sigmaringer Straße;

U18: Neubau: Esslingen - Ostfildern - Sillenbuch - Ruhbank - Payerstr. - Gablenberg - Ostendplatz - Karl-Olga-Krankenhaus - Mineralbäder - Wilhelma - Altenburg - Hallschlag;

U19: Verlängerung vom Neckarpark Richtung Talstraße - Wagenburgstraße - Schillerstraße - Hauptbahnhof (West) - Katharinenhospital - Hölderlinplatz;

U20: Neubau: Kemnat - Sillenbuch - Charlottenplatz - Stammheim Süd - Münchingen - Schwieberdingen;

U21: Neubau: Botnang - Vogelsang - Rosenbergstraße - Katharinenhospital - Hauptbahnhof (West) - Heilbronner Str. / Wolframstr. - Stöckach - Bad Cannstatt Wilhelmsplatz - Augsburg Pl. - Gnesener Str. - Münster - Mühlhausen - Pattonville;

U22: Neubau: Plieningen Ortsmitte - Plieningen Garbe - Birkach - Asemwald - Hoffeld - Degerloch - Bopser - Falbenhennenpl. - Mozartpl. - Wilhelmspl. - Rotebühlpl. - Schlosspl. - Hauptbahnhof (West) - Killesberg;

Zudem soll die Stadt massiv auf Region, Land und Bund zu Gunsten des folgenden Ausbaus des S-Bahn-Netzes einwirken:

S7: Esslingen - Untertürkheim - Münster - Rot/Freiberg (bisher genannt: Zazenhausen) - Zazenhausen (neu) - Ludwigsburg;

S8: Waiblingen - Bad Cannstatt - (T-Spange) - Nordbahnhof - Renningen - Calw;

S9: Nordbahnhof - Herderplatz - Vaihingen - Flughafen - Denkendorf - Wendlingen - Nürtingen.

positive Wertungen: 1654

negative Wertungen: 97

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart hat sich im Rahmen der Erarbeitung ihres Nahverkehrsentwicklungsplans mit der Schienenstrecke Kornwestheim – Stuttgart-Untertürkheim beschäftigt und hier auch ihr Interesse an deren Weiterentwicklung dokumentiert. Tatsächlich zeigen die bisherigen Verkehrsuntersuchungen, dass nur die Bedienung der Strecke mit einer Linie, die über die genannten Streckenendpunkte hinausreicht, dort zu einer signifikanten Erhöhung der Fahrgastnachfrage führt. Die Einfädung einer solchen Linie sowohl in Kornwestheim als auch in Stuttgart-Untertürkheim in die weiterführenden S-Bahn- oder Regionalzuggleise würde dort jedoch den Bau kostenträchtiger Überwerfungsbauwerke erfordern. Der gesamtwirtschaftliche Nutzen eines massiven Ausbaus der sog. „Schusterbahn“, ohne dessen Nachweis Bund und Land keine Fördermittel für die Investitionen zur Verfügung stellen, ist deshalb fraglich. Zudem steht die Ausbauidée in Konkurrenz zur sog. „T-Spange“, die eine funktional ähnliche, aber deutlich wirksamere verkehrliche Wirkung hätte.

Im Nahverkehrsentwicklungsplan spricht sich die Landeshauptstadt Stuttgart auch für die Weiterverfolgung der Option „T-Spange“ aus, wobei eine konkrete Linienführung einer dort verkehrenden Linie an den größten Nachfragepotenzialen und den betrieblichen Möglichkeiten zu orientieren wäre. Der derzeit neu entstehende S-Bahn-Tunnel zwischen Stuttgart-Bad Cannstatt und der neuen S-Bahn-Station Mitnachtstraße wird auch für den Anschluss eines Abzweigs in Richtung Stuttgart-Feuerbach vorbereitet. Die Randbedingungen für eine Einschleifung der T-Spange in Feuerbach sind allerdings noch völlig ungeklärt, da bezüglich dieses Bahnhofs viele Wünsche bestehen. Neben der dort angestrebten Anbindung der innerstädtischen Gäubahnstrecke (sog. „Panoramabahn“) wäre auch die Realisierung eines Regionalzughalts wünschenswert. Aus dem Projekt „Stuttgart 21“ besteht zudem die Option der zusätzlichen Einschleifung von Fern- und Regionalzuggleisen in

den neuen Fernbahntunnel aus Richtung Bad Cannstatt („P-Option“). All diese auch von der Landeshauptstadt Stuttgart befürworteten Maßnahmen konkurrieren um Flächen und Trassen im Bereich Pragtunnel/Feuerbach, so dass zunächst die verkehrlich und wirtschaftlich sinnvollsten Optionen identifiziert werden müssen. Diese Bewertung obliegt jedoch den betroffenen Aufgabenträgern Land Baden-Württemberg und Verband Region Stuttgart.

Der Weiterbetrieb der innerstädtischen Gäubahnstrecke („Panoramabahn“) wurde schon 2010 im Schlichterspruch des Schlichtungsverfahrens zum Projekt „Stuttgart 21“ gefordert und ist seither Konsens auf allen politischen Ebenen. Die Strecke wird deshalb auch weiterhin für den Eisenbahnverkehr zur Verfügung stehen. Offen ist lediglich noch das künftige Betriebskonzept. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden zunächst Regionalbahnen die Strecke bedienen, die Option einer späteren Einbindung in das S-Bahn-Netz wird offen gehalten. Die Züge der Panoramabahn dienen voraussichtlich auf der Relation Böblingen – Stuttgart-Vaihingen auch zur Entlastung der S-Bahn-Linie 1. Eine Weiterführung dieser Züge in Richtung Filder erscheint unwahrscheinlich, da die Inbetriebnahme des Filderbahnhofs am Flughafen tendenziell Fahrgäste von der S-Bahn-Strecke Flughafen – Stuttgart-Rohr abzieht und damit dort keine S-Bahn-Verstärkung benötigt wird.

Die SSB investiert seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Bundes und des Landes Jahr für Jahr mehrere Millionen Euro in den Ausbau des ÖPNV in Stuttgart und den umgebenden Kommunen. Die SSB beabsichtigt diesen langfristigen Prozess auch in der Zukunft fortzusetzen und ist bestrebt, ihr Engagement in dieser Hinsicht sogar noch zu forcieren. Die Landeshauptstadt Stuttgart als 100%ige Eigentümerin der SSB unterstützt dieses Vorgehen bereits heute.

Einige der genannten Maßnahmen sind bereits Bestandteil der Mittelfrist- und Langfristplanung der SSB, dazu zählen:

- Bau der Möhringer Kurve
- Verlängerung nach Pattonville
- Verlängerung nach Vaihingen-West/Büsnau

Die anderen genannten Maßnahmen werden auf ihre Sinnhaftigkeit durch die SSB geprüft.

Platz: 10

Vorschlag Nr. 50271

Ein fahrradfreundliches Stuttgart - Ziele des Radentscheids Stuttgart umsetzen

Radfahren für Alle – auch Kinder, sowie Seniorinnen und Senioren sollen sicher in Stuttgart Rad fahren können. Mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Radentscheid soll Stuttgart zu einer lebenswerteren Stadt werden.

Die Stadt Stuttgart unternimmt aus unserer Sicht zu wenig in Bezug auf Radverkehrssicherheit und -attraktivität. Durch unsere Ziele wollen wir Folgendes erreichen:

* bessere allgemeine Verkehrssicherheit

Kinder, Seniorinnen und Senioren können sich in der Stadt selbstständig fortbewegen

bessere Gesundheit durch regelmäßiges Radfahren

weniger Konflikte zwischen zu Fuß Gehenden und Radfahrenden

der Verkehrsraum kann effizienter genutzt werden

innerstädtisch schnellere Fortbewegung von A nach B

eine lebenswertere Stadt

Im einzelnen lauten die Ziele:

1. Sichere Radverkehrsanlagen an 15 Kilometer Straße pro Jahr
2. 15 Kilometer attraktive Nebenstraßen pro Jahr
3. Hauptradrouten für den Alltags- und Pendelverkehr anlegen
4. Mängel und Gefahrenstellen im Fuß- und Radwegnetz beseitigen
5. Mindestens 31 Kreuzungen oder Einmündungen pro Jahr sicher gestalten
6. Radverkehrsinfrastruktur pflegen
7. Radabstellmöglichkeiten verbessern
8. Radangebot und Radattraktivität fördern
9. Stuttgart für den Fuß- und Radverkehr sensibilisieren
10. Monitoring und Fortschreibung der Radverkehrsplanung
11. Mehr Effizienz und Effektivität bei Planung und Umsetzung

35249 Unterschriften tragen die Ziele des Radentscheids.

Lasst uns die fahrradfreundliche Stadt zur Chefsache machen!

<http://radentscheid-stuttgart.de/2018/12/eine-schoene-bescherung-radents...>

Mehr Details zu den Zielen und Aktivitäten der Initiative Radentscheid Stuttgart finden sich hier:

Homepage: <http://radentscheid-stuttgart.de/>

Facebook: <https://www.facebook.com/radentscheidstuttgart/>

Twitter: https://twitter.com/radentscheid_S

Instagram: https://www.instagram.com/radentscheid_s/

positive Wertungen: 1539

negative Wertungen: 164

Stellungnahme der Verwaltung

Mit der Gemeinderatsdrucksache 1120/2018 hat der Gemeinderat am 21. Februar 2019 einen Grundsatzbeschluss zur Förderung des Radverkehrs gefasst und unterstützt damit die Ziele des Radentscheids. Das bestehende Fahrradkonzept wird auf dieser Basis fortgeschrieben. Das Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein. Die einzelnen Themen dazu werden innerhalb des Radforums laufend konkret besprochen.

Platz: 11

Vorschlag Nr. 50047

Schulen: Endlich sanieren

Eltern, Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler aus Bad Cannstatt, Mühlhausen und Zuffenhausen fordern die sofortige Umsetzung der bitter nötigen Renovierungen und Umbauten an ihren Schulgebäuden; seien es funktionierende WCs, ein ausreichendes Raumangebot ebenso wie Zimmerdecken, die nicht einstürzen, eine bessere PC-Ausstattung oder eine Möglichkeit für die Einnahme von Mittagessen.

All diese Sanierungen sind schon lange im Gemeinderat und den Bezirksbeiräten beschlossen worden und somit finanziert.

Hintergrund dieses dringenden Vorschlags:

- Den Gebäuden droht nach langen Jahren des Investitionsstaus allmählich der Kollaps. Es drohen zum Teil sogar Gefahren für Gesundheit und körperliche Unversehrtheit.
- Der Unterricht findet HEUTE statt – das heißt wir können nicht bis zum St. Nimmerleins-Tag auf eine ausreichende Personaldecke in den zuständigen Ämtern warten.

Die Projektaufgaben müssen JETZT ausgeführt werden. Es sollen und müssen JETZT alle verfügbaren Maßnahmen zur Heranholung von Fachexperten in Sachen Sanierung und Renovierung genutzt werden, um die unhaltbaren Zustände endlich zu beseitigen.

positive Wertungen: 1410

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Sonderprogramms Schulsanierungen wird der Sanierungsstau schrittweise abgebaut.

Die Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026 ist Folge der derzeit schwierigen Angebotssituation bei Bau und Handwerk. Zudem benötigen Schulsanierungen längere Zeit, weil sie vorzugsweise in den Schulferien und unter Berücksichtigung der Ferienbetreuung stattfinden.

Die Verwaltung informiert die Schulen regelmäßig über den jeweiligen Planungsstand der Sanierungs- bzw. Investitionsmaßnahmen.

Um außerhalb des Sanierungsprogramms dringende bauliche Unterhaltungsmaßnahmen an Schulgebäuden vornehmen zu können, stehen im Grundbudget des Baulichen Gebäudemanagements des Schulverwaltungsamtes jährlich pro Schule durchschnittlich rund 100.000 Euro zur Verfügung. Dieser Betrag wird jährlich den jeweils erforderlichen Unterhaltsmaßnahmen einer Schulanlage angepasst und kann in begründeten Einzelfällen umgeschichtet werden. Vorrangig müssen diese Mittel zum Erhalt der Funktionsfähigkeit und zur Herstellung der Verkehrssicherheit der Gebäude, Sportstätten und Außenanlagen verwendet werden.

Das Schulverwaltungsamt ist bemüht, Verfahren weiter zu beschleunigen und ist hierzu auch mit anderen Ämtern der Verwaltung im Gespräch. Um die Abwicklung von Baumaßnahmen weiter zu vereinfachen, konnte erreicht werden, dass Malerarbeiten bis zu einer Auftragsobergrenze von 12.500 Euro nun auf Antrag der Schulleitung direkt durch das Bauliche Gebäudemanagement des Schulverwaltungsamtes – unabhängig vom Hochbauamt – beauftragt werden können.

Die genannten Maßnahmen sind zur Überbrückung des Zeitraums bis zu einer umfassenden Sanierung gedacht und entsprechend vorgesehen. Aus diesem Grund können diese nur in Einzelfällen und bei dringendem Bedarf erfolgen. Eine Stückelung von Aufträgen ist aus vergaberechtlichen Gründen unzulässig.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Bildung ist elementar. Ein funktionierendes Umfeld ist zwingend erforderlich. Zudem wird Bildung für unsere Gesellschaft immer mehr zu einem Wirtschafts- und Standortfaktor. Die Schulgebäude sind entsprechen zeitnah zu sanieren. Dazu gehört auch die Jörg-Ratgeb-Schule in Neugereut. Daher unterstützt der Bezirksbeirat Mühlhausen diesen Vorschlag.

Platz: 12

Vorschlag Nr. 52875

Erweiterung der Schulmensa des Wagenburg-Gymnasiums

Bei rund 540 Schülerinnen und Schülern in einer offenen Ganztagschule bietet die derzeitige Mensa nur 54 Plätze. Auch Küche und Ausgabebereich sind viel zu klein.

Diese Situation hat zur Folge, dass viele Schülerinnen und Schüler auf die (meist ungesunden) teureren Alternativen im Umfeld ausweichen oder oftmals ihre ganze Mittagspause beim Warten in der Schlange verbringen müssen. Die ca. 150 Kinder und Jugendlichen, die die Mensa regelmäßig nutzen, müssen dabei im Flur stehen. Dadurch entsteht hier eine beengte Situation, die Anlass zu Bedenken gibt (Konflikte, Sicherheit, Brandschutz). Auch Verbesserungsversuche - die Kinder und Jugendlichen essen in Schichten, der Aufenthaltsraum wird mittags als Speiseraum genutzt - entspannen die Lage nicht nennenswert. Zudem steht damit der Aufenthaltsraum auch nicht mehr für eine anderweitige Nutzung zur Verfügung.

Die geplante Generalsanierung verspricht in dieser Hinsicht derzeit keine wesentliche Verbesserung. Da es keine räumlichen Reserven im Gebäude gibt und zusätzlich Räume für die Haustechnik geschaffen werden müssen, besteht auch keine Aussicht auf eine tiefgreifende Lösung des Problems der Essensversorgung und auf neue Gestaltungsmöglichkeiten in der Mittagspause.

Wir schlagen daher vor, dass neue Räume für die Mensa und die Küche geschaffen werden.

Im Bereich des rückwärtigen Schulhofes sehen wir die Möglichkeit, einen schmalen Neubau zu errichten, der als Cafeteria genutzt werden könnte. Das Gebäude läge auf einer zurzeit verwilderten Grünfläche, wodurch der eigentliche Schulhof nicht verkleinert würde.

Diese Lösung hätte zusätzlich den Vorteil, dass in der freigewordenen "alten" Mensa ein Raum für NWT (Naturwissenschaft und Technik) geschaffen werden könnte, der für die Umsetzung des Bildungsplanes dringend benötigt wird, da NWT in Zukunft auch als Fach in der Oberstufe angeboten werden soll.

positive Wertungen: 1267

negative Wertungen: 74

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat hat im Herbst 2017 angesichts zahlreicher schulischer Bauvorhaben in den kommenden Jahren mit Gemeinderatsdrucksache 717/2017 ein Investitionsprogramm beschlossen und darin die bereits bekannten Maßnahmen zeitlich priorisiert. Die Verwaltung befürwortet die Anregung grundsätzlich, weist jedoch darauf hin, dass auch ein Neubau der Mensa am Wagenburg-Gymnasium in dieses Programm aufgenommen werden muss und aufgrund der vielen anstehenden Bauvorhaben erst langfristig im Rahmen der Fortschreibung des Investitionsprogramms weiter forciert werden kann.

Das Schulverwaltungsamt wird zur Verbesserung der Situation bei der Essensversorgung am Wagenburg-Gymnasium daher ein zweistufiges Vorgehen vorsehen. Als mittelfristige Lösung soll im Rahmen der Sanierung der bestehende Essensbereich ertüchtigt werden, um den Ablauf bei der Essensausgabe zu optimieren. Als langfristige Lösung ist der Neubau der Mensa auf dem Schulgrundstück im Kontext des schulischen Investitionsprogramms vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost unterstützt diese Maßnahme mehrheitlich bei einer Gegenstimme.

Platz: 13

Vorschlag Nr. 52348

Dringend benötigt: Ein zusätzlicher Kunstrasenplatz mit Flutlichtanlage für den TSV Stuttgart-Mühlhausen

Der TSV Stuttgart-Mühlhausen ist einer der großen Sportvereine im Norden der Landeshauptstadt Stuttgart. Allein die Fußball-Abteilung umfasst derzeit 474 aktive Sportler. Neben zwei Herrenmannschaften und einer Alte Herren-Mannschaft wird die Frauenfußball-Mannschaft nach Kräften unterstützt und ist in der Region sehr erfolgreich.

Besondere Verdienste hat sich der TSV Mühlhausen vor allem in der Jugendarbeit erworben: Zahlreiche Kinder und Jugendliche sind mit Spaß und Freude im Jungenbereich schon ab der Altersgruppe Bambini bis zur B-Jugend aktiv. Junge Mädchen und Frauen sind ab der E-Jugend bis zur B-Jugend in ihren Teams engagiert.

Doch bei aller Freude über den Erfolg auch bei der Mitgliedergewinnung: Schon im Sommer reichen die Platzkapazitäten für einen geordneten Trainings- und Spielbetrieb kaum aus. Erst recht schwierig wird die Lage im Winter: Sehr knappe Kapazitäten in den Schulsporthallen des Stadtbezirks erlauben den Kinder- und Jugendmannschaften (1x Bambini, 3x F-Jugend und 2x E-Jugend) nur noch einmal pro Woche, ein Training durchzuführen. Auf dem einen vorhandenen, ohnehin schon recht alten Kunstrasenplatz drängen sich pro Abend zahlreiche Gruppen gleichzeitig. Darunter leidet natürlich nicht nur der Spaß beim Training, sondern auch die Qualität der Vorbereitung.

Deshalb bittet der Vorstand im Verbund mit dem Bürgerverein Freiberg/Mönchfeld die Bürger im Stadtbezirk und Umgebung sowie alle Mitglieder und Sportinteressierten – auch der anderen im Verein vertretenen Bereiche – um Unterstützung für die Einrichtung eines zweiten Kunstrasenplatzes auf dem Sportgelände am Rande des Eschbachwalds!

positive Wertungen: 1256

negative Wertungen: 179

Stellungnahme der Verwaltung

Entsprechend den Richtlinien zur Förderung von Sport und Bewegung sind Planung, Bau und Unterhaltung der Vereins- und Bezirkssportanlagen Aufgabe der Stadt. Dazu gehört auch der Bau / Umbau von Sportplätzen.

Der TSV Mühlhausen hat derzeit 781 Mitglieder (Stand 01.01.2019). Davon sind 310 (rund 39,69 %) Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Der Verein nimmt aktuell mit zwei Herren- und zwei Damenmannschaften sowie zehn Junioren- und drei Juniorinnenmannschaften am Spielbetrieb des Württembergischen Fußballverbands teil.

Dem TSV Mühlhausen stehen mit einem Rasen- und einem Kunststoffrasenplatz derzeit zwei Sportplätze für den Trainings- und Spielbetrieb der insgesamt vier Aktiven- und 13 Jugendmannschaften zur Verfügung. Der Verein ist auf beide Spielfelder dringend angewiesen und nutzt diese intensiv. Bei schlechten Witterungsverhältnissen – insbesondere im Winterhalbjahr – stehen aufgrund der eingeschränkten Nutzbarkeit des Rasenplatzes allerdings nicht genügend Kapazitäten für den Trainings- und Spielbetrieb zur Verfügung.

Eine Entlastung könnte durch die Umwandlung des Rasenplatzes in einen Kunststoffrasenplatz herbeigeführt werden. Dieser ist vergleichsweise belastbarer und witterungsunabhängiger und würde die Trainingsmöglichkeiten des TSV Mühlhausen wesentlich verbessern. Der Bau eines Kunstrasenplatzes würde Baukosten in Höhe von ca. 850.000 Euro verursachen. Im Zuge der Umwandlung könnten auch die bisher wenig genutzten Umgebungsflächen für sportliche Zwecke hergerichtet werden. Möglich wären zusätzliche urbane Bewegungsflächen (z.B. Calisthenics, Streetball) und der Umbau der bisherigen 100 m Tennenlaufbahn in eine Kunststofflaufbahn.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Sportmöglichkeiten - vor allem auch in der Gruppe - sind für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen äußerst wichtig. Der TSV Mühlhausen hat eine herausragende Kinder und Jugendarbeit. Die Integration durch Sport ist inzwischen anerkannt. Erwähnenswert ist die anerkannte Arbeit im Mädchen- und Frauenbereich. Der Bezirksbeirat Mühlhausen unterstützt den Vorschlag.

Platz: 14

Vorschlag Nr. 52740

Fanny-Leicht-Gymnasium Versammlungshalle renovieren

Versammlungsraum im Fanny-Leicht-Gymnasium Stuttgart-Vaihingen:

Das Fanny-Leicht-Gymnasium hat eine alte Gymnastikhalle mit Bühne. Diese Halle kann aufgrund von Mängeln nicht mehr gebührend genutzt werden (z.B. Boden) und ist unansehnlich geworden (z.B. Vorhänge). Sie wird dennoch bis heute, so gut es geht, beispielsweise für Proben der Theater-AG, sowie der zahlreichen Musikensembles der Schule genutzt, weil das Fanny-Leicht-Gymnasium über keinen anderen Versammlungsraum verfügt. Der Raum beherbergt auch externe Nutzer wie z.B. eine Herzsportgruppe.

Ich beantrage eine grundlegende Renovierung dieser Halle.

Ziel: Schaffung eines Raumes, der sich außer für Proben auch für Aufführungen (Musik, Theater, Tanz, ...) eignet und dennoch auch weiterhin für sportliche Aktivitäten nutzbar bleibt. Der Raum soll auch für externe Nutzer (Musik, Tanz, Theater usw.) als die kleinere Alternative zum Rudi-Häussler-Saal in Stuttgart-Vaihingen zur Verfügung stehen. Dadurch soll auch das Zusammenwirken von Schule und Bürgergemeinschaft vertieft werden.

Anforderungen: eine ansehnliche Deckenkonstruktion mit deutlich verbesserter Akustik, ein neuer, für Sport geeigneter und dennoch ansehnlicher Boden, eine ästhetische Lösung anstelle der alten Vorhänge, eine aufgerüstete, gut bespielbare Bühne.

Ergänzende Bemerkung: Da voraussichtlich von städtischer Seite die Renovierung/Zurüstung der über dieser Halle befindlichen Chemie-Fachräume ohnehin ins Planungsstadium eintreten wird, wäre eine bauliche Planung eines insgesamt zusammenhängenden Gebäudeteils möglich.

positive Wertungen: 1254

negative Wertungen: 73

Stellungnahme der Verwaltung

Der Ostbau des Fanny-Leicht-Gymnasiums – wo sich auch die genannte Versammlungshalle (Gymnastikhalle) befindet – stammt aus 2 unterschiedlichen Bauzeiten. Ein Teil wurde in den 50er Jahren erstellt, der Erweiterungsbau 1983. Im Zuge der Voruntersuchungen zu den Sanierungsmaßnahmen an der Gebäudehülle des aus den 1950er Jahren stammenden Teils des Ostbaus wurde festgestellt, dass der Teil des Ostbaus der aus dem Jahre 1983 stammt, bauliche und energetische Mängel aufweist. Eine Sanierung wird als sehr aufwändig eingeschätzt. Eine Alternative wird gegenwärtig in der Verwaltung geprüft.

Im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Sonderprogramms Schulsanierungen wird der Sanierungsstau schrittweise abgebaut.

Die Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026 ist Folge der derzeit schwierigen Angebotssituation bei Bau und Handwerk. Sanierungen bei Schulbauten benötigen längere Zeit, weil sie vorzugsweise in den Schulferien – unter Berücksichtigung der Hallennutzung – stattfinden und sich deutlich komplexer gestalten als ursprünglich angenommen.

Die Verwaltung informiert die Schulen über den jeweiligen Planungsstand der Sanierungs- bzw. Investitionsmaßnahmen regelmäßig.

Die Verwaltung wird den Hinweis aufnehmen und erforderliche Maßnahmen zum Funktionserhalt der Gymnastikhalle unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit ab 2020 veranlassen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Vaihingen hat zum Vorschlag keine Stellungnahme abgegeben.

Platz: 15

Vorschlag Nr. 51781

Bunker zu neuem Leben erwecken - Nutzung des Diakonissenbunker in Stuttgart West

Der bisher eingezäunte Diakonissenplatz in Stuttgart West wird im Zuge der Verlegung der Jugendverkehrsschule zu einem offenen Park für Alle umgestaltet.

Den meisten unbekannt, schlummert unter diesem Platz der größte und am besten erhaltene Tiefbunker der Stadt mit über 3.000 Quadratmeter Fläche. Durch die Umgestaltung und Öffnung des Platzes sollen alle Eingänge des Bunkers wieder zugänglich werden, was eine sinnvolle Nutzung dieses einzigartigen Ortes möglich macht.

In vielen anderen Städten sind alte Luftschutzbunker, die als Veranstaltungsorte oder als Proberäume genutzt werden, bereits wichtige Institutionen der Kulturszene. Der Diakonissenbunker ist durch aufwendige Sanierungen in den 80er Jahren in einem hervorragenden Zustand, und könnte mit verhältnismäßig geringem Aufwand für verschiedene Zwecke genutzt werden.

In einem Teil des Bunkers wären unter anderem Proberäume für Bands und einzelne Musiker, Ateliers für Künstler und Kulturschaffende denkbar. Eine Nutzung durch die vielen in unmittelbarer Nähe liegenden Schulen für Projekte, oder Aufführungen wäre möglich. Die Räumlichkeiten stünden auch für Vereine und Initiativen zu Verfügung. Ein weiterer Teil des Bunkers mit großen Räumen kann für Sondernutzungen bereit stehen.

Der Verein Kultdiak Stuttgart e.V. ist gegründet, er hat sich zum Ziel gesetzt, einen Kulturtreff im Diakonissenbunker mit Veranstaltungsraum für Konzerte und zwei Ausstellungsräume zu schaffen. Für diesen Teil des Bunkers sind bereits konkrete Pläne vorhanden, die vom gesamten Bezirksbeirat West unterstützt werden.

Das Ziel wäre also ein urbanes, gemeinnütziges und sich selbst finanzierendes Kulturzentrum im Stuttgarter Westen zu schaffen.

positive Wertungen: 1079

negative Wertungen: 53

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Verein Kultdiak Stuttgart e.V. fanden Gespräche statt. Ein Bauantrag wird vom Verein im Juni 2019 eingereicht.

Im Bauantragsverfahren werden Themen wie Brandschutz und vor allem die Thematik Lärmemissionen betrachtet. Grundsätzlich kann eine Baugenehmigung aufgrund des bestehenden Planungsrechts nur befristet erteilt werden, nach aktuellem Stand maximal 5 Jahre.

Für die erforderlichen Umbauarbeiten im Bunker wird mit Kosten in Höhe von 105.000 EUR gerechnet. Finanzierungsmittel für das Vorhaben bzw. für Mietzahlungen, falls der Betreiber bzw. Nutzungsinteressent diese nicht selbst aufbringen kann, sind im Haushaltsplan aktuell nicht vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West befürwortet einstimmig die Einrichtung von Räumlichkeiten zur kulturellen Nutzung durch den Verein Kultdiak e.V. im Trakt entlang der Rosenbergstraße. Für eine eventuelle Nutzung der weiteren Bunkerflächen gibt es eine grundsätzliche Offenheit.

Platz: 16

Vorschlag Nr. 50738

Neuen Wohnraum schaffen

Auf dem Neckar Liegeplätze für Hausboote und auf Brachflächen in den Innenstadtgebieten Bauplätze für klimaneutrale Tiny Houses schaffen. Diese könnten durch Pachtverträge der Stadt als bezahlbarer Wohnraum insbesondere für Studenten, Singles und Senioren dienen.

positive Wertungen: 1068

negative Wertungen: 118

Stellungnahme der Verwaltung

Der Neckar ist eine Bundeswasserstraße erster Ordnung. Die Uferbereiche sind aus naturschutzrechtlichen Gründen weitgehend frei zu halten. An wenigen Stellen könnten Hausboote mit Schiffszulassung ankern.

Die wenigen verfügbaren Wohnbauflächen im Innenstadtbereich werden für verdichtete Wohnformen benötigt. Die Aufstellung von Tiny houses benötigt mehr umgebende Fläche und schafft in der Folge weniger Wohnraum.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag neuen Wohnraum zu schaffen, jedoch nicht durch Liegeplätze für Hausboote.

Platz: 17

Vorschlag Nr. 50162

365-Euro-Ticket für Stuttgart einführen

Wer möchte, das Stuttgart mehr Bus und Bahn fährt, sollte den Nahverkehr preislich attraktiver machen. Egal ob Paris, Brüssel oder London: Die Preise für die Öffentlichen sind nur halb so teuer, wie die in Stuttgart. Mit mehr Menschen, die vom Auto auf den Nahverkehr umsteigen, könnten Stau-, Park- und Luftprobleme gesenkt werden.

365 Euro im Jahr rund um die Uhr im ganzen VVS-Netz zu fahren, ist ein günstiger Preis, der in anderen Städten in die Tat umgesetzt wurde:

In Wien zahlt man nur 1 Euro am Tag für das gesamte Wiener Linien-Netz, und das sogar mit 4-Min- Takt, Express-S-Bahnen und durchgehendem Nachtverkehr.

Ursprünglich hat die Stadt nach der Einführung des 365-Euro-Tickets mit erheblichen Mehrausgaben gerechnet, allerdings stiegen so viele auf den Nahverkehr um, dass das Ticket sich nicht nur selbst trug, sondern einen Gewinn von 45 Millionen Euro erzielte.

Stuttgart soll auch den Mut besitzen, diese Entscheidung zu fällen. Vielleicht könnten hier auch Einnahmen verbucht werden, wie es in Wien der Fall war.

positive Wertungen: 996

negative Wertungen: 65

Stellungnahme der Verwaltung

Ziel der Landeshauptstadt Stuttgart ist es seit Jahren, den ÖPNV attraktiver zu machen, um mehr und mehr Menschen zum Umstieg auf die umweltfreundlichen Busse und Bahnen zu bewegen und damit einen Beitrag zur Luftreinhaltung zu liefern. Dazu haben sich 2014 auch die Partner des ÖPNV-Pakts in der Region Stuttgart (neben der Landeshauptstadt Stuttgart sind dies das Land Baden-Württemberg, der Verband Region Stuttgart und die Verbundlandkreise) verständigt. Dazu gehören sowohl Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots (z. B. Erweiterung des Stadtbahnnetzes, neue Fahrzeuge, Verbesserung des Fahrplans) und des Tarifangebotes (z. B. Einführung neues Abo-Verfahren, neues Firmen- und Seniorenticket, Ausbildungs-Abo, eTicket, HandyTicket). Dass die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen bereits erfolgreich waren, belegen seit Jahren kontinuierlich gestiegene Fahrgastzahlen für den Bereich des VVS, in den letzten fünf Jahren um über zehn Prozent.

2018 konnte mit 384 Mio. Fahrten ein neuer Fahrgastrekkord erzielt werden. 2019 dürfte dieses Ergebnis noch übertroffen werden, denn zum 1. April trat die Tarifreform in Kraft, die für viele Fahrgäste Preisvorteile bringt. Die Finanzierungsträger (Land, Landkreise, Stadt Stuttgart) müssen für die Tarifreform jährlich rund 42 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen an die VVS-Verkehrsunternehmen aufbringen. Bevor weitere Tarifmaßnahmen beschlossen werden, gilt es zunächst die Ergebnisse der Tarifreform abzuwarten und zu analysieren.

Die Einführung eines 365-Euro-Tickets wird derzeit vielfach gefordert. Die Einführung eines solchen Tickets würde aber zu sehr hohen Einnahmeausfällen bei den Verkehrsunternehmen führen. Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist ein Betrag von mindestens 60 Millionen Euro aufzubringen, was im Vergleich zu den Kosten der Tarifreform nochmals einen Quantensprung darstellt. Allein aus dem ÖPNV heraus konnten auch in Wien die Ausfälle nicht kompensiert werden. Mit der Einführung des 365-Euro-Tickets sind jedoch zusätzliche Maßnahmen umgesetzt worden, wie z. B. die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. Nach allen Erfahrungen im ÖPNV reichen die Kundenzuwächse nicht aus, um die durch die Tarifabsenkungen entstehenden Mindererträge auszugleichen, geschweige denn für einen Gewinn zu sorgen. In Österreich gelten aber grundlegend andere Regularien zur Finanzierung des ÖPNV, sodass die dortige Situation nicht mit der in Deutschland vergleichbar ist.

Platz: 18

Vorschlag Nr. 50461

Mehr Wildblumenflächen für Bienen schaffen/erhalten

Zwischen Heumaden und Sillenbuch gab es 2018 einen kleinen aber super schönen Wildblumenstreifen für die Bienen. (Direkt gegenüber der U-Bahn-Haltestelle Bockelstrasse, die Wiese neben dem Flüchtlingsheim). Der blühte bis in den Winter hinein! Das ist eine tolle, sehr sinnvolle Idee um den Bienen zu helfen und um die städtischen Bereiche schöner zu machen!

Sinnvoll überall wo es öde Grasflächen gibt, oder an Feldrändern, oder auch auf Verkehrsinseln!

Bitte, bitte (liebe Landwirte unter uns) unbedingt mehr davon!

positive Wertungen: 976

negative Wertungen: 35

Stellungnahme der Verwaltung

Auf städtischen Grünflächen, deren Verwaltung durch das Garten-, Friedhofs- und Forstamt erfolgt, wurden in den vergangenen Jahren bereits etliche intensiv gepflegte Rasenflächen in extensive Blumenwiesen umgewandelt.

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einem Maßnahmenpaket "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um Neuanlagen von Blumenwiesen oder die Umwandlung bestehender Rasenflächen in artenreiche Wiesen stadtweit realisieren zu können. Die Umsetzung von Maßnahmen an verschiedenen Standorten ist im Doppelhaushalt 2020/21 vorgesehen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch unterstützt dieses Vorhaben.

Platz: 19

Vorschlag Nr. 50865

Kita ErzieherInnen/Soziale Berufe besser bezahlen und mehr Anreize schaffen

Da immer noch erheblich viele Erzieher fehlen und immer mehr abwandern, sollte noch verstärkter daran gearbeitet werden, dass Erzieher bleiben wollen und neue kommen. Dafür ist es erforderlich, dauerhafte Anreize zu schaffen, also z.B. durch bessere Bezahlung (wie der Zuschlag für die Stadt), Zuschüsse, vergünstigten bezahlbaren Wohnraum.

Das Programm Tarif Plus für ErzieherInnen sollte daher weiterhin fortgeführt und nicht langsam eingeschmolzen werden. Vielmehr sollte es weiter ausgebaut und verfeinert werden.

Es sollte auch eine Umfrage und enge Zusammenarbeit mit den bestehenden Erzieherinnen geben, was sie brauchen und was ihnen helfen würde, damit sie bleiben. Auch sollte wieder die Anwerbung verstärkt in den Fokus gesetzt werden. Bisläng wird viel zu wenig und selten Werbung für die zahlreichen offenen Stellen gemacht.

Auch Quereinsteigern sollte der Einstieg erleichtert werden. Ebenso Praktikanten oder alternative Ausbildungsmöglichkeiten durchdacht werden und eventuell so neue ErzieherInnen geworben werden. Gegebenenfalls Anreize für Auszubildende schaffen.

Einfach auf allen Ebenen sollte versucht werden, ErzieherInnen zu werben und zu halten.

Das gleiche gilt für andere soziale Berufe. Es muss finanziell möglich sein, in der Stadt zu wohnen, wo man arbeitet. Andernfalls wandern diese wertvollen Arbeitskräfte aufs Land ab.

positive Wertungen: 975

negative Wertungen: 51

Stellungnahme der Verwaltung

Die Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst wurden in den letzten Jahren, insbesondere für die unteren Einkommensgruppen, deutlich angehoben. Das Einstiegsgehalt einer Erzieherin in Stuttgart, die ein Anerkennungsjahr oder ein Jahr Berufserfahrung nachweisen kann, liegt aktuell bei ca. 39.000 € Brutto (inkl. der TarifPlus-Zulage und der Jahressonderzahlungen). Als weiteren Anreiz erhalten die Beschäftigten ein Zuschuss zum Job-Ticket. Abwanderungstendenzen in das Umland sind nicht festzustellen.

In den letzten Jahren wurden zahlreiche Personalmarketingmaßnahmen im Rahmen der Werbekampagne „Komm-zu-uns“ durchgeführt. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem Anzeigen in Printmedien, beispielsweise in Fachzeitschriften wie Meine Kita, Luftballon und Moritz. Zusätzlich findet sich auf der Homepage der Landeshauptstadt Stuttgart eine Dauerausschreibung. Da sich mittlerweile mit Online-Anzeigen ein größerer Bewerberkreis zielgerichtet ansprechen lässt, werden die Stellenanzeigen verstärkt auf Onlineplattformen wie z. B. monster/jobpilot, meinestadt, stepstone oder der Stuttgarter Zeitung online ausgeschrieben. Neben pädagogischen Fachkräften sollen auch geeignete Quereinsteiger/-innen angesprochen werden, die im Jugendamt entsprechend nachqualifiziert werden können. Das Fachkräftegebot in der Kinder- und Jugendhilfe schränkt die Auswahl der Quereinsteiger/innen ein. Darüber hinaus werden regelmäßig Karrieremessen, Fachschulveranstaltungen und Hochschulen besucht, um Schüler/-innen und Studenten/innen für den Beruf des/der Erziehers/-in zu begeistern.

Die Nutzung sozialer Medien erfreut sich in den letzten Jahren einer steigenden Beliebtheit. Aus diesem Grund pflegen die Mitarbeiter/-innen der Personalgewinnung vermehrt Profile in sozialen Medien sowie externe Bewertungsportale, um geeignete Bewerber/-innen anzusprechen und auf die Arbeitsmöglichkeiten beim Jugendamt Stuttgart aufmerksam zu machen. Durch regelmäßige Aktualisierung und neue Inhalte soll das Interesse der „Follower“ gewonnen und das Image des Jugendamts als attraktiver Arbeitgeber gestärkt werden. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Zahl der interessierten Personen in den verschiedenen Medienkanälen kontinuierlich steigt. Exemplarisch soll hierfür Facebook angeführt werden, in dem das Jugendamt bereits über 5.000 Abonnenten/-innen verzeichnen kann. Weitere Accounts werden unter anderem bei Instagram, XING und Azubyio betreut.

Auch das Thema Ausbildung hat einen sehr hohen Stellenwert im Jugendamt. Mit der Gemeinderatsdrucksache 638/2016 und im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse 2018/2019 wurde eine Ausweitung der Praxisintegrierten Ausbildung auf 90 Plätze pro Jahr - allein beim städtischen Träger - beschlossen. Insgesamt werden jährlich über 600 Auszubildende, Praktikanten/-innen und Kurzzeitpraktikanten/-innen im Jugendamt betreut. Seit

mehreren Jahren werden verstärkt auch im Ausland geeignete Fachkräfte angeworben. Bislang konnten so über 100 gut ausgebildete Fachkräfte für die Arbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder gewonnen werden.

Trotz aller Bemühungen sind weitere Anstrengungen erforderlich, um neue Fachkräfte zu gewinnen und unsere pädagogischen Fachkräfte an die Stadt Stuttgart zu binden. Dem Gemeinderat werden noch in diesem Jahr neue Personalgewinnungsmaßnahmen und ein Verfahrensvorschlag zur TarifPlus-Zulage aufgezeigt.

Platz: 20

Vorschlag Nr. 52973

Hebammenversorgung verbessern

Der Hebammenmangel in Stuttgart hat ein Besorgnis erregendes Maß erreicht. Familien, die erst mit dem Erreichen der 12. Schwangerschaftswoche eine Hebamme kontaktieren, haben keine Chance auf diese Versorgung, obwohl sie einen Anspruch darauf hätten.

Die Stadt sollte, im Interesse ihrer Bürger, Maßnahmen ergreifen die Situation zu verbessern. (Prämien, vergünstigte Wohn- und Arbeitsräume, Zuschüsse, bei der Stadt angestellte Hebammen.)

positive Wertungen: 965

negative Wertungen: 46

Stellungnahme der Verwaltung

Das Gesundheitsamt ist gemäß des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG) für die Gesundheitsplanung zuständig. Zu den Planungsaufgaben gehört insbesondere das Aufzeigen von Problemfeldern in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung. Nach § 8 der Hebammenberufsordnung (HebBO) haben freiberuflich tätige Hebammen die Pflicht, ihre Tätigkeit beim zuständigen Gesundheitsamt zu melden. Das Gesundheitsamt hat nach § 11 HebBO zudem die Aufsichtspflicht über freiberuflich tätige Hebammen.

Die Einschätzung, dass auch in Stuttgart ein Hebammenmangel besteht, wird von der Verwaltung geteilt. Ausgehend von einem Schreiben des Hebammenkreisverbands Stuttgart an Herrn Oberbürgermeister Kuhn, wurden von Mitgliedern der Großen Steuerungsrunde des Kommunalen Netzwerks Frühe Hilfe konkrete Handlungsempfehlungen für Stuttgart erarbeitet. Diese werden dem Gemeinderat im Rahmen einer haushaltsrelevanten Mitteilungsvorlage vorgestellt (GRDRs 359/2019).

Zur Verbesserung der stationären Versorgungssituation wird z.B. eine Erhöhung der Kapazitäten in der stationären Geburtshilfe angestrebt, ferner die Ausweitung der Schwangerenambulanz, mit dem Ziel der Verbesserung der ambulanten Versorgungssituation. Es soll eine Beratungsstelle mit zusätzlicher Koordinierungshilfe von Hebammen am Gesundheitsamt eingerichtet und die Arbeitsbedingungen der Hebammen insbesondere durch kommunale Förderung der Externate (praktische Ausbildung der zukünftigen Hebammen) verbessert werden, mit dem Ziel einer Erhöhung der Zahl aktiver Hebammen. Als zusätzliche Handlungsempfehlung soll resultierend aus dem Arbeitskreis das Projekt „Stillfreundliches Stuttgart“ ins Leben gerufen werden. Diese Vorschläge generieren einen Bedarf an Personal und Sachmitteln.

Nach Beschluss des Haushalts Ende des Jahres könnte Mitte des Jahres 2020 mit der Aufnahme der Tätigkeit der Koordinierungsstelle am Gesundheitsamt gerechnet werden. Die Externate könnten bereits ab Frühjahr 2020 bezuschusst werden.

Platz: 21

Vorschlag Nr. 52610

Neues Feuerwehrhaus in Sillenbuch bauen

Das Sillenbacher Feuerwehrhaus entspricht weder den aktuellen Vorschriften noch den Anforderungen:

- Es fehlen Stellplätze für die vier Feuerwehrfahrzeuge und Parkplätze für die Einsatzkräfte.
- Kein/Unzureichender Lagerraum für Material, Betriebsstoffe, Übungsgeräte, Werkzeug etc.
- Sanitäre Anlagen wie Duschen und WC's sowie Umkleieräume sind entweder veraltet oder gar nicht erst vorhanden. Die ca. 50 Angehörigen beider Geschlechter ziehen sich in der Fahrzeughalle um und sind dort durch die fehlende Absauganlage Feinstaub und Dieselabgasen voll ausgesetzt.
- Es gibt keinen Jugendraum und keine Umkleieräume für die ca. 20 Jugendlichen. Deshalb ziehen sich Mädchen und Jungen im Aufenthaltsraum um, der außerdem als Lehr-, Speise- und Versammlungsraum genutzt wird.
- Die aus hygienischen und gesundheitlichen Gründen vorgeschriebene Schwarz-Weiß-Trennung (die im Einsatz kontaminierte Einsatzkleidung (schwarz) wird außerhalb des Weißbereiches (Aufenthaltsräume, Lehrsaal etc.) gelagert und getragen) ist räumlich nicht möglich. Dies führt zur Verschleppung von giftigen, gesundheits- und krebserregenden Stoffen in den Sozialbereich.

Die Missstände sind so gravierend, dass dies nur ein Neubau des Gerätehauses beheben kann. Mit oder ohne Bürgerzentrum.

positive Wertungen: 958

negative Wertungen: 103

Stellungnahme der Verwaltung

Das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Sillenbuch ist aktuell zusammen mit dem Bezirksrathaus in einem angemieteten Gebäude in der Aixheimer Str. 28 untergebracht und entspricht zwischenzeitlich nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine solche Nutzung.

Bereits vor über 10 Jahren wurde ein Grundsatzbeschluss (Gemeinderatsdrucksache 543/2008) zum Neubau eines Bürger- und Veranstaltungszentrums auf dem Standort der ehemaligen Buswendeschleife in der Kirchheimer Straße getroffen. Dabei sollen die im Gebäude Aixheimer Straße 28 befindlichen Nutzungen (Bezirksrathaus, freiwillige Feuerwehr) im Neubau untergebracht werden.

Das Vorhaben wurde von der Verwaltung bereits zum Doppelhaushalt 2010/2011 vorgeschlagen. Die Bereitstellung von Planungskosten wurde seither für alle nachfolgenden Haushaltsplanberatungen beantragt, die Mittel aber jeweils nicht bereitgestellt und die Planungen bis auf weiteres zurückgestellt.

Der Flächenbedarf der Freiwilligen Feuerwehr hat sich gegenüber dem Stand der ursprünglichen Planung von 2008 teilweise erhöht. Dies und die in der Entwurfsplanung des Wettbewerbssiegers noch offenen Fragen bezüglich der Einhaltung der grundlegenden Anforderungen des Unfall- und Gesundheitsschutzes sowie der einschlägigen Rechtsgrundlagen müssen im weiteren Planungsprozess ausgeräumt werden. Es zeichnet sich ab, dass die Feuerwehrrnutzung im Wohngebiet heutzutage deutlich kritischer zu sehen ist, was Fragen des Immissionsschutzes und möglicher Abwehransprüche der Anwohner anbelangt. Dies muss im weiteren Verfahren geklärt werden.

Entsprechend dem aktuellen Antrag und der Anfrage Nr. 17/2019 "Ein Bürgerzentrum für Sillenbuch auf den Weg bringen", in dem sich sämtliche Fraktionen für eine Weiterplanung des Vorhabens aussprechen, ist vorgesehen, im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 über die Bereitstellung von Planungsmitteln zu entscheiden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Sillenbuch unterstützt dieses Vorhaben. Ziel muss es weiterhin sein, ein neues Bürger- und Veranstaltungszentrum in Sillenbuch zu realisieren, in dem dann auch ausreichende Räume für die Feuerwehr vorzusehen sind.

Platz: 22

Vorschlag Nr. 51269

Ohne Neubau keine Zukunft für die Jugendfarm Zuffenhausen

Beim ersten Stuttgarter Bürgerhaushalt im Jahr 2011 schaffte es das Projekt „Neubau Jugendfarm Zuffenhausen“ auf Platz 2 der Prioritätenliste aller Stuttgarter Anträge, was eine Bereitstellung von 250.000 Euro durch den Gemeinderat zur Folge hatte.

Mit viel Energie und Aufwand hat der damalige Vorstand des verantwortlichen Trägervereins Kinder- und Jugendfarm Zuffenhausen e.V. das Projekt über die Jahre begleitet, das schließlich im Jahr 2017 aufgrund der fehlenden Voraussetzungen für eine Genehmigung des damaligen Bauplans scheitern sollte. Mit dem Rücktritt des Vorstands stand nicht nur das Projekt Neubau, sondern auch die gesamte Einrichtung vor dem Aus.

Nicht zuletzt durch die große Unterstützung von Seiten der Öffentlichkeit machte der Stuttgarter Gemeinderat mit seinem Aufstellungsbeschluss den Weg frei für einen neuen Anlauf zum Projekt „Neubau“, den der 2017 neu gewählte Vorstand des Trägervereins seit über einem Jahr erfolgreich in Angriff genommen hat und der voraussichtlich im Februar 2019 mit der Einreichung des Baugesuchs sein erstes wichtiges Etappenziel erreicht hat.

Das größte Hindernis bleibt aber die Finanzierung der Baumaßnahme, denn ohne eine Aufstockung der vor acht Jahren zugesagten 250.000 Euro um weitere 370.000 Euro ist selbst mit dem inzwischen vorhandenen beträchtlichen Eigenanteil des Vereins kein Neubau möglich - allein schon aufgrund der heute fast verdoppelten Baupreise. Und ohne eine grundlegende Neubebauung, der seit über 40 Jahre bestehenden, teilweise provisorischen Gebäude auf der Schlotwiese, können die immer weiter steigenden Ansprüche an eine heutige Jugendfarm, wie Kernzeitbetreuung, Inklusion und weiteres, nicht erfüllt werden.

Fazit: Ohne die Aufstockung der bisher bereitgestellten Mittel um 370.000 Euro wäre das Aus für eine der beliebtesten Einrichtungen ihrer Art in Stuttgart kaum mehr abzuwenden.

positive Wertungen: 957

negative Wertungen: 78

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des ersten Bürgerhaushaltes im Jahr 2011 hat der Gemeinderat für den Neubau des Farmgebäudes im Haushaltsjahr 2013 250.000 € bereitgestellt. Der Neubau konnte nicht wie vom Verein geplant umgesetzt werden, da dafür keine Baugenehmigung erteilt werden konnte. Ein neues Vorstandsteam kümmerte sich intensiv um die planungsrechtlichen Belange und den Neubau inklusive der Finanzierung. Im März 2019 hat der Verein beim Baurechtsamt den Antrag auf Baugenehmigung eingereicht und beim Jugendamt eine Mittelanmeldung über weitere 370.000 €, die im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereitgestellt werden sollten, um den notwendigen Neubau finanzieren zu können. Als Eigenanteil hat der Verein insgesamt 93.000 € erwirtschaftet, bzw. aquiriert.

Mit diesem geplanten Neubau erfüllt der Träger die Vorgaben hinsichtlich Hygiene (Küche) und der Barrierefreiheit. Mit der Bereitstellung von weiteren 370.000 € kann sich der Verein eine Grundlage schaffen, um das bestehende Angebot aufrecht zu erhalten und zukunftsfähig zu sein.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Forderung wird bereits durch einen Beschluss des Bezirksbeirates Zuffenhausen unterstützt.

Platz: 23

Vorschlag Nr. 53458

Platz da für Naturwissenschaften. Fritz-Leonhardt-Realschule und Wilhelm-Gymnasium mit Fachräumen ausstatten

Die Fritz-Leonhardt-Realschule (FLRS) und das Wilhelm-Gymnasium (WG) in Degerloch sind in Bezug auf die Räume für naturwissenschaftlichen Unterricht vollkommen unzureichend ausgestattet. Beide Schulen sind in den letzten Jahren gewachsen und stellen sich in besonderem Maße auch der Verantwortung, Ihre Schüler naturwissenschaftlich auszubilden.

Schüler ausreichend in Fachräumen unterrichten zu können, benötigt die FLRS dringend ein zusätzliches Klassenzimmer, damit ein vorhandener Raum dem Technikbereich zugeschlagen werden kann. Das WG verfügt derzeit lediglich über einen Fachraum für Chemie, ein Weiterer wird benötigt. Die Räume erst nach der geplanten Sanierung in einigen Jahren zur Verfügung zu stellen, bedeutet, dass mehrere Jahrgänge nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen den wichtigen Fachunterricht erhalten können.

Es kann in einem Land nicht grundsätzlich beklagt werden, dass die Schüler nicht ausreichend naturwissenschaftlich ausgebildet werden, wenn den Schulen nicht einmal grundlegende Dinge wie Räume zur Verfügung gestellt werden!

positive Wertungen: 952

negative Wertungen: 64

Stellungnahme der Verwaltung

Fritz-Leonhardt-Realschule:

Die Fritz-Leonhardt-Realschule beschult im aktuellen Schuljahr 2018/2019 insgesamt 527 Schülerinnen und Schüler in insgesamt 18 Klassen. Die zu Verfügung stehenden Gebäude bieten Platz für eine dreizügige Realschule gemäß dem Modellraumprogramm des Landes Baden-Württemberg.

Hinsichtlich des Technikbereichs ist der Maschinenraum im Untergeschoss des Hauptbaus auf Grund der niedrigen Deckenhöhe nur begrenzt nutzbar. Mit der Schulleitung wurde bereits eine mögliche provisorische Lösung entwickelt, welche vorsieht, durch Hinzunahme eines weiteren Unterrichtsraumes den Technikbereich umzustrukturieren. Im Augenblick werden die baulichen und technischen Grundlagen ermittelt, um im Anschluss auf der Basis des ermittelten notwendigen Umfangs das weitere Vorgehen für eine zügige Umsetzung festzulegen.

Wilhelms-Gymnasium:

Das Wilhelms-Gymnasium beschult im aktuellen Schuljahr 2018/2019 insgesamt 712 Schülerinnen und Schüler in insgesamt 27 Klassen. In den vergangenen Jahren hat das Gymnasium auf Grund der hohen Nachfrage nach G9 die räumliche Kapazitätsgrenze erreicht. Zum aktuellen Schuljahr 2018/2019 konnten dem Gymnasium drei Unterrichtsräume im Pavillonbau, der bisher durch die International School of Stuttgart genutzt wurde, zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzung des Pavillons ist zeitlich begrenzt, da das Grundstück für einen Erweiterungsneubau in Modulbauweise benötigt wird.

Für die Gebäude des Wilhelms-Gymnasium stehen mittelfristig größere Sanierungsarbeiten an, welche sich bereits in der Planung befinden. Teil des Sanierungskonzepts ist auch die Errichtung eines Erweiterungsneubaus in Modulbauweise, in welchem zukünftig die naturwissenschaftlichen Fachräume untergebracht werden. Der Baubeginn für den Erweiterungsbau in Modulbauweise (1.095 m² Programmfläche) ist voraussichtlich 2021.

Der bisherige Fachklassenbau wird im Zuge der Sanierungsarbeiten voraussichtlich ab 2022 umstrukturiert und allgemeine Unterrichtsräume geschaffen. Während der Sanierung des Hauptbaus werden die umstrukturierten Unterrichtsräume des Fachklassenbaus für die notwendige Auslagerung interimistisch genutzt. Nach Abschluss der gesamten Sanierungsmaßnahme können diese Räume der Fritz-Leonhardt-Realschule und dem Wilhelms-Gymnasium bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch unterstützt den Vorschlag vollumfänglich.

Platz: 24

Vorschlag Nr. 53519

Keine weitere Reduzierung der Öffnungszeiten der Hallenbäder Sonnenberg, Vaihingen und Plieningen und weiterer Bäder in Stuttgart

Die geplanten Reduzierungen bedeuten eine drastische Reduzierung der Publikumsschwimmzeiten. Neben Schulschwimmen und Vereinsschwimmen muss auch ein Rahmen für öffentliches Schwimmen gewährleistet sein. Nur dort kann das im Schulschwimmen Erlernte geübt werden und man kann zu einem geübten Schwimmer reifen. Daneben sind auch die Interessen vieler Freizeitsportler in Stuttgart zu wahren. Die Reduzierung der Öffnungszeiten würde auch zu einer Überfüllung der Bäder führen.

positive Wertungen: 946

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart (inkl. Hallenbad Untertürkheim) untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich wieder im Sommer 2019 mit der Thematik befassen.

Platz: 25

Vorschlag Nr. 51198

Neues Sportvereinszentrum in S-Wangen in der Kesselstraße 30 eröffnen

Die SportKultur Stuttgart (SKS) benötigt dringend neue, zeitgemäße Sportübungsräume um die gestiegene Nachfrage im Kinder-, Gesundheits-, und Rehasport zu befriedigen. Teilweise bestehen lange Wartelisten in diesen Bereichen und ein Ausbau des Sportangebotes ist durch den Raummangel nicht möglich.

Die Hallenkapazität in den Oberen Neckarvororten ist erwiesenermaßen bei weitem nicht ausreichend um allen Sporttreibenden ein Angebot zu ermöglichen, geschweige denn um neue Angebote zu initiieren.

Die einzige Möglichkeit diesen Mangel an Hallenkapazitäten zu lindern, ist der Neubau einer Turnhalle. Da die Zeit drängt, wäre die SKS bereit, in Kooperation mit der Stadt Stuttgart, eine neue Turnhalle zu bauen. Als Standort für den Neubau könnte die Fläche auf dem bestehenden Sportgelände in S-Wangen in der Kesselstraße 30 genutzt werden.

Die Halle könnte eventuell die Sportangebote, die seither in der Turnhalle in Hedelfingen stattfinden, aufnehmen und andererseits zusätzliche Räume für ein neues, zeitgemäßes Sportangebot (z.B. Bewegungslandschaft, Gymnastik- und Kursräume) bieten. Diese Turnhalle wäre für alle seitherigen Nutzer der Turnhalle in Hedelfingen selbstverständlich offen.

Zu den ganzen Überlegungen ist zu beachten, dass die, in die Jahre gekommene Turnhalle in Hedelfingen nicht mehr den sportlichen Anforderungen entspricht.

positive Wertungen: 937

negative Wertungen: 116

Stellungnahme der Verwaltung

Der Verein SportKultur Stuttgart ist im Jahr 2012 durch die Fusion von vier Sportvereinen aus Hedelfingen und Wangen entstanden und bietet in seinem Einzugsgebiet ein vielfältiges Sportangebot für seine Vereinsmitglieder und die Bevölkerung an. Für seine Sportangebote nutzt der Verein die vorhandenen Sportfreianlagen und insbesondere die Turn- und Sporthallen in den Stadtbezirken Wangen und Hedelfingen.

Bezogen auf die gesamte Stadt liegt der Versorgungsgrad (Stand 31.12.2018) der Turn- und Sporthallen für den Vereinssport/Allgemeinen Sport bei ca. 75 %. Das innere Stadtgebiet weist eine Bedarfsdeckung von 69,3 % auf. Im Äußeren Stadtgebiet wird insgesamt eine Bedarfsdeckung von 78,7 % erreicht.

Der Vereinssport in Wangen und Hedelfingen ist seit langem unterversorgt. Ab ca. 17.15 Uhr stehen die Hallen den Sportvereinen und Sportgruppen zum allgemeinen Trainingsbetrieb zur Verfügung. Diese Zeiten sind allerdings voll belegt, so dass die Vereine praktisch keine Möglichkeit haben, ihren Mitgliedern neue Angebote zu unterbreiten bzw. neue Mitglieder aufzunehmen. In Hedelfingen liegt die Versorgung bei 79,3 %, in Wangen bei rund 65,3 %. Das ergibt einen Fehlbedarf von insgesamt 2,6 Übungseinheiten (Hed -1,0 ÜE / Wa -1,6 ÜE), der nur durch den Bau zusätzlicher Übungsräume auszugleichen ist.

Perspektivisch ist davon auszugehen, dass sich das bestehende Defizit mit der zu erwartenden Einwohnerentwicklung weiter erhöhen wird. Eine neue Sporthalle mit dem Schwerpunkt Vereinssport könnte ganzjährig genutzt werden. Für die Realisierung einer solchen Sporthalle ist aber derzeit noch kein Standort festgelegt. In Frage kommen könnte das Sportgelände der SportKultur an der Kesselstraße.

Die Überlegungen der SportKultur Stuttgart dort ein neues Vereinszentrum zu planen sind nachvollziehbar. Eine hohe Nachfrage im Bereich Kinder-, Gesundheits- und Rehasport ist neben der Nachfrage beim Freizeit- und Wettkampfsport gegeben. Ob sich die Ziele eines Vereinszentrums und einer neuen Sporthalle dort umsetzen lassen, könnte mit einer Machbarkeitsstudie und einer anschließenden konkreten Projektplanung in den Jahren 2020/2021 geklärt werden. Dafür würden entsprechende Planungsmittel benötigt. Wichtig wäre dabei, dass die Belange beider Stadtbezirke berücksichtigt und damit die jeweiligen Anforderungen von Wangen und Hedelfingen erfüllt werden könnten.

Platz: 26

Vorschlag Nr. 51828

Neckar erlebbar machen und Aufenthaltsqualität erhöhen

Der Neckar gehört zu Stuttgart wie seine Berge. Leider ist der Neckar bis Bad Cannstatt umrandet von Beton, Industrie und Straßen und hat kaum Aufenthaltsqualität. Selbst von den Hügeln ist der Neckar kaum sichtbar und wird sehr stiefmütterlich behandelt. Daher sollen die Ideen aus dem Masterplan für den "Erlebnisraum Neckar" weiter forciert und umgesetzt werden, wie z.B.

- Untertunnelung der B10
- Begehbarkeit der Staustufen mit Informationen und Sitzmöglichkeiten
- Rückzugsort wie z.B. im Remseck
- Hafen erlebbar machen (Zugänge ans Wasser und in hohen Gebäuden zur Aussicht)
- deutlich und mehr grün und Sitzmöglichkeiten
- Cafés, Kioske, Strände etc.

positive Wertungen: 905

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Der von Herrn Oberbürgermeister Kuhn im Jahr 2017 vorgelegte Plan "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" (<https://www.stuttgart.de/masterplan-neckar>) zeigt auf, welche Potenziale zur Aufwertung und Inwertsetzung der Stadtlandschaft für mehr Lebensqualität, Ökologie und Erholung entlang des Neckars in Stuttgart bestehen. Er gibt auch einen kurzen Überblick über die von der Industrialisierung des Neckartales geprägte Geschichte und Entwicklung der Flusslandschaft in Stuttgart, bereits umgesetzte Projekte und den Stand der weiteren Planungen. Dies zu kennen ist wichtig, um die vorhandenen Entwicklungspotenziale einordnen zu können.

Historische Entwicklung von Stadt und Landschaft, beschränkte Verfügbarkeit an geeigneten Flächen und nicht zuletzt der entlang des Flusses relativ starre Rechtsrahmen lassen Entwicklungen in einem leider nur beschränkten Ausmaß zu. Hinzu kommt, dass der Neckar als Bundeswasserstraße in Besitz des Bundes ist und die Stadt nur sehr wenige Flächen entlang der Neckarufer besitzt. Der Plan stellt nicht nur die entlang des Flusses möglichen Projekte vor, sondern macht auch einen Vorschlag für die zeitliche Realisierung. "Projekte bis 2022" sind derzeit in Bearbeitung. Ihre Finanzierung wurde bereits im Rahmen des Doppelaushaltes 2016/2017 gesichert (GRDRs 818/2015). Dazu gehören das Neckarufer am Lindenschulviertel (GRDRs 517/2017), das Wasenufer und die Wasenquerung, die Umgestaltung des Hechtkopfes am Sicherheitshafen Bad Cannstatt (GRDRs 595/2017), die "Natueroase" in den Auwiesen sowie zwei Projekte entlang der Austraße in Münster. Diese Projekte sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Der Masterplan eröffnet aber auch den Blick in die weitere Zukunft. Für den Zeitraum von 2022 bis 2035 sieht er weitere 9 Projekte für die Realisierung vor. Die Verwaltung arbeitet bereits heute daran, diese Projekte planerisch zu konkretisieren und ihre Realisierung vorzubereiten. Ein wichtiger Beitrag dazu sind die Wettbewerbsergebnisse zum Neckarknie oder die Planungen zum Rosensteinufer vor der Wilhelma. Im Rahmen des nun anstehenden Doppelhaushaltes 2020/2021 gilt es, den Grundstein für die Finanzierung dieser weiteren Projekte zu legen. Die Verwaltung unterbreitet dem Gemeinderat dazu vor der Sommerpause 2019 einen entsprechenden Vorschlag.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen befürwortet diesen Bürgervorschlag einstimmig. Die Forderung, den Neckar erlebbar zu machen, entspricht der Beschlusslage im Bezirksbeirat.

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt stimmt zu.

Platz: 27

Vorschlag Nr. 52177

Einweg Müll von Kaffee to go Becher und Fast Food reduzieren

Kaffee to go Becher produzieren eine große Menge unökologischer Abfälle, das Gleiche gilt auch für Fast Food. Es gibt alternativen - Mehrweg-Pfandsystem (z.B reCIRCLE Stuttgart), eigenes Geschirr bringen, drink/eat-in aus klassischen Mehrweg Geschirr. Mehrweg sollte gefordert sein, Einweg bestraft. So wie es inzwischen an vielen Orten ein Pflicht-Gebühr für eine Einweg-Plastiktüte gibt, könnte dieses auch für die Einweg-Kaffeetassen und ähnliches eingeführt werden.

positive Wertungen: 899

negative Wertungen: 51

Stellungnahme der Verwaltung

Derzeit gibt es keine rechtliche Grundlage für eine Abgabe auf Einweggeschirr bzw. Pappbechern, um so das Aufkommen an diesen Behältnissen zu reduzieren.

Die EU hat ein Verbot von bestimmten Plastikartikeln auf den Weg gebracht und dafür eine Richtlinie erlassen. Im Jahr 2021 (zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie) werden Kunststoffeinwegprodukte, für die es Alternativen aus anderen Materialien gibt, verboten. Dazu zählen Wattestäbchen, Plastikbesteck und -teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonhalterungen sowie Becher und Essens-behälter für den Sofortverzehr aus Polystyrol; Produkte aus oxo-abbaubaren Kunststoffen soll es gar nicht mehr geben.

Die Stadt Stuttgart führt im Spätsommer 2019 ein Mehrwegbecherpfandsystem ein. Den Zuschlag zur Umsetzung hat die Firma reCup erhalten, die bereits in zahlreichen umliegenden Kommunen tätig ist. Gemeinsam mit einer Fachjury, bestehend aus Vertretern von Bäckereien, Systemgastronomen, Forschung und Wissenschaft hat man sich in einem wettbewerblichen Verfahren für reCup entschieden. Die nächsten Schritte zur Umsetzung wie das Becherlayout, die Marketingkampagne und Gespräche mit potentiellen Teilnehmern des Systems werden zeitnah angegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt beabsichtigen bereits einige Mitglieder aus der Fachjury sich am System zu beteiligen, dies sind: coffreez GmbH, Bäckerei Konditorei Cafe Walter Nast, Bäckerei und Konditorei Treiber GmbH, City Initiative Stuttgart e.V., DB Netze DB Station&Service AG, Hochland Kaffee Hunzelmann GmbH und Co. KG, Mc Donald's, Siegel Backkultur GmbH & Co. KG, Studierendenwerk Stuttgart, YORMA'S AG. Dienstleistungen wie Spüldienstleistungen, eine lokale Transportlogistik sowie Rücknahme-(Ausgabe) Automaten werden berücksichtigt.

Platz: 28

Vorschlag Nr. 52965

Lebensmittelverschwendung bekämpfen - Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Stadt, die den Schutz der Umwelt ernst nimmt!

Die Stadtverwaltung Stuttgart soll Initiativen unterstützen, die aktiv gegen Lebensmittelverschwendung arbeiten.

Die Erzeugung von Lebensmitteln, vor allem von Milch- und Fleischprodukten, benötigt viele Ressourcen und erzeugt unter anderem verschmutztes Abwasser und klimaschädliches Kohlendioxid. Zu viele genießbare Lebensmittel landen in unserer Überflussgesellschaft im Müll, bestenfalls im Kompost. Neben den Tafeln, die Lebensmittel mit kurzem Mindesthaltbarkeitsdatum zu günstigen Preisen an Bedürftige abgeben, sind es vor allem die Aktiven bei foodsharing (www.foodsharing.de), die aussortierte aber sehr wohl genussfähige Lebensmittel bei kooperierenden Geschäften, Restaurants, Marktständen etc. abholen und kostenlos weiter fair-teilen.

Um die Weiterverteilung zu erleichtern und damit auch mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, beim Kampf gegen die Verschwendung mitzuwirken, werden mehr sogenannte "Fair-Teiler" benötigt. Fair-Teiler sind Orte, an denen alle Menschen, unabhängig von Bedürftigkeit und bedingungslos Lebensmittel von privat zu privat teilen können.

Die Stadt soll Grundstücke beziehungsweise Räumlichkeiten dafür in möglichst jedem Stadtteil bereitstellen beziehungsweise dabei behilflich sein, passende öffentlich zugängliche Orte zu finden und zu finanzieren.

positive Wertungen: 897

negative Wertungen: 73

Stellungnahme der Verwaltung

Bei dem Konzept des gemeinnützigen Foodsharing-Cafés "Raupe Immersatt" wird ein Foodsharing Fairteiler in ein Café integriert. Fairteiler sind frei zugängliche Stationen für alle Lebensmittelretter*innen der Initiative Foodsharing, aber auch für alle anderen Personen, die gerne überschüssige Lebensmittel kostenfrei teilen möchten. Ziel ist, das Teilen von überschüssigen Lebensmitteln einfacher und unkomplizierter zu machen.

Über das Verschenken der geschenkten Lebensmittel hinaus sollen in den Räumlichkeiten in üblicher Form Getränke verkauft werden. Die Gäste zahlen so viel sie möchten. Nachmittags ist ein Cafébetrieb und abends ein Barbetrieb geplant. Darüber hinaus werden Themenvorträge und Workshops angeboten sowie Infopoints für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Regelmäßige Kochkurse, Schnippeldiskos, Themenvorträge und vieles mehr lassen einen wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln erlebbar machen. So wird auf den ideellen Wert von Nahrung hingewiesen und langfristig private Lebensmittelverschwendung drastisch reduziert.

Die Wirtschaftsförderung begleitet die Initiative mit seinem Leerstands- und Flächenmanagement seit August 2017 und unterstützt sie bei der Flächensuche. Am 6.6.2019 eröffnet das Café Raupe Immersatt am Hölderlinplatz im Stuttgarter Westen - als erstes Foodsharing-Café Deutschlands.

Platz: 29

Vorschlag Nr. 50006

Mehrweg statt Einweg – Geschirrmobil für öffentliche Veranstaltungen ohne Müllberge

In Kürze: Es wäre schön, wenn die Stadt Stuttgart bei öffentlichen Veranstaltungen die Verwendung von Mehrweggeschirr vorschreiben würde. Durch ein „Geschirrmobil“ könnten kleine Veranstaltungen und Stände dabei unterstützt werden.

Bei den meisten öffentlichen Veranstaltungen fällt beim Verkauf von Essen und Getränken viel Müll an, da Geschirr, Besteck und Becher Einmalprodukte zum anschließenden Wegwerfen sind. Ökologisch besser als Plastik, Holz und auch Papier ist das Spülen von Geschirr. Es wäre großartig, würde die Stadt Stuttgart hier ihren Handlungsspielraum nutzen, um zur Vermeidung von Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung beizutragen.

Ein „Mehrweggebot“ könnte die Verwendung eines Pfandsystems bei öffentlichen Veranstaltungen vorschreiben. Um kleineren Ständen (z. B. auf Street-Food-Märkten) das Spülen zu ermöglichen, könnte von der Stadt ein „Geschirrmobil“ angeschafft werden, welches kostenlos oder sehr günstig zur Verfügung gestellt wird. Die Stadt Wien könnte hier als Vorbild dienen [1].

Dies ist keine neue Idee. Es gibt zum Thema bereits eine Menge Studien und auch Erfahrungen anderer Städte, so z. B. eine 50-seitige Studie im Auftrag der Stiftung Naturschutz Berlin [2] und weitere [3]. Daraus geht hervor, dass es durchaus einige Möglichkeiten gibt, die Müllmengen bei Veranstaltungen zu reduzieren. Die Stadt Stuttgart sollte sich hier mehr trauen und mehr ausprobieren!

[1] <https://www.wenigermist.at/das-wiener-geschirrmobil-weniger-abfall-und-m...>

[2] Abfallvermeidung und -trennung auf Märkten und Straßenfesten. Wissenschaftliche Studie im Auftrag der Stiftung Naturschutz Berlin, 2010. (Unter Mitarbeit von Gudrun Pinn)

[3] PLADERER, C., et al. Vergleichende Ökobilanz verschiedener Bechersysteme beim Getränkeauschank an Veranstaltungen. BMLFUW Österreichisches Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und BAFU Schweizer Bundesamt für Umwelt, 2008

positive Wertungen: 894

negative Wertungen: 55

Stellungnahme der Verwaltung

Schon jetzt ist die Verwendung von Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen auf öffentlichen Flächen vorgeschrieben (Weindorf, Weihnachtsmarkt). Ausnahmen gibt es nur, wenn kein Strom- oder Wasseranschluss vorhanden ist. Diese Regelung gilt seit den 80er Jahren für alle Veranstaltungen auf städtischen Flächen.

Das Angebot eines Geschirrmobiles erscheint in der Umsetzung schwierig. Viele Feste und Veranstaltungen finden in den Sommermonaten parallel statt, so dass zumindest in jedem Bezirk ein Spülmobil bereitstehen müsste (20 Stück). Mittlerweile gibt es zahlreiche gewerbliche Anbieter von Geschirrmobilen. Ein städtisches Mobil, das kostenlos oder zu einem subventionierten Preis angeboten werden würde, führt möglicherweise zu wettbewerbsrechtlichen Problemen.

Platz: 30**Vorschlag Nr. 52546****Hallenbäder müssen öffentlich bleiben**

Hallenbad Bad Cannstatt retten! Das zukünftige Bad im NeckarPark kann das jetzige Hallenbad nicht ersetzen. Außerdem muss dringend die Öffnung jetzt für die Öffentlichkeit erhalten bleiben. Es ist ja nur ein einziger Tag pro Woche für die Öffentlichkeit geblieben, und der soll jetzt auch noch gestrichen werden. Die Stuttgarter Bürger müssen weiterhin in den verschiedenen Stadtteilen die Möglichkeit haben schwimmen zu können. Es kann nicht sein, dass die Stadt sich immer weiter entfernt von ihren Verpflichtungen den Bürgern/der Allgemeinheit gegenüber. Auch wenn sie dabei keinen Profit macht. Es muss sich nicht immer alles rechnen, was die Stadt ihren Bürgern bieten muss. Alle Hallenbäder sollten im Sommer offen sein. Anfang Mai werden sie geschlossen unabhängig wie das Wetter ist und man kann oft noch gar nicht ins Freie. Außerdem sind die Freibäder für richtiges Schwimmen oft zu voll, wenn es mal richtig heiß ist. Die Menschen haben ein Recht auf Sport und Erholung. Hier wird mal wieder an der falschen Stelle gespart.

positive Wertungen: 881

negative Wertungen: 40

Stellungnahme der Verwaltung

Der Bäderausschuss des Gemeinderats hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2017 den Projektbeschluss für den Neubau des Sporthallenbades NeckarPark gefasst. Damit wurde auch beschlossen: „Bei Fertigstellung des Sporthallenbades NeckarPark wird der Betriebsstandort Hallenbad Cannstatt aufgegeben.“ (vgl. GRDRs 419/2017). Das neue Sporthallenbad wird das Hallenbad Cannstatt – das bekanntlich stark sanierungsbedürftig und von immer wieder vorkommenden unvorhersehbaren Ausfällen der technischen Anlagen betroffen ist – sowie die Traglufthalle über dem Sportbecken des Inselbads Untertürkheim ersetzen.

Die Eröffnung des Sporthallenbades NeckarPark ist für Anfang 2022 vorgesehen. Das Hallenbad Cannstatt wird mindestens bis Ende Juli 2022 (Schuljahresende) in Betrieb bleiben.

Das Sporthallenbad NeckarPark wird mit einem 50m-Schwimmerbecken mit einer Hubwand und einem 25m-Mehrzweckbecken mit einem Hubboden über ein sehr gutes Angebot für Schwimmer und Schwimmernde verfügen und die im Hallenbad Cannstatt und in der Traglufthalle entfallenden Wasserflächen und Nutzungszeiten von Schulen und Vereinen mehr als kompensieren.

Das Gebiet NeckarPark mit dem neuen Sporthallenbad wird an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Für Schulen, die das Bad innerhalb max. 15 Minuten einfacher Wegezeit – ob zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln – nicht erreichen können, besteht die Möglichkeit des Transports per Schulbus (vgl. GRDRs 660/2018).

Sollte das Hallenbad Cannstatt entgegen der bestehenden Beschlusslage generalsaniert werden, wäre entsprechend der Grobkostenannahme mit einem Finanzierungsbedarf von rund 13 Mio. Euro zu rechnen.

Nach der Sanierung muss weiterhin wegen der Folgekosten aus dem Betrieb und für den baulichen Unterhalt des Bades mit einem jährlichen Defizit in einer Größenordnung von 300.000 Euro bis 400.000 Euro gerechnet werden.

Der Erhalt des Hallenbades Cannstatt und dessen Betrieb parallel zum Sporthallenbad ist auch mit Blick auf einen zukünftigen Bevölkerungszuwachs in der Landeshauptstadt Stuttgart und der räumlichen Bedarfe weder zur Abdeckung der für den Schul- und Vereinssport notwendigen Nutzungszeiten, noch für einen öffentlichen Badebetrieb erforderlich.

Die Schließung des Leo-Vetter-Bads sowie des Hallenbades Heslach während der Freibadsaison 2020 wurde vorgeschlagen, um den Fachkräftemangel im Aufsichtsbereich zu bewältigen. In keinem der acht Hallenbäder der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es Wasserflächen in den Außenbereichen. Aber gerade in der warmen und heißen Jahreszeit werden verstärkt Wasserflächen unter freiem Himmel aufgesucht. Für die Bäderbetriebe Stuttgart hat daher die uneingeschränkte Zurverfügungstellung der Wasserflächen in den Stuttgarter Freibädern eine hohe Priorität. Zudem bieten unsere Freibäder im Schnitt etwa das Dreifache an Wasserfläche im Vergleich zu den Hallenbädern. Das muss bei hohem Besucheraufkommen auch berücksichtigt werden. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr hatten wir trotz verkürzten Öffnungszeiten im Inselbad Untertürkheim durchschnittlich 134 Besucher pro Öffnungsstunde. Im Leo-Vetter-Bad zählten wir im Schnitt nur 26 und im Hallenbad Heslach 37 Gäste pro Öffnungsstunde.

Von Mai bis Mitte September entsteht mit der Öffnung unserer fünf städtischen Freibäder ein erhöhter Personalbedarf. Wir benötigen Jahr für Jahr während der Sommerbadesaison bis zu 60 zusätzliche Saisonfachkräfte, um die umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können. Wenn nur noch zwei – statt bisher vier – Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auch während der Sommersaison offengehalten würden, könnten Stammbeschäftigte aus den beiden zusätzlich geschlossenen Hallenbädern direkt in den Freibädern eingesetzt werden. Damit hätten die Bäderbetriebe Stuttgart auch wesentlich bessere Möglichkeiten, die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Öffnungszeiten in allen fünf Freibädern ohne Einschränkungen über die gesamte Sommersaison sicherzustellen.

Der bekannte und bundesweit zu verzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass die saisonal erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist.

Beispielsweise hatten vergangenes Jahr in ganz Deutschland Bäder mit dem Personalmangel zu kämpfen. Laut dem Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Schwimmmeister, Edgar Koslowski, fehlen landesweit bis zu 400 Fachangestellte für Bäderbetriebe. Bundesweit sind es sogar 2.500. Diese Zahlen machen das Ausmaß des Personalmangels deutlich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Platz: 31

Vorschlag Nr. 52812

Mehr durchgängige Radwege in Stuttgart

Die Radwege in Stuttgart sind leider bisher unzureichend. Mal gibt es einen Radweg, dann hört dieser abrupt auf. Da Stuttgart mit dem E-Bike (plus Anhänger) super befahrbar ist, wären mehr Radwege in der Stadt super und auch durchgängige Radwege, die auch nach einer Ampel weitergehen.

Bestes Beispiel: Kreuzung Wilhelmsplatz Richtung Rotebühlplatz. Da ist die neue Fahrradspur in der Mitte, überquert man die Ampel, muss man aber die Spur von ganz rechts nach links auf die Busspur wechseln, weil hier das Fahrradzeichen ist.

Zweites Beispiel: Von der vhs über die Ampel Richtung Rotebühlplatz fahren: Hier endet der Fahrradweg einfach auf dem Gehweg.

Und so sieht es eigentlich in der ganzen Stadt aus. Damit mehr Menschen Fahrrad fahren und unsere Stadt von Autos entlastet wird, muss der Flickenteppich endlich zu einem Fahrradnetz werden. Schließlich brauchen wir dringend neue Mobilitätslösungen in Stuttgart.

positive Wertungen: 874

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Das Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradrouthenetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein.

Die gemeldeten Einzelfälle werden geprüft und im Rahmen des Fahrradkonzeptes nach Möglichkeiten gelöst. Ziel ist, grundsätzlich Fahrradwege und Fußwege getrennt zu führen. Um diese Führungsform grundsätzlich verwirklichen zu können, müssen die vorhandenen Verkehrsflächen neu aufgeteilt werden. Dies ist derzeit in Bearbeitung.

Platz: 32

Vorschlag Nr. 51650

günstiges VVS-Stuttgart-Stadt-Ticket anbieten

Die innerstädtischen Fahrten mit dem ÖPNV sind zu teuer. Daher für Fahrten in Stuttgart wie es Ludwigsburg und Esslingen auch gemacht wird, ein günstiges Stadtticket anbieten und als Alternative für 365 € ein Stuttgart-Jahresticket für die Stuttgarter Mitbürger.

positive Wertungen: 869

negative Wertungen: 66

Stellungnahme der Verwaltung

Im Zuge der Tarifreform, die zum 1.4.2019 in Kraft trat, wurden die ehemaligen Zonen 10 und 20 zur neuen Zone 1 zusammengelegt, die das gesamte Stuttgarter Stadtgebiet umfasst. Alle Fahrten innerhalb Stuttgarts kosten daher einheitlich nur noch den Preis der Preisstufe 1. Wer z. B. von Zuffenhausen in die Stuttgarter City fährt, hat früher für ein EinzelTicket 2,90 Euro bzw. für ein MonatsTicket 86,50 Euro bezahlt, heute kostet eine solche Fahrt nur noch 2,50 Euro bzw. 67,60 Euro. Auch das TagesTicket ist attraktiver geworden, so kostet ein TagesTicket für eine Person für ganz Stuttgart nur noch 5,20 Euro, als HandyTicket nur 5,00 Euro (früher 7,00 Euro). Eine weitere Preisermäßigung auf innerstädtische Fahrten, wie sie die Städte Ludwigsburg und Esslingen mit dem so genannten StadtTicket (TagesTicket für eine Person für 3 Euro und für Gruppen für 6 Euro) praktizieren, wäre für eine Großstadt wie Stuttgart nicht finanzierbar. Die Mindereinnahmen würden rund 13,5 Mio. Euro betragen. In Anbetracht der Finanzmittel in mittlerer zweistelliger Millionenhöhe, die die Stadt Stuttgart zur tariflichen Förderung des ÖPNV schon ausgibt (z. B. Zuschuss zum School-Abo für Stuttgarter Schüler, Zuschuss zum Firmen-Abo für städtische Bedienstete, Beitrag zur Finanzierung der Tarifzonenreform), ist eine solche Maßnahme nicht denkbar. Bevor weitere Tarifmaßnahmen zur Absenkung des Fahrpreises vorgenommen werden, müssen erst die Ergebnisse der Tarifreform abgewartet werden.

Die Einführung eines 365-Euro-Tickets wird derzeit vielfach gefordert. Die Einführung eines solchen Tickets würde aber zu sehr hohen Einnahmeausfällen bei den Verkehrsunternehmen führen. Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist ein Betrag von mindestens 60 Millionen Euro aufzubringen, was im Vergleich zu den Kosten der Tarifreform nochmals einen Quantensprung darstellt. Allein aus dem ÖPNV heraus konnten auch in Wien die Ausfälle nicht kompensiert werden. Mit der Einführung des 365-Euro-Tickets sind jedoch zusätzliche Maßnahmen umgesetzt worden, wie z. B. die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. Nach allen Erfahrungen im ÖPNV reichen die Kundenzuwächse nicht aus, um die durch die Tarifabsenkungen entstehenden Mindererträge auszugleichen, geschweige denn für einen Gewinn zu sorgen. In Österreich gelten aber grundlegend andere Regularien zur Finanzierung des ÖPNV, sodass die dortige Situation nicht mit der in Deutschland vergleichbar ist.

Platz: 33

Vorschlag Nr. 50007

Silvesterknallerei (private Feuerwerke) begrenzen, dafür zentrales Feuerwerk organisieren

Menschen verletzen sich oder sterben dabei, Tiere und kleine Kinder leiden unter dem Lärm, Feinstaubwerte steigen exorbitant, Müll von Feuerwerkskörpern bleibt mancherorts Tage lang liegen und die Beseitigung kostet viel Geld.

Andere Städte haben private Feuerwerke schon stark eingeschränkt. In anderen Ländern gibt es schon deutliche Einschränkungen.

Ich wünsche mir eine offene und ehrliche, von rationalen Argumenten getragene Diskussion und erlaube mir die Frage, ob diese private Knallerei (an fast allen Orten) noch zeitgemäß ist?

Ich plädiere für eine klare Einschränkung und ein eindeutiges Verbot im innerstädtischen Bereich, als auch in naturnahen Zonen (z.B. Birkenkopf). Ein Vorschlag zur Güte und ein Kompromiss (z.B. London): Ein Feuerwerk auf einem zentralen Platz (z.B. Cannstatter Wasen), gerne finanziert durch Spenden und öffentlicher Nahverkehr in der Sylvesternacht zum Nulltarif!

positive Wertungen: 866

negative Wertungen: 169

Stellungnahme der Verwaltung

In den letzten Jahren hat die Zahl der privat verwendeten Feuerwerkskörper in der Silvesternacht zwar abgenommen, allerdings ergeben sich für einige innerstädtische Plätze, insbesondere den Bereich Schlossplatz, Belastungen durch eine Ballung der privaten Feuerwerke. Nach den derzeitigen Regelungen des Sprengstoff- und Immissionsschutzrechts kann eine Einschränkung privater Feuerwerke nur in einem sehr begrenzten Umfang erfolgen (Denkmalschutz, Nahbereiche von Krankenhäusern, Brandschutz etc.). Ein Verbot zur Verhinderung von steigenden Feinstaubwerten ist auf Grundlage des derzeit gültigen Rechts nicht möglich. Die Prüfung der Verwaltung hat ergeben, dass diese gesetzlichen Vorgaben ein Verbot privater Feuerwerke in Stuttgart nicht rechtfertigen.

Allerdings stellt das Abfeuern privater Feuerwerkskörper in großen, dichtgedrängten Menschenmenge eine Gefahr für die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit der Anwesenden dar. Aus diesem Grund kann, zumindest für den Schlossplatz und den unmittelbaren Nahbereich, ein polizeirechtliches Verbot der Verwendung von Feuerwerkskörpern in Betracht kommen. In einer Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Polizei und der Stadtverwaltung, wird aktuell geprüft, ob ein teilweises innerstädtisches Feuerwerksverbot erlassen werden kann.

Für ein Feuerwerksverbot in naturnahen Zonen fehlt es an einer entsprechenden Rechtsgrundlage.

Platz: 34

Vorschlag Nr. 53578

Öffnungszeiten Bäder in Stuttgart erhalten

Das Konzept der Bäderbetriebe zu den geplanten Öffnungszeiten gehört vom Tisch. Das Leo-Vetter-Bad beispielsweise soll im Sommer für die Öffentlichkeit komplett geschlossen werden. Ein Unding. Gerade in den Sommermonaten und in den Ferien wird das Bad stark von Schülern aus dem Viertel frequentiert. Es gibt zudem einen Außenbereich am Leo-Vetter-Bad, der im Sommer ebenfalls intensiv genutzt wird. Es kann nicht sein, dass städtische Infrastruktur aufgrund von Personalmangel für die Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich ist. Ein Armutszeugnis für unsere Stadt.

positive Wertungen: 865

negative Wertungen: 36

Stellungnahme der Verwaltung

Die Schließung des Leo-Vetter-Bads sowie des Hallenbads Heslach während der Freibadsaison 2020 wurde vorgeschlagen, um den Fachkräftemangel im Aufsichtsbereich zu bewältigen. In keinem der acht Hallenbäder der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es Wasserflächen in den Außenbereichen. Aber gerade in der warmen und heißen Jahreszeit werden verstärkt Wasserflächen unter freiem Himmel aufgesucht. Für die Bäderbetriebe Stuttgart hat daher die uneingeschränkte Zurverfügungstellung der Wasserflächen in den Stuttgarter Freibädern eine hohe Priorität. Zudem bieten unsere Freibäder im Schnitt etwa das Dreifache an Wasserfläche im Vergleich zu den Hallenbädern. Das muss bei hohem Besucheraufkommen auch berücksichtigt werden. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr hatten wir trotz verkürzten Öffnungszeiten im Inselbad Untertürkheim durchschnittlich 134 Besucher pro Öffnungsstunde. Im Leo-Vetter-Bad zählten wir im Schnitt nur 26 und im Hallenbad Heslach 37 Gäste pro Öffnungsstunde.

Von Mai bis Mitte September entsteht mit der Öffnung unserer fünf städtischen Freibäder ein erhöhter Personalbedarf. Wir benötigen Jahr für Jahr während der Sommerbadesaison bis zu 60 zusätzliche Saison-Fachkräfte, um die umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können. Wenn nur noch zwei – statt bisher vier – Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auch während der Sommersaison offengehalten würden, könnten Stammbeschäftigte aus den beiden zusätzlich geschlossenen Hallenbädern direkt in den Freibädern eingesetzt werden. Damit hätten die Bäderbetriebe Stuttgart auch wesentlich bessere Möglichkeiten, die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Öffnungszeiten in allen fünf Freibädern ohne Einschränkungen über die gesamte Sommersaison sicherzustellen.

Der bekannte und bundesweit zu verzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass die saisonal erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist.

Beispielsweise hatten vergangenes Jahr in ganz Deutschland Bäder mit dem Personalmangel zu kämpfen. Laut dem Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Schwimmmeister, Edgar Koslowski, fehlen landesweit bis zu 400 Fachangestellte für Bäderbetriebe. Bundesweit sind es sogar 2.500. Diese Zahlen machen das Ausmaß des Personalmangels deutlich.

Platz: 35

Vorschlag Nr. 53695

Zahnradbahn abends länger fahren lassen - auch für Fahrradmitnahme wichtig.

Die Zahnradbahn stellt abends schon um 20.45 Uhr den Betrieb ein. Das ist viel zu früh.

Beim Marienplatz handelt es sich schon länger um ein beliebtes Treff- und Ausgehviertel. Der Taxi Ersatzverkehr ist keine geeignete Alternative. Fast immer übersteigt die Anzahl der Fahrgäste die Kapazität des Taxis bei weitem. So kommt es öfters zum Gedrängel um die wenigen Plätze und unnötige Warterei auf weitere Taxis.

Für die Fahrradmitnahme nach Degerloch und damit auf die Filderebene ist die Zacke oft die einzige realistische Möglichkeit, da die Stadtbahnen häufig auch abends zu überfüllt sind. Gerade wenn Veranstaltungen und Feste stattfinden, wie Weindorf, Volksfest und anderes.

Die Lärmbelästigung kann kein gutes Gegenargument sein, denn wenn viele Menschen vom Auto auf ÖPNV und Fahrrad umsteigen, sinkt insgesamt die Lärmbelastung in der Stadt. Die Haupteinfallstraßen nach Stuttgart werden ja auch nicht um 20.45 Uhr gesperrt, um die Anwohner vor dem Auto- und LKW-Lärm zu schützen. Die Zahnradbahn soll mindestens bis Mitternacht betrieben werden.

positive Wertungen: 858

negative Wertungen: 76

Stellungnahme der Verwaltung

Aktuell sind die Betriebszeiten der Zacke unter anderem aufgrund der Lärmemissionen eingeschränkt. Außerdem ist das Nachfrageniveau der Zahnradbahn über das Jahr und von Tag zu Tag sehr schwankend. Dies liegt zum einen an den diversen Veranstaltungen auf dem Marienplatz und dessen Umgebung, zum anderen an der relativ wetterabhängigen Nutzergruppe. Daher ist es relativ schwer, ein passgenaues Angebotskonzept zu entwickeln. Außerdem gibt es mit einer Stadtbahnfahrt mit Umstieg am Charlottenplatz eine Alternative (16-17 Minuten Fahrzeit), um vom Marienplatz nach Degerloch zu kommen.

Nichtsdestotrotz gibt es Überlegungen seitens der SSB, ab dem Jahr 2021 die Betriebszeiten der Zahnradbahn auszuweiten. Möglich wird dies durch die Anschaffung einer neuen Zahnradbahn-Generation samt überarbeiteten Vorstellwagen (Fahrradtransport). Mit den neuen Fahrzeugen besteht die Hoffnung, die Lärmemissionen zu reduzieren und ein erweitertes Abendangebot umzusetzen. Wie dieses Angebot konkret ausgestaltet wird, ist derzeit allerdings noch in Planung.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt grundsätzlich diesen Vorschlag. Mit der Beschaffung neuer und leiserer Fahrzeuge für die Zahnradbahn soll die tägliche Betriebszeit verlängert werden.

Platz: 36

Vorschlag Nr. 51210

Freie Fahrt für Stuttgarter Schülergruppen (siehe stuttgarterschulergruppen.jimdo.com)

Zum fünften Mal im Bürgerhaushalt fordern die Schüler Freie Fahrt, denn Bildung muss nicht am Tisch stattfinden, deshalb werden im Schul- und Betreuungsbereich regelmäßige Exkursionen zu Bildungsangeboten wie Museen, Veranstaltungen im Sport- und Forschungsbereich, Theaterbesuche, Betriebe, Naturerlebnisse ermöglicht. Dies erfordert die Nutzung des ÖPNV mit den Schülergruppen.

Wegen dem dafür nötigen Kauf von Fahrscheinen ist die Umsetzung solcher Exkursionen für die Betreuer mit hohem Planungsaufwand verbunden: Briefe schreiben, wohin es gehen soll, wie viel Geld mitgebracht werden soll, überlegen welche Zonen gebraucht werden, Kinder und Eltern erinnern, Geld einsammeln für die Fahrscheine, Schüler mit School-Abo müssen berücksichtigt werden, unangemeldete Schüler kommen spontan dazu, und so weiter. Am Fahrkartenautomat dauert es sehr lange, bis die Fahrkarten aus dem Automaten kommen. Nebenher müssen die Kinder beaufsichtigt werden. Grundschüler besitzen in der Regel kein Schoolabo. Daher fordern wir in der "kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands" die „Freie Fahrt“ im VVS-Netz für Stuttgarter Schülergruppen und deren Betreuer/Lehrer.

Die Idee:

Jede Kinder- und Jugendeinrichtung erhält eine Fahrkarte, die ausweist, dass die Schülergruppe dieser Schule oder dieser Einrichtung im Rahmen von Bildungs- und Freizeitexkursionen mit dieser Fahrkarte kostenlos unterwegs sein darf. Seit 2006 hat der Schülerhort Helfergasse von Schülern, Erziehern, Lehrern, Eltern mittlerweile über ca. 10.000 Unterschriften gesammelt und öffentlich mit der Presse Oberbürgermeister Dr. Schuster überreicht. Immer am Weltkindertag, 20. September, macht der Schülerhort Helfergasse mit Aktionen auf das Thema "Freie Fahrt für Schülergruppen" aufmerksam. Bitte unterstützen Sie unser Anliegen und stimmen Sie im Bürgerhaushalt für die kostenlose Beförderung ALLER Stuttgarter Schülereinrichtungen und Schulklassen innerhalb des VVS.

positive Wertungen: 857

negative Wertungen: 121

Stellungnahme der Verwaltung

Dieser Vorschlag war bereits beim Bürgerhaushalt 2016/2017 auf Platz 16, wurde aber vom Gemeinderat nicht beschlossen. Bei den Bürgerhaushaltsvorschlägen zum Doppelhaushalt 2018/2019 kam der Vorschlag auf Platz 28. In den Beratungen zum Doppelhaushalt wurde die Verwaltung beauftragt, einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten, wie Schülergruppen von Stuttgarter Schulen im Rahmen des Schulbetriebs kostenfreie Fahrten mit dem ÖPNV ermöglicht werden können.

Seitens des Schulverwaltungsamtes wurde daraufhin im Rahmen einer Umfrage bei allen Stuttgarter Schulen die Anzahl der durchschnittlich anfallenden Fahrten von Schülergruppen im Rahmen des Schulbetriebs ermittelt. Aufgrund der aus der Umfrage hervorgehenden Anzahl an Fahrten und der Erforderlichkeit eines für die Schulen möglichst unkomplizierten Abwicklungsmodus zu ermöglichen, hat der Verwaltungsausschuss am 10. 4. 2019 (GRDrs.1104/2018) beschlossen, die freie Fahrt für Schülergruppen zunächst im Rahmen eines Pilotprojekts zu erproben. So soll im Schuljahr 2019/2020 ein Pilotversuch „Freie Fahrt für Schülergruppen“ an 9 Stuttgarter Grundschulen und einer Grundschule in freier Trägerschaft innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart durchgeführt werden.

Nach Beendigung und Auswertung des Pilotversuchs wird dem Gemeinderat über die Ergebnisse berichtet und dargestellt, ob und unter welchen Voraussetzungen die Möglichkeit einer flächendeckenden Einführung der „Freien Fahrt für Schülergruppen“ besteht.

Platz: 37

Vorschlag Nr. 52544

Abendöffnungszeiten für Bäder erhalten

Bisher bietet Stuttgart eine gute Bäderversorgung am Abend an, um nach Feierabend für die Arbeitnehmer schwimmen anzubieten. Vom Stadtteil Gänsheide aus bieten die Bäder Zuffenhausen, Heslach, Leo-Vetter und Pliningen eine gute Versorgung von Dienstag bis Freitag um dies zu tun. Dies sollte von der Stadt ganzjährig so erhalten bleiben.

Die Stadt bemängelt kein Personal zur Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten zu haben. Dies ist lediglich ein selbstverursachter Engpass. Die Stadt findet kein Personal nur, weil sie zu schlecht zählt, daher sollten die 3 Personen, die zur Öffnung eines Bades notwendig sind (Bademeister, Kassierer und Reinigungskraft) mit mindestens E9 (Gehaltsgruppe für Stadtangestellte mit Ausbildung und anspruchsvoller Aufgabe) bezahlt werden. Aktuell wird deutlich weniger bezahlt.

Finanzierungsvorschlag: Die geringen Kosten dürften im Stadthaushalt mit einem Volumen von mehr als 3,5 Milliarden Euro keine Rolle spielen, man könnte aber auch auf die Beauftragung von externen Gutachtern zur Schließung von Bädern verzichten. Außerdem könnte sicher die ein oder andere E13 bis E15 Stelle in der Stadtverwaltung gestrichen werden.

positive Wertungen: 856

negative Wertungen: 39

Stellungnahme der Verwaltung

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich wieder im Sommer 2019 mit der Thematik befassen.

Die Schließung des Leo-Vetter-Bads sowie des Hallenbads Heslach während der Freibadsaison 2020 wurde vorgeschlagen, um den Fachkräftemangel im Aufsichtsbereich zu bewältigen. In keinem der acht Hallenbäder der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es Wasserflächen in den Außenbereichen. Aber gerade in der warmen und heißen Jahreszeit werden verstärkt Wasserflächen unter freiem Himmel aufgesucht. Für die Bäderbetriebe Stuttgart hat daher die uneingeschränkte Zurverfügungstellung der Wasserflächen in den Stuttgarter Freibädern eine hohe Priorität. Zudem bieten unsere Freibäder im Schnitt etwa das Dreifache an Wasserfläche im Vergleich zu den Hallenbädern. Das muss bei hohem Besucheraufkommen auch berücksichtigt werden. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr hatten wir trotz verkürzten Öffnungszeiten im Inselbad Untertürkheim durchschnittlich 134 Besucher pro Öffnungsstunde. Im Leo-Vetter-Bad zählten wir im Schnitt nur 26 und im Hallenbad Heslach 37 Gäste pro Öffnungsstunde.

Von Mai bis Mitte September entsteht mit der Öffnung unserer fünf städtischen Freibäder ein erhöhter Personalbedarf. Wir benötigen Jahr für Jahr während der Sommerbadesaison bis zu 60 zusätzliche Saisonfachkräfte, um die umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können. Wenn nur noch zwei – statt bisher vier – Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auch während der Sommersaison offengehalten würden, könnten Stammbeschäftigte aus den beiden zusätzlich geschlossenen Hallenbädern direkt in den Freibädern eingesetzt werden. Damit hätten die Bäderbetriebe Stuttgart auch wesentlich bessere Möglichkeiten, die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Öffnungszeiten in allen fünf Freibädern ohne Einschränkungen über die gesamte Sommersaison sicherzustellen.

Der bekannte und bundesweit zu verzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass die saisonal erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist.

Beispielsweise hatten vergangenes Jahr in ganz Deutschland Bäder mit dem Personalmangel zu kämpfen. Laut dem Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Schwimmmeister, Edgar Koslowski, fehlen landesweit bis zu 400 Fachangestellte für Bäderbetriebe. Bundesweit sind es sogar 2.500. Diese Zahlen machen das Ausmaß des Personalmangels deutlich.

Die Eingruppierung der Beschäftigten der Landeshauptstadt Stuttgart basiert auf dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD). Die Bäderbetriebe Stuttgart gruppieren ihre Beschäftigten je nach Qualifikation in die höchstmögliche Entgeltgruppe ein.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost unterstützt dieses Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger einstimmig.

Platz: 38**Vorschlag Nr. 51515****Coffee to go Becher/Strohhalme/Plastiktüten verbieten**

Die oben genannten Artikel würde ich versuchen zu verbieten bzw. zu reduzieren, sei es durch zusätzliche Gebühren oder Werbung. Dies würde der Stadt Stuttgart auch helfen, das Image aufzupolieren und marketingtechnisch eine Art Vorreiterstellung geben.

positive Wertungen: 855

negative Wertungen: 89

Stellungnahme der Verwaltung

Die EU hat ein Verbot von bestimmten Plastikartikeln auf den Weg gebracht und dafür eine Richtlinie erlassen. Im Jahr 2021 (zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie) werden Kunststoffeinwegprodukte, für die es Alternativen aus anderen Materialien gibt, verboten. Dazu zählen Wattestäbchen, Plastikbesteck und -teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonhalterungen sowie Becher und Essensbehälter für den Sofortverzehr aus Polystyrol; Produkte aus oxo-abbaubaren Kunststoffen soll es gar nicht mehr geben. Für die Stadt gibt es darüber hinaus keine gesetzliche Grundlage für ein Verbot dieser Artikel.

Derzeit gibt es auch keine rechtliche Grundlage für eine Abgabe auf Einweggeschirr bzw. Pappbechern, um so das Aufkommen an diesen Behältnissen zu reduzieren.

Am 1. Juli 2016 ist eine Vereinbarung zwischen dem Bundesumweltministerium und Vertretern des Handels in Kraft getreten, die die Zahl der Plastiktüten eindämmen soll. Sie besagt, dass bis zum Jahr 2018 mindestens 80 Prozent der von den teilnehmenden Unternehmen sowie der Mitgliedsunternehmen der Verbände in Verkehr gebrachten Kunststofftüten Geld kosten. Wie viel Geld, bleibt dem Handel überlassen. Mit der Vereinbarung zur Reduktion von Kunststofftragetaschen zwischen dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Bundesumweltministerium setzt Deutschland die EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle von 2015 um. Der HDE verpflichtet sich damit zur Verringerung der Zahl von leichten Kunststofftragetaschen bis 31. Dezember 2019 auf höchstens 90 und bis 31. Dezember 2025 auf höchstens 40 Kunststofftragetaschen pro Einwohner und Jahr. Die Handelsunternehmen können die Vorgaben entweder durch eine Tütengebühr oder durch den völligen Verzicht auf Einwegtragetaschen umsetzen. Der Verbrauch von Plastiktüten in Deutschland ist 2017 gesunken. Nach Auskunft des Handels wurden insgesamt 1,3 Milliarden Kunststofftragetaschen weniger in Umlauf gebracht als noch 2016 (2,4 Mrd). Das entspricht einem Pro-Kopf-Konsum von 29 Tragetaschen pro Jahr (2016: 45).

Auf den ersten Blick scheinen Papiertüten eine geeignete Lösung zu sein, schneiden in Ökobilanzen aber kaum besser ab als konventionelle Plastiktüten. Die Herstellung von Papier ist mit einem hohen Energie- und Wasserverbrauch verbunden. Zudem werden auf Grund der Belastung der Taschen die Zellulosefasern chemisch behandelt. Papiertüten haben allerdings den Vorteil, sich in der Natur schneller zu zersetzen. Am besten für die Umwelt ist daher immer noch der wiederverwendbare Einkaufsbeutel, der möglichst lange benutzt wird, oder ein Einkaufskorb.

Die Stadt Stuttgart führt im Spätsommer 2019 ein Mehrwegbecherpfandsystem ein. Den Zuschlag zur Umsetzung hat die Firma reCup erhalten, die bereits in zahlreichen umliegenden Kommunen tätig ist. Gemeinsam mit einer Fachjury, bestehend aus Vertretern von Bäckereien, Systemgastronomen, Forschung und Wissenschaft hat man sich in einem wettbewerblichen Verfahren für reCup entschieden. Die nächsten Schritte zur Umsetzung wie das Becherlayout, die Marketingkampagne und Gespräche mit potentiellen Teilnehmern des Systems werden zeitnah angegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt beabsichtigen bereits einige Mitglieder aus der Fachjury sich am System zu beteiligen, dies sind: coffreez GmbH, Bäckerei Konditorei Cafe Walter Nast, Bäckerei und Konditorei Treiber GmbH, City Initiative Stuttgart e.V., DB Netze DB Station&Service AG, Hochland Kaffee Hunzelmann GmbH und Co. KG, Mc Donald's, Siegel Backkultur GmbH & Co. KG, Studierendenwerk Stuttgart, YORMA'S AG. Dienstleistungen wie Spüldienstleistungen, eine lokale Transportlogistik sowie Rücknahme- (Ausgabe) Automaten werden berücksichtigt.

Platz: 39

Vorschlag Nr. 52685

Klimawandel - Bäume in Straßen pflanzen

Viele Stadtbezirke sind nahezu baumlos.

Ganze Straßenzüge - vor Allem im Westen - haben keine Bäume, die in den immer heißer werdenden Sommern aber dringend notwendig sind, um Schatten zu spenden (damit sich nicht so viel Asphalt aufheizt) und um die Luft zu reinigen.

Wo andere Städte Alleen haben, haben wir in Stuttgart auf beiden Seiten der Straßen nur parkende Autos. Es sollte so schnell wie möglich begonnen werden, auf der einen Seite der Straßen Parkplätze zu entfernen, auf der anderen Seite Querparken einführen um den Wegfall zu kompensieren. Die freie Seite sollte dann so schnell wie möglich begrünt und mit Bäumen bepflanzt werden. Die Bäume sollten möglichst auf der Nord- oder Ostseite der Straße stehen, um viel Schatten zu produzieren.

Beispiele, wo das Problem wirklich auffällig ist:

- Silberburgstraße
- Rosenbergstraße
- Traubenstraße
- Schwabstraße
- und so weiter und so fort

Wenn die Stadt hier nicht zügig zum Thema Klimawandel handelt, werden verschiedene Bereiche im Westen in den Sommern nur noch schwer erträglich bewohnbar sein! In Nächten mit Temperaturen kaum unter 30° C kann kein erholsamer Schlaf stattfinden.

positive Wertungen: 849

negative Wertungen: 63

Stellungnahme der Verwaltung

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel an, um neue Baumstandorte im Stuttgarter Westen entwickeln zu können. Die angesprochenen Straßenzüge werden auf Realisierbarkeit von Baumstandorten geprüft. Bei der Entwicklung weiterer Baumstandorte und Entsiegelung von Flächen bedarf es einer zeitintensiven Abstimmung verschiedener Ämter und Abwägung unterschiedlicher Ansprüche und Bedürfnisse an den öffentlichen Raum, wie z. B. Nutzungsdruck der Passanten und Radfahrer, Leitungsverläufe und Parkplatzbedarf.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West unterstützt grundsätzlich die Schaffung von zusätzlichen Baumstandorten. Die Standorte dafür werden im Einzelfall diskutiert. Oberbürgermeister Kuhn hat im Rahmen der Einwohnerversammlung angekündigt, dass im Jahr 2019 eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung neuer Baumstandorte beauftragt werde. Auch der Bezirksbeirat West hat beantragt, dass diese Studie erarbeitet und zur Diskussion vorgestellt wird.

Platz: 40

Vorschlag Nr. 52569

VVS Tarif für Nahbereich vergünstigen

Eine Zone kostet 2,50 Euro. Einfach. Wenn man nicht weit fahren will - um z.B. einzukaufen, macht das hin und zurück 5 Euro!

Selbst für Pendler zwischen Zuffenhausen und Weilimdorf oder Cannstatt Fellbach oder Degerloch nach Möhringen/Vaihingen ist das Auto günstiger als der VVS.

Das die Zonen jetzt vergrößert werden, hilft denen, die relativ lokal unterwegs sind gar nichts!

In Zukunft kann ich also für das Geld, welches ich hier zum Einkaufen mit dem VVS brauche auch durch ganz Stuttgart fahren. Toll.

Um die Einkäufer und Kurzstrecken zum VVS zu bewegen muss das auch günstiger werden, nicht nur das Pendeln aus vier oder fünf Zonen Entfernung.

Aktuell ist klar, dass man zur Post und so weiter das Auto nimmt, das fährt zudem nicht nur alle 20 oder 30 min.

Hier muss nachgebessert werden.

Das Kurzstreckenticket reicht nur drei Haltestellen, und das ist oft genau zu wenig.

Mit 1,40 Euro für ein paar hundert Meter ist das auch nicht gerade billig.

Vorschlag: Kurzstreckenticket ausweiten auf drei S-bahn Haltestellen oder 6 Bushaltestellen, damit Kurzstrecken nicht immer mit dem Auto erfolgen, die gegebenenfalls auch noch Parksuchverkehr erzeugen.

positive Wertungen: 846

negative Wertungen: 53

Stellungnahme der Verwaltung

Am 1.4.2019 trat die große VVS-Tarifreform in Kraft, die für viele Fahrgäste mit spürbaren Preisermäßigungen von 20 bis 30 Prozent einhergingen. Insbesondere auch die Fahrgäste aus Stuttgart profitieren von der neuen Stuttgarter Einheitszone. Gerade im Gelegenheitsverkehr werden nun preisgünstige Angebote wie z. B. das TagesTicket ab 5 Euro pro Tag gemacht. Zudem werden im Jahr 2019 die VVS-Preise nicht erhöht.

In Summe kosten die Verbesserungen für die Fahrgäste die Finanzierungsträger der Tarifreform den stattlichen Betrag von rund 42 Mio. Euro jährlich. Die Stadt Stuttgart muss im Schnitt die nächsten Jahre rund 15 Mio. Euro jährlich für die Tarifreform aufbringen. Bei diesem Volumen waren weitere Preisermäßigungen nicht möglich. Eine Ausweitung des Kurzstreckentarifes wie im Vorschlag würde zu hohen Mindererlösen führen. Die Kurzstrecke gilt derzeit für drei Stadtbahn- bzw. Bushaltestellen sowie eine S-Bahnstation. Im Schnitt entspricht dies einer Entfernung von rund zwei Kilometern, für die ein Preis von 1,40 Euro durchaus angemessen ist. Unter den deutschen Großstädten ist der Kurzstreckentarif von 1,40 Euro sogar der günstigste Preis. Natürlich könnte man den Geltungsbereich ausdehnen. Dann wäre aber der Preis von 1,40 Euro nicht mehr zu halten. Der VVS schlägt vor, erst einmal die Erfahrungen der Tarifreform abzuwarten und dann das Angebot der Kurzstrecke in Bezug auf Preis und Leistung neu zu bewerten.

Platz: 41

Vorschlag Nr. 51404

SSB & VVS subventionieren für billigere Tickets & mehrere U-Bahn Fahrzeuge für höhere Taktung

Es wird ständig behauptet, man Sorge sich um Umwelt und möchte Menschen für den ÖPNV motivieren.

Wie soll das funktionieren, wenn:

- a) die Tickets zu teuer sind
- b) die U-Bahn zur Rushhour so überfüllt ist, dass man draußen warten muss
- c) Buslinien wie die X1 eingeführt werden mit 7 Personen/Fahrt im 5 min Takt und somit mit gleichzeitig der Linie 52 und den 5 U-Bahnlinien wegen Vorrang an der Ampel die gesamte Kreuzung am Wilhelmsplatz lahmlegen und so Stau produzieren?

Die Stadt soll der SSB U-Bahn Fahrzeuge zur Verfügung stellen, damit zur Rushhour eine höhere Taktung gefahren werden kann und gleichzeitig soll von sinnlosen Investitionen wie dem X1 abgesehen werden.

Man steigt wenn schon in die S-Bahn um, die 3min zum Hauptbahnhof braucht, als dass man genauso viele Ampeln überkreuzt, damit man später mit dem x1 wieder im Stau landet.

So investiert man nachhaltig und tut dem Bürger einen Gefallen mit billigeren Tickets und höherem Takt!

positive Wertungen: 844

negative Wertungen: 82

Stellungnahme der Verwaltung

VVS und SSB ist bewusst, dass die Gestaltung der Ticketpreise immer wieder Grund zur Diskussion bietet. Aber auch im VVS werden nur ca. 60 % der Kosten aus Fahrgeldeinnahmen gedeckt, die restlichen Kosten zur Bereitstellung des Verkehrsangebotes trägt die öffentliche Hand. Mit der am 1. April 2019 in Kraft getretenen Tarifzonenreform haben die Stadt Stuttgart und die Verbundlandkreise einen enormen Schritt unternommen, um den Tarif zu vereinfachen und die Ticketpreise günstiger zu gestalten. Zudem werden im Jahr 2019 die VVS-Preise nicht erhöht. In Summe kosten die Verbesserungen für die Fahrgäste die Finanzierungsträger der Tarifreform den stattlichen Betrag von rund 42 Mio. Euro jährlich. Die Stadt Stuttgart muss im Schnitt die nächsten Jahre rund 15 Mio. Euro jährlich für die Tarifreform aufbringen. Vor allem die Stuttgarter Bürger profitieren von der Tarifreform durch die neue Einheitszone im Stadtgebiet. Zum Preis eines Ein-Zonen-Tickets kann das komplette Stadtgebiet befahren werden. Mit 2,50 Euro hat Stuttgart mit die günstigsten EinzelTicket-Preise im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten.

Doch auch das Verkehrsangebot wird mit hohen Millionenbeträgen durch die öffentliche Hand gefördert. Die SSB investiert seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Bundes und des Landes Jahr für Jahr zig Millionen Euro in den Ausbau des ÖPNV in Stuttgart und den umgebenden Kommunen. Die SSB beabsichtigt diesen langfristigen Prozess auch in der Zukunft fortzusetzen und ist bestrebt, ihr Engagement in dieser Hinsicht sogar noch zu forcieren. Die Landeshauptstadt Stuttgart als 100%ige Eigentümerin der SSB unterstützt dieses Vorgehen bereits heute.

Die Taktung der Linien im Stadtbahnbereich kann nicht beliebig reduziert werden. Im Innenstadtbereich werden diverse Streckenabschnitte von fünf Linien gleichzeitig befahren. Bei einem 10-Minuten-Takt pro Linie führt das zu einer Zugfolgezeit von zwei Minuten, womit die Streckenkapazität erreicht ist. Auch sind die Haltestellenaufenthaltszeiten aufgrund der Fahrgastwechselzeit ein limitierender Faktor.

Auf hochbelasteten Strecken im Außenbereich setzt die SSB zusätzliche Linien (z.B. U16, U19, usw.) ein und erreicht damit einen 5 Minuten-Takt. Zusätzlich unterstützt die Stadt Stuttgart die SSB mit zusätzlichen Mitteln und stellt der SSB einmalig einen Teil des Haushaltsüberschusses zur Verfügung. Damit werden z.B. 20 zusätzliche Stadtbahnfahrzeuge angeschafft bzw. teilfinanziert.

Platz: 42

Vorschlag Nr. 50653

Neckarufer als Naherholung ausbauen

Ein gut ausgestaltetes Neckarufer als Naherholungsgebiet würde die Lebensqualität in Stuttgart deutlich erhöhen.

Denkbar sind zum Beispiel Neckarstrände, Naturbäder, Naturpfade und mehr.

positive Wertungen: 831

negative Wertungen: 53

Stellungnahme der Verwaltung

Der von Herrn Oberbürgermeister Kuhn im Jahr 2017 vorgelegte Plan "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" (<https://www.stuttgart.de/masterplan-neckar>) zeigt auf, welche Potenziale zur Aufwertung und Inwertsetzung der Stadtlandschaft für mehr Lebensqualität, Ökologie und Erholung entlang des Neckars in Stuttgart bestehen. Er gibt auch einen kurzen Überblick über die von der Industrialisierung des Neckartales geprägte Geschichte und Entwicklung der Flusslandschaft in Stuttgart, bereits umgesetzte Projekte und den Stand der weiteren Planungen. Dies zu kennen ist wichtig, um die vorhandenen Entwicklungspotenziale einordnen zu können.

Historische Entwicklung von Stadt und Landschaft, beschränkte Verfügbarkeit an geeigneten Flächen und nicht zuletzt der entlang des Flusses relativ starre Rechtsrahmen lassen Entwicklungen in einem leider nur beschränkten Ausmaß zu. Hinzu kommt, dass der Neckar als Bundeswasserstraße in Besitz des Bundes ist und die Stadt nur sehr wenige Flächen entlang der Neckarufer besitzt. Der Plan stellt nicht nur die entlang des Flusses möglichen Projekte vor, sondern macht auch einen Vorschlag für die zeitliche Realisierung. "Projekte bis 2022" sind derzeit in Bearbeitung. Ihre Finanzierung wurde bereits im Rahmen des Doppelhaushaltes 2016/2017 gesichert (GRDrs 818/2015). Dazu gehören das Neckarufer am Lindenschulviertel (GRDrs 517/2017), das Wasenufer und die Wasenquerung, die Umgestaltung des Hechtkopfes am Sicherheitshafen Bad Cannstatt (GRDrs 595/2017), die "Natueroase" in den Auwiesen sowie zwei Projekte entlang der Austraße in Münster. Diese Projekte sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Der Masterplan eröffnet aber auch den Blick in die weitere Zukunft. Für den Zeitraum von 2022 bis 2035 sieht er weitere 9 Projekte für die Realisierung vor. Die Verwaltung arbeitet bereits heute daran, diese Projekte planerisch zu konkretisieren und ihre Realisierung vorzubereiten. Ein wichtiger Beitrag dazu sind die Wettbewerbsergebnisse zum Neckarknie oder die Planungen zum Rosensteinufer vor der Wilhelma. Im Rahmen des nun anstehenden Doppelhaushaltes 2020/2021 gilt es, den Grundstein für die Finanzierung dieser weiteren Projekte zu legen. Die Verwaltung unterbreitet dem Gemeinderat dazu vor der Sommerpause 2019 einen entsprechenden Vorschlag.

Platz: 43

Vorschlag Nr. 52148

öffentlicher Nahverkehr stärken

Mein Vorschlag zur Verbesserung der Verkehrs- und Schadstoffbilanz in Stuttgart:

- Kürzere Taktzeiten,
- längere Bahnen speziell in Stoßzeiten,
- preiswertere Tickets,
- Jahresticket von 365,00€,
- kostenloses Fahren im ÖPNV am Samstag,
- 1-2 verkehrsfreie Sonntage pro Jahr

positive Wertungen: 827

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB hat in den letzten Jahren das Angebot kontinuierlich ausgeweitet und wird auch in den nächsten Jahren weiter intensiv daran arbeiten das Angebot weiter zu verbessern. Dabei darf aber die Wirtschaftlichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Zudem stehen Ressourcen (Infrastruktur, Fahrpersonal, Fahrzeuge, ...) nicht unbegrenzt zur Verfügung, sondern müssen sukzessive aufgebaut werden.

Die Taktung der Linien im Stadtbahnbereich kann nicht beliebig reduziert werden. Im Innenstadtbereich werden diverse Streckenabschnitte von fünf Linien gleichzeitig befahren. Bei einem 10-Minuten-Takt pro Linie führt das zu einer Zugfolgezeit von zwei Minuten, womit die Streckenkapazität erreicht ist. Auch sind die Haltestellenaufenthaltszeiten aufgrund der Fahrgastwechselzeit ein limitierender Faktor.

Ein Ausbau unseres Stadtbahn-Systems auf Doppelzüge kann leider nicht überall umgesetzt werden, da es bauliche Zwänge gibt. Dort wo es möglich ist, z.B. bei der U1 zwischen Heschlach und Fellbach werden wir in den nächsten Jahren die Haltestellen ausbauen um einen Doppelzug-Betrieb anbieten zu können.

VVS und SSB ist bewusst, dass die Gestaltung der Ticketpreise immer wieder Grund zur Diskussion bietet. Aber auch im VVS werden nur ca. 60 % der Kosten aus Fahrgeldeinnahmen gedeckt, die restlichen Kosten zur Bereitstellung des Verkehrsangebotes trägt die öffentliche Hand. Mit der am 1. April 2019 in Kraft getretenen Tarifzonenreform haben die Stadt Stuttgart und die Verbundlandkreise einen enormen Schritt unternommen, um den Tarif zu vereinfachen und die Ticketpreise günstiger zu gestalten. Zudem werden im Jahr 2019 die VVS-Preise nicht erhöht. In Summe kosten die Verbesserungen für die Fahrgäste die Finanzierungsträger der Tarifreform den stattlichen Betrag von rund 42 Mio. Euro jährlich. Die Stadt Stuttgart muss im Schnitt die nächsten Jahre rund 15 Mio. Euro jährlich für die Tarifreform aufbringen. Vor allem die Stuttgarter Bürger profitieren von der Tarifreform durch die neue Einheitszone im Stadtgebiet. Zum Preis eines Ein-Zonen-Tickets kann das komplette Stadtgebiet befahren werden. Mit 2,50 Euro hat Stuttgart mit die günstigsten EinzelTicket-Preise im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten. Unter den deutschen Großstädten ist der Kurzstreckentarif von 1,40 Euro sogar der günstigste Preis.

Die Einführung eines 365-Euro-Tickets wird derzeit vielfach gefordert. Die Einführung eines solchen Tickets würde aber zu sehr hohen Einnahmefällen bei den Verkehrsunternehmen führen. Für die Landeshauptstadt Stuttgart ist ein Betrag von mindestens 60 Millionen Euro aufzubringen, was im Vergleich zu den Kosten der Tarifreform nochmals einen Quantensprung darstellt. Allein aus dem ÖPNV heraus konnten auch in Wien die Ausfälle nicht kompensiert werden. Mit der Einführung des 365-Euro-Tickets sind jedoch zusätzliche Maßnahmen umgesetzt worden, wie z. B. die flächendeckende Parkraumbewirtschaftung. Nach allen Erfahrungen im ÖPNV reichen die Kundenzuwächse nicht aus, um die durch die Tarifabsenkungen entstehenden Mindererträge auszugleichen, geschweige denn für einen Gewinn zu sorgen. In Österreich gelten aber grundlegend andere Regularien zur Finanzierung des ÖPNV, sodass die dortige Situation nicht mit der in Deutschland vergleichbar ist.

Die Umsetzung eines kostenlosen ÖPNV an Samstagen ist grundsätzlich denkbar, führt jedoch zu hohen Einnahmefällen, da an Samstagen viele Menschen im Gelegenheitsverkehr (z. B. für Einkäufe, Ausflüge) unterwegs sind. Bei einem „Nulltarif“ an Samstagen müsste zudem das Fahrplanangebot verdichtet werden, was zu weiteren Kosten führt. Die Stadt Stuttgart setzt daher eher auf günstige ÖPNV-Tarife an allen Tagen, wie dies mit der Tarifreform des VVS beschlossen wurde.

Einen „autofreien Sonntag“ soll es erstmals in der Europäischen Mobilitätswoche im September 2019 geben.

Platz: 44

Vorschlag Nr. 52265

Fahrrad- und Fußgängerbrücke über den Neckar realisieren

Die jetzige Eisenbahnbrücke über den Neckar als Fahrradweg zwischen Stuttgart Rosensteinschloss und Bad-Cannstatt als Fahrradbrücke nutzen. Die bestehende Brücke ist ausreichend breit, belastbar und geeignet als Grünbrücke Stuttgart über den Rosensteinpark hinweg großzügig mit Bad-Cannstatt und weiterführend entlang dem Neckar mit Esslingen und anderen Gemeinden, Städten, Regionen zu vernetzen.

Die jetzige Situation für Fahrradfahrer und Fußgänger ist nicht hinnehmbar.

positive Wertungen: 825

negative Wertungen: 80

Stellungnahme der Verwaltung

Die Möglichkeiten des Erhalts der Eisenbahnbrücke und ihre künftige Nutzung wird derzeit im Zusammenhang mit den Wettbewerbsergebnissen des Wettbewerbs Rosenstein überprüft. Dabei wird auch die vorgeschlagene Nutzung thematisiert. Eine Realisierung dieser Nutzung wäre jedoch erst nach der Fertigstellung des Bahn- und Städtebauprojektes möglich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Platz: 45**Vorschlag Nr. 51630****Stuttgart muss grüner werden!**

Stuttgart muss grüner werden. Zur Reduzierung der Feinstaubbelastung, der Stickoxide sowie zur Verbesserung des Kleinklimas müssen in den Strassen und Plätzen mehr Bäume gepflanzt werden. So z.B. müssen die abgeholzten Bäume ersetzt werden, wenn an der GENOBA die Heilbronner Strasse fertiggestellt wird. Oder Nebenstraßen wie die Vordernbergstraße werden mit 4-5 Bäumen bepflanzt. Am Pariser Platz, vor der Stadtbibliothek und vor dem Milaneo schafft die Verdoppelung der Bäume bessere Luft und eine wesentlich menschenfreundlichere Atmosphäre. Vergleicht man Stuttgart z.B. mit Hamburg, so hat man als Stuttgarter Bürger den Eindruck, dass die paar Bäume an manchen Straßen und Ecken ein Feigenblatt sind für die vollmundigen Sprüche der Stadtverwaltung, aus Stuttgart eine lebenswerte Stadt zu machen. Auch für einen grünen Bürgermeister, den man bewusst gewählt hat, ein äußerst schwaches Ergebnis bezüglich einer grünen Stadt. Es wäre gut angelegtes Geld, den Bürgermeister und die Gemeinderäte nach Hamburg zu schicken, damit sie lernen, wie eine grüne und lebenswerte Stadt aussieht. Vielleicht würden sie dann auch lernen, dass der oft gehörte Hinderungsgrund des engen Stadtkessels nichts anderes als eine armselige Ausrede für Nichtstun ist. Um die grüne Stadt vorwärts zu bringen, wäre es eine gute Idee, wenn die Stuttgarter Zeitung unter der Rubrik: "Mein Wohngebiet soll grüner werden" Bilder von Bürgern veröffentlicht, welche anhand von Fotomontagen zeigen, wie eine Strasse oder ein Platz mit Bäumen oder Sträucher bepflanzt viel schöner und lebenswerter aussieht. Und diese Bilder durch Befragung von einem Redakteur mit Argumenten belegt. Dadurch wird eine Öffentlichkeit geschaffen, welche die Idee von der grünen und damit lebenswerten Stadt bis zur Stadtverwaltung und den Gemeinderäten trägt und es diesen etwas schwerer macht, sie durch Nichtstun abzulehnen. Mit den ersten Fotomontagen kann ich gerne dienen.

positive Wertungen: 818

negative Wertungen: 64

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 und 2018/19 wurden für das Programm "Neues Grün in der Stadt" dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen erfolgreich Baum- und Gehölzpflanzungen im Stadtgebiet erfolgten.

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einer dritten Neuauflage des Programms "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um mit verschiedenen Maßnahmenpaketen Grünstrukturen zur Verbesserung des Stadtklimas realisieren zu können. Die Maßnahmenpakete umfassen sowohl die Neuanlage von Baumstandorten und Blumenwiesen als auch die Sanierung bestehender, vergreister Grünstrukturen.

Die Pflanzflächen an der Heilbronner Straße werden derzeit fertiggestellt und in der ursprünglichen Stückzahl wieder hergestellt.

Die Stadt ist immer bestrebt neue Baumstandorte zu finden, daher werden auch Plätze geprüft. Leider sind oftmals aufgrund des Urheberrechts der Planer keine weiteren Baumstandorte möglich.

Platz: 46

Vorschlag Nr. 51941

Frishluftschneisen erhalten

Geht man zu Fuß von Heslach (z.B. ab Bihlplatz) über die Hasenstraße zum BLAUEN WEG hinauf, kann man, vor allem im Sommer, mehrmals feststellen, an welcher "Höhe" sich die Luft merklich verbessert. Es wird frischer und kühler, ohne dass ein spürbarer Wind geht.

Diese Frishluftschneisen gibt es sicher mehrmals in Stuttgart. Sie sind unbedingt zu erhalten bzw. sollten nie verbaut werden (Eine schlimme, nicht mehr gutzumachende Sünde ist das (ehemalige) Bauknecht-Gebäude unten an der Leonberger Straße. Heute ist dort eine Versicherung mit sicher schönen Arbeitsplätzen, aber.....).

positive Wertungen: 816

negative Wertungen: 33

Stellungnahme der Verwaltung

Das Klima eines Ortes wird bestimmt durch seine geographische Breite, die Höhenlage, die Art des Untergrundes sowie anthropogene („durch den Mensch verursachte“) Veränderungen der Landschaft. Durch die hohen Temperaturen, verbunden mit der vorhandenen Feuchte, gehört Stuttgart zu den Gebieten mit vermehrter Wärmebelastung. Ein weiteres, wesentliches Merkmal des Stuttgarter Klimas ist die Windarmut. Bedingt durch die Höhenstruktur kann für Stuttgart keine einheitliche Windrose angegeben werden. An den Hängen und in den Tälern können sich aber häufig lokale Windsysteme entwickeln, die zwar keine hohen Windgeschwindigkeiten hervorrufen, aber für die lokale Belüftung der Stadtteile eine wichtige Rolle übernehmen. Dementsprechend kommt dem Erhalt der Frishluftschneisen eine hohe Bedeutung zu.

Zum Schutz des Klimas und zur Luftreinhaltung kann die räumliche Planung wesentlich beitragen. Mit dem aus dem Flächennutzungsplan einer Gemeinde entwickelten Bebauungsplan entscheidet sich rechtsverbindlich, ob Grund und Boden umweltverträglich genutzt werden. Das Baugesetzbuch (BauGB) fordert, dass die Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleisten, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringen. Bauleitpläne sollen dazu beitragen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln, den Klimaschutz und die Klimaanpassung insbesondere auch in der Stadtentwicklung zu fördern, sowie die städtebauliche Gestalt und das Orts- und Landschaftsbild baukulturell zu erhalten und zu entwickeln.

Schon frühzeitig hat sich der Gemeinderat der Stadt Stuttgart dazu verpflichtet, Klima und Luft als wichtige Belange der räumlichen Planung einzubeziehen. Grundlage hierfür bilden vorliegende, flächendeckende Klimauntersuchungen. Damit fließen seit Jahren stadtklimatische Belange in der Stadtplanung ein und es werden Begrünungen geplant sowie Frishluftschneisen gesichert. Wichtige Instrumente sind dabei zudem die vom Gemeinderat beschlossenen städtebaulichen Rahmenplanungen, wie beispielsweise der Rahmenplan "Halbhöhenlagen" aus dem Jahr 2007 oder das im Jahr 2012 ebenfalls beschlossene "Klimawandel – Anpassungskonzept Stuttgart" (KLIMAKS).

Platz: 47

Vorschlag Nr. 52399

Verhinderung der Schließung sämtlicher Stuttgarter Bäder und Saunen wie z.B. im Heslacher

Es darf nicht passieren, dass die Landeshauptstadt von Baden-Württemberg keine öffentliche Bäder (außer Leuze) mehr bezuschusst. Die Bürger sollen anscheinend nicht mehr schwimmen können, nur noch Schulklassen und Vereine. Das ist ein Armutszeugnis!!!

positive Wertungen: 814

negative Wertungen: 39

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich wieder im Sommer 2019 mit der Thematik befassen.

Platz: 48

Vorschlag Nr. 52276

Hallenbäder erhalten

Jeder Vorort sollte ein Hallenbad haben, alternativ unbedingt vermeiden dass ein Hallenbad abgerissen wird.

Viele Kinder können nicht schwimmen (Lebensgefahr). Schwimmen lernen kann man aber nur im Wasser. Daher ist es sehr wichtig, dass man wenigstens mit dem vorhandenem Geld die Hallenbäder die vorhandenen Bäder erhält.

positive Wertungen: 812

negative Wertungen: 33

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Analyse der Bäderbetriebe Stuttgart ergab, dass es eine ausreichende Bereitstellung von Wasserfläche für die Öffentlichkeit im gesamten Stadtgebiet gibt. Neben drei Mineralbädern stehen der Öffentlichkeit acht Hallenbäder und fünf Freibäder zur Verfügung.

Der Betrieb von öffentlichen Bädern gehört in den Kommunen zum Bereich der freiwilligen Leistungen. Für den Bau, die laufende Betriebsführung und Unterhaltung sind jährlich hohe Bezuschussungen durch die Städte und Gemeinden erforderlich. Daher stehen Bäder häufig im Fokus für Konsolidierungsmaßnahmen.

Der Bäderentwicklungsplan 2030 (siehe GRDRs 990/2018) dient dem Erhalt und einer Attraktivitätssteigerung der Stuttgarter Bäder, um für die Stuttgarter Bevölkerung ein zeitgemäßes Schwimm- und Freizeitangebot, sowie auch die Angebote für den Schul- und Vereinssport jetzt und in Zukunft vorhalten zu können. Dabei sollen die steigenden Kundenwünsche an unsere Bäder in Bezug auf Qualität und Service berücksichtigt werden.

Angestrebt wird außerdem die entscheidende Verbesserung der Schwimmfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Deshalb sollen die bestehenden Wasserflächen so genutzt werden, dass ausreichend Belegungsmöglichkeiten für Schwimmunterricht und Schwimmkurse zur Verfügung stehen.

Öffentliche Bäder zählen nach wie vor zu den am stärksten besuchten Freizeiteinrichtungen in Deutschland. Laut Altenburg BäderReport 2016 liegt die Gesamtbesucherzahl in deutschen Bäderbetrieben bei ca. 400 bis 450 Mio./Jahr und so rangiert der Badbesuch in seiner Beliebtheit weit vor anderen Freizeiteinrichtungen wie z. B. Kino, Bibliotheken oder Theater (vgl. Altenburg, 2016).

Die öffentlichen Bäder sind Teil kommunaler Infrastruktur und haben damit in den Kommunen eine herausragende Stellung bei der Freizeitinfrastruktur. Das Vorhandensein von diesen Bädern dient in Deutschland dem Gemeinwohl und der Daseinsvorsorge.

Platz: 49

Vorschlag Nr. 52751

Stuttgarts wunderschöne Panorama-Aussichtsbahnstrecke, die Gäubahn, muss unbedingt erhalten bleiben!

Und zwar nicht nur aus Aussichtsgründen (für ähnlich schöne Zugstrecken müsstet ihr in die Schweiz reisen! So eine traumhaft schöne Aussichtsstrecke gibt man doch nicht ohne Not auf, liebe Stadt! Lieber ausbauen und die Haltestelle Wildpark wieder ertüchtigen! Das wäre doch eine Perspektive, die der Stadt und ihren Einwohnern wirklich nützen würde!)... Sondern weil es eminent wichtig bleibt, in den Hauptbahnhof auch oben wie derzeit (noch) einfahren zu können, falls es untenrum, wo es ja angeblich richtig geil sein soll, mal was mit der S-Bahn passiert und die S-Bahn eine Ausweichmöglichkeit braucht. Sonst Chaos total. Also: Gäubahnstrecke unbedingt erhalten! Denn alles andere wäre mehr als bloß ein Stuttgarter Schildbürgerstreich!

positive Wertungen: 812

negative Wertungen: 56

Stellungnahme der Verwaltung

Der Weiterbetrieb der innerstädtischen Gäubahnstrecke („Panoramabahn“) wurde schon 2010 im Schlichterspruch des Schlichtungsverfahrens zum Projekt „Stuttgart 21“ gefordert und ist seither Konsens auf allen politischen Ebenen. Die Strecke wird deshalb auch weiterhin für den Eisenbahnverkehr zur Verfügung stehen. Offen ist lediglich noch das künftige Betriebskonzept. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden zunächst Regionalbahnen die Strecke bedienen. Die Option einer späteren Einbindung in das S-Bahn-Netz wird offen gehalten. Parallel zu den Überlegungen zum Verkehrsangebot prüft die Landeshauptstadt Stuttgart die Reaktivierung des Westbahnhofs sowie die Anlage weiterer Haltepunkte. Ein Wiederaufbau des früheren Haltepunkts „Wildpark“ ist wegen des geringen Fahrgastpotenzials aber nicht vorgesehen.

Eine Anbindung der Panoramabahn an den künftigen Hauptbahnhof ist baulich kaum realisierbar. Der verkehrliche Nutzen der Strecke als innenstadtnahe Tangente wird dadurch aber kaum tangiert, sofern zumindest eine Durchbindung in Richtung Feuerbach hergestellt werden kann. Nach der Inbetriebnahme der aufgrund von „Stuttgart 21“ erweiterten Bahnanlagen auf den Fildern besteht die Möglichkeit, im Störfall S-Bahn-Züge aus dem Raum Böblingen/Vaihingen über den Flughafen zum Hauptbahnhof zu führen. Durch die beschlossene Umrüstung der S-Bahn auf das moderne Leitsystem ETCS wird dies noch erleichtert. Wie heute steht dann wieder eine Ausweichtrasse zur S-Bahn-Stammstrecke zur Verfügung.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West unterstützt diese Idee. Er verweist auf Beschlüsse des Gemeinderats, wonach eine weitere Nutzung der Panoramastrecke auf den Weg gebracht werden soll.

Platz: 50

Vorschlag Nr. 50712

ÖPNV attraktiver machen

Man sollte das Geld für einen attraktiven ÖPNV in Stuttgart nutzen. Billigere Fahrpreise bessere Verbindungen. Busse, U-Bahnen und S-Bahnen mit attraktivem Innenraum schaffen, damit mehr Bürger ihre Autos stehenlassen und öffentlich fahren.

positive Wertungen: 811

negative Wertungen: 41

Stellungnahme der Verwaltung

Ziel der Landeshauptstadt Stuttgart ist es seit Jahren, den ÖPNV attraktiver zu machen, um mehr und mehr Menschen zum Umstieg auf die umweltfreundlichen Busse und Bahnen zu bewegen und damit einen Beitrag zur Luftreinhaltung zu liefern. Dazu haben sich 2014 auch die Partner des ÖPNV-Pakts in der Region Stuttgart (neben der Landeshauptstadt Stuttgart sind dies das Land Baden-Württemberg, der Verband Region Stuttgart und die Verbundlandkreise) verständigt. Dazu gehören sowohl Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots (z. B. Erweiterung des Stadtbahnnetzes, neue Fahrzeuge, Verbesserung des Fahrplans) und des Tarifangebotes (z. B. Einführung neues Abo-Verfahren, neues Firmen- und Seniorenticket, Ausbildungs-Abo, eTicket, HandyTicket).

Dass die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen bereits erfolgreich waren, belegen seit Jahren kontinuierlich gestiegene Fahrgastzahlen für den Bereich des VVS, in den letzten fünf Jahren um über zehn Prozent. 2018 konnte mit 384 Mio. Fahrten ein neuer Fahrgastrekorde erzielt werden. 2019 dürfte dieses Ergebnis noch übertroffen werden, denn zum 1. April trat die Tarifreform in Kraft, die für viele Fahrgäste Preisvorteile bringt. Die Finanzierungsträger (Land, Landkreise, Stadt Stuttgart) müssen für die Tarifreform jährlich rund 42 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen an die VVS-Verkehrsunternehmen aufbringen.

Im Zuge dieser Tarifreform wurden die ehemaligen Zonen 10 und 20 zur neuen Zone 1, die das gesamte Stuttgarter Stadtgebiet umfasst, zusammengelegt. Alle Fahrten innerhalb Stuttgarts kosten daher einheitlich nur noch den Preis der Preisstufe 1. Wer z. B. von Zuffenhausen in die Stuttgarter City fährt, hat früher für ein Einzelticket 2,90 Euro bzw. für ein MonatsTicket 86,50 Euro bezahlt, heute kostet eine solche Fahrt nur noch 2,50 Euro bzw. 67,60 Euro. Auch das TagesTicket ist attraktiver geworden, so kostet ein TagesTicket für eine Person für ganz Stuttgart nur noch 5,20 Euro, als HandyTicket nur 5,00 Euro (früher 7,00 Euro). Bevor weitere Tarifmaßnahmen zur Absenkung des Fahrpreises vorgenommen werden, müssen erst die Ergebnisse der Tarifreform abgewartet werden.

Die SSB investiert seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Bundes und des Landes Jahr für Jahr zig Millionen Euro in den Ausbau des ÖPNV in Stuttgart und den umgebenden Kommunen. Die SSB beabsichtigt diesen langfristigen Prozess auch in der Zukunft fortzusetzen und ist bestrebt, ihr Engagement in dieser Hinsicht sogar noch zu forcieren. Die Landeshauptstadt Stuttgart als 100%ige Eigentümerin der SSB unterstützt dieses Vorgehen bereits heute.

Platz: 51

Vorschlag Nr. 51049

Den ganzjährigen Betrieb des Hallenbad Heslach sicherstellen

Am 01.02.2019 erschien ein Artikel in der StZ, der darüber informiert, dass das Hallenbad Heslach im Sommer zu Gunsten der Freibäder vorübergehend geschlossen werden soll.

Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar. Das Hallenbad hat für die Innenstadtbezirke einen hohen Freizeitwert. Im Gegensatz zu den Freibädern in den äußeren Bezirken ist das Hallenbad für die Innenstadtbewohner in Mitte, Süd und West schnell und einfach zu erreichen (fußläufig, U1, Buslinie 42). Die alternativ angebotenen Freibäder sind für die Innenstadtbewohner nur mit langer Anreise zu erreichen. Ein sportliches Bahnschwimmen ist weder in Vaihingen noch in Möhringen möglich.

Der Personalmangel in den Stuttgarter Bäderbetrieben kann nicht über das "Auspielen" der verschiedenen Standorte gegeneinander erreicht werden! Ein wohlhabende Stadt wie Stuttgart muss Ihre Bäderbetriebe mit genügend Mitteln ausstatten, um eine ausreichende Personaldecke zum Betrieb aller Bäder sicherzustellen.

positive Wertungen: 811

negative Wertungen: 44

Stellungnahme der Verwaltung

Die Schließung des Leo-Vetter-Bads sowie des Hallenbads Heslach während der Freibadsaison 2020 wurde vorgeschlagen, um den Fachkräftemangel im Aufsichtsbereich zu bewältigen. In keinem der acht Hallenbäder der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es Wasserflächen in den Außenbereichen. Aber gerade in der warmen und heißen Jahreszeit werden verstärkt Wasserflächen unter freiem Himmel aufgesucht. Für die Bäderbetriebe Stuttgart hat daher die uneingeschränkte Zurverfügungstellung der Wasserflächen in den Stuttgarter Freibädern eine hohe Priorität. Zudem bieten unsere Freibäder im Schnitt etwa das Dreifache an Wasserfläche im Vergleich zu den Hallenbädern. Das muss bei hohem Besucheraufkommen auch berücksichtigt werden. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr hatten wir trotz verkürzten Öffnungszeiten im Inselbad Untertürkheim durchschnittlich 134 Besucher pro Öffnungsstunde. Im Leo-Vetter-Bad zählten wir im Schnitt nur 26 und im Hallenbad Heslach 37 Gäste pro Öffnungsstunde.

Von Mai bis Mitte September entsteht mit der Öffnung unserer fünf städtischen Freibäder ein erhöhter Personalbedarf. Wir benötigen Jahr für Jahr während der Sommerbadesaison bis zu 60 zusätzliche Saison-Fachkräfte, um die umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können. Wenn nur noch zwei – statt bisher vier – Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auch während der Sommersaison offengehalten würden, könnten Stammbeschäftigte aus den beiden zusätzlich geschlossenen Hallenbädern direkt in den Freibädern eingesetzt werden. Damit hätten die Bäderbetriebe Stuttgart auch wesentlich bessere Möglichkeiten, die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Öffnungszeiten in allen fünf Freibädern ohne Einschränkungen über die gesamte Sommersaison sicherzustellen.

Der bekannte und bundesweit zu verzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass die saisonal erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist.

Beispielsweise hatten vergangenes Jahr in ganz Deutschland Bäder mit dem Personalmangel zu kämpfen. Laut dem Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Schwimmmeister, Edgar Koslowski, fehlen landesweit bis zu 400 Fachangestellte für Bäderbetriebe. Bundesweit sind es sogar 2.500. Diese Zahlen machen das Ausmaß des Personalmangels, der kein Stuttgarter Problem ist, deutlich.

Hinweis: Die Bäderbetriebe Stuttgart verfügen über genügend Ressourcen, um notwendige Fachkräfte für die Sommersaison einzustellen. Es mangelt jedoch an fachlich qualifizierten Bewerbern.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd unterstützt diesen Vorschlag. Er lehnt den Bäderentwicklungsplan 2030 der Bäderbetriebe Stuttgart in der bisher vorliegenden Form ab.

Platz: 52

Vorschlag Nr. 51612

Neckarpromenade verbessern

Alle Wege rund um den Neckar sind alles andere als schön. Man könnte zunächst mit dem Müllproblem beginnen und viel mehr Mülleimer installieren. Bänke, Sitzgelegenheiten oder gar das Anlegen von Sitz-Terrassen wie in etlichen anderen Städten seit jeher am Fluss sollten dringend gefördert und installiert werden. Hinzu kommt das Problem des Fuß - Radwegs. Permanent kommen hier beide Fraktionen in Konflikt, weil es für beide keine Regelung gibt. Diese muss dringend her, um die Lebensqualität in der Stadt zu erhöhen. Ist doch Irrsinn, dass es nur um Industrie und Feinstaub geht und die Naherholungsgebiete direkt vor der Nase ignoriert werden.

positive Wertungen: 810

negative Wertungen: 32

Stellungnahme der Verwaltung

Die Flächen entlang des Neckars sollen entsprechend den im Plan "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" aufgezeigten Potenzialen mittel- und langfristig entwickelt werden. Eine der Zielsetzungen ist, die Aufenthaltsmöglichkeiten direkt am Fluss deutlich zu verbessern. Dabei bleiben kurzfristig wirksame Maßnahmen wie Pflege und Unterhalt der Ufer bei den zuständigen Stellen nicht unberücksichtigt. Dabei ist zu beachten, dass der Neckar mit seinen Ufern als Bundeswasserstraße in Besitz des Bundes ist und vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt in Stuttgart verwaltet und auch unterhalten wird. Die Stadt hat daher nur auf denjenigen Flächen direkt Zugriff auf Fluss und Ufer, zu denen es gesonderte Vereinbarungen zwischen Bund und Stadt gibt.

Die unterschiedlichen Verkehrsströme entlang des Flusses sind tatsächlich ein Problem. Nicht nur der Straßen und abschnittsweise auch der Stadtbahnverkehr verlaufen direkt entlang der Uferlinien, sondern auch Fußwege und Radwege, letztere i. d. R. auf zu schmalen und gemeinsam geführten Wegen. Neben fortlaufend erzielten kleinen Verbesserungen ist es daher übergeordnetes Ziel aller Planungen entlang des Neckars, ausreichend breite Geh- und Radwege herzustellen, um ein möglichst konfliktfreies und getrenntes Führen von Fußgängern und Radfahrern zu ermöglichen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Platz: 53

Vorschlag Nr. 50575

Stuttgart muss grüner werden: Plätze bepflanzen

Stuttgart hat zwar schon viel Bäume, aber Stuttgart, benötigt noch viel mehr Grün, wegen des Klimawandels, des Feinstaubes und so weiter. Zum Beispiel könnte man die trostlosen Plätze wie den Marienplatz, Südheimer-Platz und beim Milaneo bepflanzen. Da ist mehr Asphalt als Grünfläche!

positive Wertungen: 807

negative Wertungen: 55

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist immer bestrebt, neue Baumstandorte zu finden. Bei den genannten Plätzen sind jedoch aufgrund des Urheberrechts der Planer keine weiteren Baumstandorte möglich. Beim Milaneo sind zudem auch aufgrund anderer Zwangspunkte wie Rettungsstraßen oder Unterbauung mit sehr geringer Überdeckung keine weiteren Baumpflanzungen sinnvoll möglich.

Platz: 54

Vorschlag Nr. 53533

Mehr Grün in der Stadt schaffen

Leider gibt es in Stuttgart immer mehr Beton- und Pflasterflächen. Überall, wo neue nutzbare, gewerbliche Flächen geschaffen werden, entstehen große gepflasterte Flächen. Wir wissen, wie wichtig Grünflächen für die Erholung und Psyche beim Mensch ist. Wir zerstören gleichzeitig immer mehr Lebensräume für Tiere, wohl wissend, wie wichtig diese für den Mensch und die Tiere und gerade auch für Kleinstlebewesen sind. Wir zerstören immer mehr Artenvielfalt, Insekten haben immer weniger Nahrung zur Verfügung.

Im Römerkastell in Bad Cannstatt entstand in der ehemaligen Reiterkaserne ein großes Gewerbegebiet mit Restaurants, Eisdiele Einkaufsgeschäften, Filmhaus usw. in der Mitte ein riesiger gepflasterter grauer Platz, ohne Bäume, Wiesen, Blumen, keine Bank zur Erholung, keine Möglichkeit seinen Blick ins Grüne zu richten. Nur grauer Beton. Auch in Stuttgart im Bereich der Stadtbibliothek ist es so. Es wäre schön, wenn dort und an allen neuen und alten großen Plätzen mehr grüne Flächen mit Blumen, Wiesen und Bäumen angepflanzt werden. Zum Wohle für Mensch und Tier.

positive Wertungen: 806

negative Wertungen: 32

Stellungnahme der Verwaltung

Das angesprochene Römerkastell ist eine private Fläche der MKM Römerkastell GmbH. Die Fläche darf aus Gründen des Denkmalschutzes (Fläche als Exerzierplatz) nicht bebaut werden. Die Asphaltierung und Komplettersiegelung bedauern wir ebenfalls.

Bei Flächen, die das Garten-, Friedhofs- und Forstamt betreut, wird auf eine begrünte Gestaltung geachtet.

Platz: 55

Vorschlag Nr. 51851

Mehr Radwege schaffen

Fahre seit geraumer Zeit mit Rad von Stuttgart-Ost nach Zuffenhausen. Es gibt viele Teilbereiche, die dem Radfahrer keine Chance im Berufsverkehr geben, so dass wir gezwungen sind oft auf dem Gehweg zu fahren, damit wir im Verkehr überhaupt weiterkommen. Wie wollen wir von Feinstaub je wegkommen, wenn wir nicht genügend Radwege und Alternativen haben. Auch wünsche ich mir Wagons an der U-Bahn zur Kolo eine Radmitnahme. Dann würde ich bei jedem Wetter mit Rad und Bahn fahren und noch viele mehr!

positive Wertungen: 805

negative Wertungen: 150

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Das Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein.

Die gemeldeten Einzelfälle werden geprüft und im Rahmen des Fahrradkonzeptes nach Möglichkeiten gelöst. Ziel ist es, grundsätzlich Fahrradwege und Fußwege getrennt zu führen. Um diese Führungsform verwirklichen zu können, müssen die vorhandenen Verkehrsflächen neu aufgeteilt werden. Dies ist derzeit in Bearbeitung.

Die SSB beabsichtigt zwar, die Kapazität in den Stadtbahnen ausweiten, eine Fahrradmitnahme wird aber dennoch weiterhin nur außerhalb der Hauptverkehrszeiten möglich sein. Der Vorschlag zu einem „Fahrradwagon“ wird an die SSB weitergegeben.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost befürwortet diesen Vorschlag mehrheitlich bei 11 Befürwortungen und 5 Gegenstimmen.

Platz: 56

Vorschlag Nr. 53239

Städtische Grünflächen ökologisch aufwerten (Insektenwiese)

In der Regel werden städtische Grünflächen mit Rasen bepflanzt und dann mehrfach im Jahr gemäht. Beispiel Stadtteil Feuerbach, Stuttgarter Straße vor Roser Areal)

Vorschlag: Flächen ökologisch aufwerten (bepflanzen, nicht totpflegen) damit diese als Lebensraum und Nahrungsquelle für beispielsweise Insekten dienen können.

positive Wertungen: 804

negative Wertungen: 36

Stellungnahme der Verwaltung

Auf städtischen Grünflächen, deren Verwaltung durch das Garten-, Friedhofs- und Forstamt erfolgt, wurden in den vergangenen Jahren bereits etliche intensiv gepflegte Rasenflächen in extensive Blumenwiesen umgewandelt. Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einem Maßnahmenpaket "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um Neuanlagen von Blumenwiesen oder die Umwandlung bestehender Rasenflächen in artenreiche Wiesen stadtweit realisieren zu können. Die Umsetzung von Maßnahmen an verschiedenen Standorten ist im Doppelhaushalt 2020/21 vorgesehen.

Grundsätzlich werden Grasflächen im Bezirk Nord des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes wie auch die Baumbeete in der Stuttgarter Straße vor dem Roser Areal in S-Feuerbach ab sofort möglichst selten (1-3mal pro Jahr) gemäht. Dadurch wird der Artenreichtum standortgerechter Flora und Fauna gefördert. Das Bepflanzen der Beete unter den dort wachsenden, jahrelang eingewurzelten Großbäumen ist aus gärtnerischen Gründen jedoch nicht sinnvoll.

Platz: 57

Vorschlag Nr. 51687

Hallenbäder für die Öffentlichkeit erhalten

Die Hallenbäder sollen für die Öffentlichkeit erhalten bleiben.

positive Wertungen: 803

negative Wertungen: 27

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich wieder im Sommer 2019 mit der Thematik befassen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Degerloch unterstützt den Vorschlag vollumfänglich.

Platz: 58

Vorschlag Nr. 50636

1000 Bäume Programm erneut auflegen

Das 1000 Bäume Programm aus den letzten Jahren ist großartig. Es ist eine Wohltat, neue Bäume in der Stadt zu sehen. Bäume bieten Lebensqualität, Erholung, Sauerstoff und filtern Feinstaub. Bitte legen Sie das 1000 Bäume Programm erneut für die kommenden Jahre auf. In unserer Stadt hat es noch für viel mehr Bäume Platz.

positive Wertungen: 801

negative Wertungen: 56

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 und 2018/19 wurden für das Programm "Neues Grün in der Stadt" dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen erfolgreich Baum- und Gehölzpflanzungen im Stadtgebiet erfolgten.

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einer dritten Neuauflage des Programms "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um mit verschiedenen Maßnahmenpaketen Grünstrukturen zur Verbesserung des Stadtklimas realisieren zu können. Die Maßnahmenpakete umfassen sowohl die Neuanlage von Baumstandorten und Blumenwiesen als auch die Sanierung bestehender, vergreister Grünstrukturen.

Platz: 59**Vorschlag Nr. 50648****Plastikmüll reduzieren und Einwegplastik abschaffen**

Die weltweiten Müllberge nehmen immer mehr zu. Wir Deutschen sind zwar Recycling-Weltmeister, aber auch ganz oben, wenn es um die Müllproduktion geht. Das sieht man auch vermehrt in Stuttgart. Der Plastikmüll ist auch bei uns ein großes Thema. Ein Verbot von Einwegplastik (Plastikbecher und Geschirr, Plastiktüten im Supermarkt an der Gemüsetheke und mehr) in Stuttgart setzt ein Zeichen für eine umweltbewusste Stadt.

positive Wertungen: 801

negative Wertungen: 68

Stellungnahme der Verwaltung

Die EU hat ein Verbot von bestimmten Plastikartikeln auf den Weg gebracht und dafür eine Richtlinie erlassen. Im Jahr 2021 (zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie) werden Kunststoffeinwegprodukte, für die es Alternativen aus anderen Materialien gibt, verboten. Dazu zählen Wattestäbchen, Plastikbesteck und -teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonhalterungen sowie Becher und Essensbehälter für den Sofortverzehr aus Polystyrol; Produkte aus oxo-abbaubaren Kunststoffen soll es gar nicht mehr geben. Für die Stadt gibt es darüber hinaus keine gesetzliche Grundlage für ein Verbot dieser Artikel.

Derzeit gibt es auch keine rechtliche Grundlage für eine Abgabe auf Einweggeschirr bzw. Pappbechern, um so das Aufkommen an diesen Behältnissen zu reduzieren.

Am 1. Juli 2016 ist eine Vereinbarung zwischen dem Bundesumweltministerium und Vertretern des Handels in Kraft getreten, die die Zahl der Plastiktüten eindämmen soll. Sie besagt, dass bis zum Jahr 2018 mindestens 80 Prozent der von den teilnehmenden Unternehmen sowie der Mitgliedsunternehmen der Verbände in Verkehr gebrachten Kunststofftüten Geld kosten. Wie viel Geld, bleibt dem Handel überlassen. Mit der Vereinbarung zur Reduktion von Kunststofftragetaschen zwischen dem Handelsverband Deutschland (HDE) und dem Bundesumweltministerium setzt Deutschland die EU-Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle von 2015 um. Der HDE verpflichtet sich damit zur Verringerung der Zahl von leichten Kunststofftragetaschen bis 31. Dezember 2019 auf höchstens 90 und bis 31. Dezember 2025 auf höchstens 40 Kunststofftragetaschen pro Einwohner und Jahr. Die Handelsunternehmen können die Vorgaben entweder durch eine Tütengebühr oder durch den völligen Verzicht auf Einwegtragetaschen umsetzen. Der Verbrauch von Plastiktüten in Deutschland ist 2017 gesunken. Nach Auskunft des Handels wurden insgesamt 1,3 Milliarden Kunststofftragetaschen weniger in Umlauf gebracht als noch 2016 (2,4 Mrd.). Das entspricht einem Pro-Kopf-Konsum von 29 Tragetaschen pro Jahr (2016: 45).

Auf den ersten Blick scheinen Papiertüten eine geeignete Lösung zu sein, schneiden in Ökobilanzen aber kaum besser ab als konventionelle Plastiktüten. Die Herstellung von Papier ist mit einem hohen Energie- und Wasserverbrauch verbunden. Zudem werden auf Grund der Belastung der Taschen die Zellulosefasern chemisch behandelt. Papiertüten haben allerdings den Vorteil, sich in der Natur schneller zu zersetzen. Am besten für die Umwelt ist daher immer noch der wiederverwendbare Einkaufsbeutel, der möglichst lange benutzt wird, oder ein Einkaufskorb.

Die Stadt Stuttgart führt im Spätsommer 2019 ein Mehrwegbecherpfandsystem ein. Den Zuschlag zur Umsetzung hat die Firma reCup erhalten, die bereits in zahlreichen umliegenden Kommunen tätig ist. Gemeinsam mit einer Fachjury, bestehend aus Vertretern von Bäckereien, Systemgastronomen, Forschung und Wissenschaft hat man sich in einem wettbewerblichen Verfahren für reCup entschieden. Die nächsten Schritte zur Umsetzung wie das Becherlayout, die Marketingkampagne und Gespräche mit potentiellen Teilnehmern des Systems werden zeitnah angegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt beabsichtigen bereits einige Mitglieder aus der Fachjury sich am System zu beteiligen, dies sind: coffreez GmbH, Bäckerei Konditorei Cafe Walter Nast, Bäckerei und Konditorei Treiber GmbH, City Initiative Stuttgart e.V., DB Netze DB Station&Service AG, Hochland Kaffee Hunzelmann GmbH und Co. KG, Mc Donald's, Siegel Backkultur GmbH & Co. KG, Studierendenwerk Stuttgart, YORMA'S AG. Dienstleistungen wie Spüldienstleistungen, eine lokale Transportlogistik sowie Rücknahme- (Ausgabe) Automaten werden berücksichtigt.

Platz: 60

Vorschlag Nr. 50440

Erreichbarkeit des Flughafens per S-Bahn auch für frühe Flüge unter der Woche ermöglichen

Die Erreichbarkeit des Flughafens mit der S-Bahn für frühe Flüge ab 6 Uhr, also bitte ich darum Fahrten des ÖPNV ab spätestens 4 Uhr oder rund um die Uhr anzubieten.

positive Wertungen: 799

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Zum Fahrplanwechsel im Dezember 2018 wurde die Erreichbarkeit des Flughafens montags bis freitags deutlich verbessert. Statt bisher um 05:22 Uhr kommt die erste S-Bahn um 04:57 Uhr an. Diese S-Bahn hat Anschluss aus allen anderen Linien. Damit können die ersten Flüge erreicht werden. Für die ersten Charterflüge wäre es wünschenswert, wegen der empfohlenen Zeit zum Einchecken noch früher anzukommen. Dies oder ein durchgehender Betrieb ist aber nicht ohne weiteres umsetzbar. Einerseits ist die Nachfrage in den Nachtstunden gegenüber dem Wochenende so gering, dass neben Flugpassagieren mit keinen wesentlichen Fahrgastzahlen zu rechnen ist. Andererseits benötigt die DB Netz AG für Wartungs- und Instandhaltungsarbeiten gewisse Zeitfenster ohne Betrieb. Da diese Zeiten in den vergangenen Jahren durch Ausdehnung der Betriebszeiten immer kürzer wurden, ist die DB Netz AG gezwungen, den Betrieb im S-Bahn-Tunnel montags einzuschränken.

Platz: 61

Vorschlag Nr. 52107

Tagesticket zu 24 Stunden Ticket ändern

Geltungsdauer des Tagestickets auf 24 Stunden festlegen.

Das Wochenticket hat es geschafft, das Monatsticket hat es geschafft und in anderen Verkehrsverbänden hat es das Tagesticket auch schon geschafft. Zur Zeit gilt das Tagesticket im VVS bis 5:59 am nächsten Tag. Ich schlage eine Geltungsdauer von 24 Stunden ab Kauf vor.

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 33

Stellungnahme der Verwaltung

Im VVS-Tarif wurde der Preis des TagesTickets zur Tarifreform am 1. April 2019 deutlich ermäßigt. Für Fahrten in Stuttgart kostet das TagesTicket jetzt nur noch 5,00 Euro (beim Kauf mit dem Handy) bzw. 5,20 Euro (beim Kauf beim Automaten oder Busfahrer). Dies ist der günstigste Preis für ein TagesTicket unter allen Großstädten in Deutschland. In einzelnen Verkehrsverbänden gibt es zwar ein 24-Stunden-Ticket, das aber in der Regel deutlich teurer ist als das TagesTicket in Stuttgart. Die meisten Verkehrsverbände bieten – wie der VVS – nach wie vor ein TagesTicket an. Das TagesTicket im VVS gilt bis 7.00 Uhr am Folgetag. Es ist sinnvoll, die Nachfrageentwicklung des neuen preisgünstigen TagesTickets zu beobachten und zunächst keine weiteren Änderungen am Angebot vorzunehmen.

Platz: 62

Vorschlag Nr. 51978

Kinder kostenlos in öffentlichen Verkehrsmitteln fahren lassen

Wer als Familie gemeinsam mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist und keine Monatskarten besitzt, bezahlt für einen Spaziergang im Grünen viel zu viel! Kinder sollten, wenn sie mit ihren Eltern/einem Elternteil gemeinsam unterwegs sind kostenlos, zumindest bis 14 Jahren, mitfahren dürfen. So handhabt das auch die Deutsche Bahn. Das finde ich super! Die Eltern zahlen - die Kinder fahren kostenlos mit!

positive Wertungen: 798

negative Wertungen: 138

Stellungnahme der Verwaltung

Kinder unter 6 Jahre können im VVS kostenlos fahren. Es ist in Deutschland in allen Verkehrsverbänden üblich, dass Kinder ab 6 Jahre den halben Fahrpreis bezahlen. Lediglich bei der Bahn können mitfahrende Kinder bis 14 Jahre in Begleitung der Eltern oder Großeltern kostenlos mitfahren. Im VVS gibt es eine Reihe von Mitnahmemöglichkeiten. So können am Wochenende und feiertags Inhaber eines Zeittickets bis zu drei bzw. alle eigenen Kinder (bis einschließlich 17 Jahre) kostenlos mitnehmen. Außerdem wurde das GruppenTagesTicket mit der Tarifreform ab 1. April 2019 deutlich im Preis ermäßigt. Mit dem GruppenTagesTicket können ebenfalls alle eigenen Kinder mitgenommen werden. Es wird daher vorgeschlagen, an der jetzigen Regelung keine Änderungen vorzunehmen und die Nachfrageentwicklung beim GruppenTagesTicket zu beobachten.

Platz: 63

Vorschlag Nr. 50869

Bezahlbaren Wohnraum für Familien schaffen

Bezahlbaren Wohnraum für Familien schaffen durch sozialen Wohnungsbau. Inzwischen sind Wohnung auch für Normal- bis Besserverdiener nicht mehr bezahlbar.

positive Wertungen: 795

negative Wertungen: 65

Stellungnahme der Verwaltung

Durch das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell wird überall dort, wo neues Planungsrecht für Wohnnutzungen entsteht, vom Investor ein fester Anteil der neu geschaffenen Wohnfläche für den geförderten Wohnungsbau gefordert. Aktuell wurde diese Quote durch Gemeinderatsbeschluss vom 09.05.2019 von 20 auf 30 Prozent heraufgesetzt. Damit die Wohnungen auch tatsächlich zeitnah entstehen, werden diese vertraglich mit einer Bauverpflichtung belegt. Darüber hinaus sind auf der Fläche für den geförderten Wohnungsbau zu 2/3 allgemeine Sozialmietwohnungen herzustellen. Das verbleibende Drittel wird dann als Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher bzw. als preiswerte Eigentumswohnungen gebaut.

Entsteht neuer Wohnraum auf ehemals städtischen Grundstücken, so beträgt der Anteil, der für den geförderten Wohnraum zur Verfügung zu stellen ist mindestens 50 Prozent.

Neben der Förderung des Landes Baden-Württemberg für die allgemeinen Sozialmietwohnungen unterstützt die Landeshauptstadt Stuttgart mit den Förderprogrammen "Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher" und "Preiswertes Wohneigentum" die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

Für die Umsetzung sind beispielsweise Flächen im NeckarPark Bad Cannstatt, auf dem Schoch-Areal (Wiener Platz) in S-Feuerbach oder auf dem ehemaligen Gelände des Bürgerhospitals in der Vorbereitung.

Platz: 64

Vorschlag Nr. 50840

1. Klasse in S-Bahnen abschaffen - Mehr Platz für alle Fahrgäste

Die S-Bahnen werden Platzmäßig leider vor allen in der Rushhour nicht voll ausgenutzt. Grund hierfür sind die 1. Klasse Abteile die von nur wenigen Personen genutzt werden.

Während der gemeine Fahrgast zusammen gedrückt stehen muss finden sich in der 1. Klasse viele freie Sitze. Die Stadt Stuttgart als Teil der Region Stuttgart, die als Auftraggeber S-Bahnen beauftragt, soll dafür sorgen daß die 1. Klasse abgeschafft wird.

positive Wertungen: 794

negative Wertungen: 111

Stellungnahme der Verwaltung

Im Verkehrsvertrag des Verbandes Region Stuttgart als Aufgabenträger für die S-Bahn mit DB Regio als Betreiberin der S-Bahn ist die Vorhaltung von zwei 1.-Klasse-Abteilen pro Triebwagen vereinbart. Dabei handelt es sich lediglich um 16 Sitzplätze. Im Eisenbahnverkehr in Deutschland ist grundsätzlich eine 1. Klasse vorgesehen. Auch die meisten S-Bahn-Systeme bieten eine 1. Klasse an. Ausnahmen sind z. B. Berlin, München und Hamburg. In diesen Städten wird in der S-Bahn keine 1. Klasse angeboten. In Hamburg und München wurde die 1. Klasse erst Mitte der 1990er Jahre abgeschafft, diese war dort allerdings deutlich größer als in Stuttgart. Wenn der Verkehrsvertrag für die S-Bahn Stuttgart neu ausgeschrieben wird, kann in den Verdingungsunterlagen geregelt werden, dass die 1. Klasse nicht mehr angeboten wird. Dadurch werden aber keine zusätzlichen Sitzplätze gewonnen und Stehplätze können in den beiden Abteilen, die sich ganz vorne direkt hinter dem Führerstand befinden, wegen der Fluchtwege nicht ausgewiesen werden.

Platz: 65

Vorschlag Nr. 53609

Wohnraum für heimat-obdachlose Jugendliche und junge Erwachsene schaffen

Mehr als 700 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene haben in Stuttgart kein Zuhause. In Deutschland sind es circa 32.000. Das "Housing First" Prinzip haben wir aufgegriffen und engagieren uns dafür aktiv in Stuttgart.

Mit der Vision des nachhaltigen Wohnkonzepts »ENDLICH – Urbanes Wohnkonzept SocialLab 0711« engagieren wir uns nicht nur für die Reintegration in die Gesellschaft und das »Ankommen« in einem Zuhause unserer jungen obdach- und heimatlosen Stuttgarterinnen und Stuttgarter, sondern auch für die Betreuung in WG-artiger Wohnraumgliederung und bereichsübergreifender Unterstützung in allen Lebensaufgaben. Der Komplex der gesucht wird, beinhaltet die WG-Räumlichkeiten mit unseren Vereinsräumen sowie die Mehrzweckhalle (Nachhilfeunterricht, Sport, Kunst, Jugend- und Gewaltprävention etc.) und wird weiteren Kindern und Jugendlichen aus Stuttgart für Kurse, Unterricht usw. zur Verfügung gestellt. Nach unserem Motto »Gemeinsam für eine bessere Region Stuttgart« binden wir dabei alle Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen ein und konnten uns bereits die Unterstützung aus unterschiedlichen Bereichen wie z.B. Psychologie, Architektur, Bauwesen und Innenraumausstattung sichern. Ebenfalls haben wir die Unterstützung der Partei DiB und einigen Stuttgarter Schulen mit deren Schülerinnen und Schülern für unsere Petition des Bürgerrats gewinnen können.

Schließen Sie sich an – gemeinsam können wir für die nächste Generationen die Region verbessern.

positive Wertungen: 790

negative Wertungen: 69

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart verfügt über ein sehr gut ausgebautes und vielfältiges Hilfesystem für Menschen in Wohnungsnot. Zum Stichtag 01.05.2019 gibt es in Stuttgart 1.863 Plätze in betreuten Wohnangeboten nach § 67 SGB XII (Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten). Von diesen 1.863 Plätzen sind 158 Plätze ausschließlich jungen Erwachsenen, also Wohnungslosen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren vorbehalten.

Neben den betreuten Wohnangeboten erhalten junge erwachsene Wohnungslose in der Zentralen Beratungsstelle für junge Erwachsene der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e.V. eine umfassende Beratung und werden von dort aus bei Bedarf zu weiterführenden Hilfsangeboten, z.B. der Suchthilfe, der Schuldnerberatung oder der Sozialpsychiatrie, vermittelt. Mit dem Projekt Libero des Caritasverband für Stuttgart e.V. existiert zudem ein innovatives Projekt zur Heranführung junger Wohnungsloser an den Arbeitsmarkt.

Minderjährige, die ihr Elternhaus verlassen, finden in den Einrichtungen der Jugendhilfe Unterkunft und Beratung sowie Zugang zu den Leistungen der Jugendhilfe und anderen materiellen und immateriellen Hilfen. Es gibt keine Notwendigkeit aus der Not heraus, auf der Straße zu leben.

Für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die selbstgewählt auf der Straße leben, steht das von der Stadt mitfinanzierte Angebot "Schlupfwinkel" von Caritasverband und Evangelischer Gesellschaft zur Verfügung. Das niederschwellige Angebot hat rund 600 Besucher jährlich. Im Schlupfwinkel erhalten die Besucherinnen und Besucher medizinische Beratung, Möglichkeiten zur Körperpflege und Reinigung der Kleidung sowie Beratung für alle Lebensfragen.

Der im Vorschlag Nr. 53609 genannte Verein "Children First e.V." ist bisher im Hilfesystem der Stuttgarter Wohnungsnotfallhilfe nicht aktiv und auch nicht Bestandteil des umfassenden Gremiensystems der sozialen Träger, des Sozialamts und des Jobcenters.

Der im Vorschlag genannte Ansatz "Housing First" ist ein bekanntes Fachkonzept innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe, dessen Umsetzung für Wohnungslose zahlreiche Vorteile mit sich bringt und von der Sozialverwaltung befürwortet wird.

Ebenso wie im Vorschlag beschrieben, sieht auch die Sozialverwaltung einen zusätzlichen Bedarf an Unterstützungsangeboten für junge Wohnungslose, die häufig mit unterschiedlichen Problemlagen wie z.B. Sucht oder psychischen Problemen konfrontiert sind. Um für diese Gruppe zusätzliche, themenübergreifende und am individuellen Hilfebedarf orientierte Unterstützungsangebote zu schaffen, wird am Wiener Platz in Stuttgart Feuerbach auf Initiative der Sozialplanung des Sozialamts ein neues Wohnangebot mit insgesamt 25 Plätzen

entstehen. Umgesetzt wird das Projekt in einer Kooperation der Baugenossenschaft Neues Heim e.V. mit den sozialen Trägern Evangelische Gesellschaft Stuttgart e.V. und Diakonie Stetten e.V.

Die Schaffung zusätzlichen Wohnraums für junge Wohnungslose, wie in Vorschlag 53609 beschrieben, wird von der Sozialverwaltung absolut unterstützt. Um das genannte Konzept "ENDLICH - Urbanes Wohnkonzept SocialLab 0711" beurteilen zu können, wird jedoch eine Darstellung konzeptioneller Inhalte benötigt, aus der hervorgeht, wie die bereichsübergreifende Unterstützung genau aussieht und welche Qualifikationen die Unterstützerinnen und Unterstützer aufweisen. Die Initiatoren des Vorschlags 53609 können sich diesbezüglich an die Abteilung Sozialplanung des Sozialamts wenden.

Platz: 66

Vorschlag Nr. 50606

Radwege sicherer machen

Die Radwege in Stuttgart müssen sicherer werden. Es reicht nicht aus nur ein paar Striche auf die Fahrbahn zu malen oder Fußgängerwege für Radfahrer freizugeben. Das kostet natürlich Geld und dort wo nicht genügend Platz ist, geht dies auch zulasten anderer Verkehrsteilnehmer. Radfahrer sollten anderen Verkehrsteilnehmern gleichgestellt werden.

positive Wertungen: 789

negative Wertungen: 103

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Das Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein.

Die gemeldeten Einzelfälle werden geprüft und im Rahmen des Fahrradkonzeptes nach Möglichkeiten gelöst. Künftig sollen grundsätzlich Fahrradwege und Fußwege getrennt geführt werden. Um diese Führungsform verwirklichen zu können, müssen die vorhandenen Verkehrsflächen neu aufgeteilt werden. Dies ist derzeit in Bearbeitung.

Platz: 67

Vorschlag Nr. 53734

Sozialen Wohnungsbau fördern

Wenn in Stuttgart gebaut wird, dann sind es meist "Premium" und "Luxus" Wohnungen. Das kann auf Dauer einer Stadt nicht gut tun. Daher: das Bauen günstiger machen und sozialen Wohnungsbau fördern. Am besten in der Form, dass die Stadt selber Wohnungen baut und nicht, dass Investoren die Wohnungen bauen. Denn es ist klar: Investoren wollen damit innerhalb kurzer Zeit Geld verdienen. Aber der Stadt sollte es reichen, wenn sie die Baukosten über mehrere Jahrzehnte wieder durch die Mieten wieder reinbekommt. Zudem bleibt damit die Stadt "bunt". Die Steigerung der Mieten sollten so auch auf das Niveau der allgemeinen Inflation begrenzt werden können.

positive Wertungen: 787

negative Wertungen: 72

Stellungnahme der Verwaltung

Durch das Stuttgarter Innenentwicklungsmodell wird überall dort, wo neues Planungsrecht für Wohnnutzungen entsteht, vom Investor ein fester Anteil der neu geschaffenen Wohnfläche für den geförderten Wohnungsbau gefordert. Aktuell wurde diese Quote durch Gemeinderatsbeschluss vom 09.05.2019 von 20 auf 30 Prozent heraufgesetzt. Damit die Wohnungen auch tatsächlich zeitnah entstehen, werden diese vertraglich mit einer Bauverpflichtung belegt. Darüber hinaus ist die Fläche für den geförderten Wohnungsbau zu 2/3 für allgemeine Sozialmietwohnungen herzustellen. Das verbleibende Drittel wird dann als Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher bzw. als preiswerte Eigentumswohnungen gebaut.

Entsteht neuer Wohnraum auf ehemals städtischen Grundstücken, so ist der Anteil, der für den geförderten Wohnraum zur Verfügung zu stellen ist mindestens 50 Prozent.

Neben der Förderung des Landes Baden-Württemberg für die allgemeinen Sozialmietwohnungen unterstützt die Landeshauptstadt Stuttgart mit den Förderprogrammen "Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher" und "Preiswertes Wohneigentum" die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum.

Im Juli 2017 hat der Gemeinderat für sechs einzeln aufgeführte Flächen im Einvernehmen mit den Vertretern der Wohnungswirtschaft eine erhöhte Quote für den geförderten Wohnungsbau beschlossen. In diesen Gebieten beträgt der Anteil des sozialen Mietwohnungsbaus 60%. Weitere 20% sind für Mietwohnungen für mittlere Einkommensbezieher und preiswertes Wohneigentum vorgesehen. Im einzelnen handelt es sich um folgende Gebiete: Schoch-Areal (Feuerbach), Klagenfurter Straße (Feuerbach), Neckarpark 1. und 2. Bauabschnitt (Bad Cannstatt), Bürgerhospital/Türlenstraße (Stuttgart-Nord), Olga-Areal (S-West) und Böckinger Straße (Zuffenhausen). Die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Schaffung der Wohnungen sind gerade in der Erarbeitung.

Im November 2017 hat der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart beschlossen, den Wohnungsbestand der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) zu erhöhen, wo immer dies möglich ist. Der aktuelle Wohnungsbestand der SWSG beträgt 18.504 Wohnungen, darunter 12.932 geförderte bzw. belegungsgebundene Wohnungen. Aktuelle bzw. anstehende SWSG-Wohnungsbaumaßnahmen sind beispielsweise die Keltersiedlung in S-Zuffenhausen, in der Kaindlstraße in S-Büsnau, im Hausenring, S-Weilimdorf oder im Baufeld 1 des Olga-Areals.

Platz: 68

Vorschlag Nr. 51117

Silvesterfeuerwerksverzicht um den Feinstaub in der Luft zu reduzieren

So einfach funktioniert es: Jede/-r von uns verzichtet freiwillig auf Silvesterfeuerwerk jeglicher Art.

So genial wirkt es:

Damit sparen wir an einem Tag in Summe bis zu 10% der jährlichen Feinstaubbelastung durch Kraftfahrzeuge ein.

Trotzdem:

Es ist kein Kompletterverzicht auf diese schöne Tradition. Jeder Stadtteil bekommt sein kleines zentrales Feuerwerk, schadstoffarm und pünktlich um Mitternacht. Bezahlt von der Stadt, Spendern und Sponsoren. Und alle Kirchenglocken läuten.

Warum?

Weil Stuttgart eine traurige Spitzenposition bei der Feinstaubbelastung hat. Wir haben hier eine gesundheitsschädliche Luftverschmutzung, die traurigerweise rekordverdächtig ist. Am 1. Januar 2017 (der Tag nach dem Geböllere) wurde ein Spitzenwert von 174 Mikrogramm gemessen. Und das bei EU-Normgrenze von 50 Mikrogramm.

Noch was?

Ja, außer der viel besagten Luftqualität für uns alle, gibt es noch zahlreiche weitere positive Effekte:

- Weniger Todesfälle und Atemwegserkrankungen
- Keine Verletzten und keine Brände durch unkontrollierte Feuerwerkskörper
- Haustiere aller Art geraten nicht mehr in Angst und Panik wegen des omnipräsenten Lärms
- Keine Erinnerung an traumatische Geräusche von Kriegen oder Gewalttaten
- Vermeidung des riesigen Müllaufkommens (zum Teil kaum zu entsorgen)
- Einsparung der städtischen Sonderreinigungskosten
- Weniger Rohstoffvergeudung
- Verbesserung der Ökobilanz (die allermeisten der Feuerwerkskörper kommen aus China und Fernost)

Unabhängig des Verzichts auf privates Feuerwerk sind selbstredend alle weiteren Maßnahmen und Initiativen zur Verbesserung und Vermeidung von Feinstaubemissionen begrüßens- und unterstützenswert.

Frisches Denken für frischere Luft: www.stuttgart-holt-luft.de

PS: Warum soll man auf etwas verzichten, was üblich und traditionsreich ist? Ganz einfach: Weil es Sinn macht! Ganz genauso wie man aufgehört hat, in Restaurants, Zugabteilen oder Flugzeugen zu rauchen.

positive Wertungen: 787

negative Wertungen: 201

Stellungnahme der Verwaltung

Ein freiwilliger Verzicht auf das Abfeuern von Feuerwerkskörpern wird seitens der Verwaltung aus Umweltschutzgründen befürwortet. Für ein generelles Verbot fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage. Weder aus Gründen des Gesundheitsschutzes noch aus Gründen der Verhinderung von Feinstaubbelastungen kann ein solches Verbot seitens der Verwaltung angeordnet werden. Derzeit wird in einer Arbeitsgruppe geprüft, ob das Abfeuern privater Feuerwerkskörper in einer großen, dichtgedrängten Menschenmenge eine polizeirechtlich relevante Gefahr für die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit darstellt, die zumindest ein Feuerwerksverbot auf dem Schlossplatz und dessen unmittelbarem Nahbereich rechtfertigen würde.

Platz: 69

Vorschlag Nr. 51517

Städtischen Wohnungsbau fördern

Die Stadt sollte eigene Wohnungen bauen oder erwerben und sie sozial Schwachen zur Verfügung stellen. Ein Vorbild wäre Wien, wo es dadurch trotz Großstadt viele bezahlbare Wohnungen gibt. Diese Wohnungen sollten durchaus auch in interessanten Lagen erstellt werden, um eine Ghettoisierung zu vermeiden.

positive Wertungen: 786

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Im November 2017 hat der Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart beschlossen, den Wohnungsbestand der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG) zu erhöhen, wo immer dies möglich ist. Zwischenzeitlich konnte die SWSG bereits in einem Fall die geförderten Wohnungen eines Investors erwerben, da dieser nicht im Segment der Wohnungsvermietung tätig ist.

Der aktuelle Wohnungsbestand der SWSG beträgt 18.504 Wohnungen, darunter 12.932 geförderte bzw. belegungsgebundene Wohnungen. Aktuelle bzw. anstehende SWSG-Wohnungsbaumaßnahmen sind beispielsweise die Keltersiedlung in S-Zuffenhausen, in der Kaindlstraße in S-Büsnau, im Hausenring, S-Weilimdorf oder im Baufeld 1 des Olga-Areals.

Platz: 70

Vorschlag Nr. 51881

Neckartalradweg wieder öffnen

Der Neckartalradweg war einer der wichtigen Radwege der Region, er verband Stuttgart über Bad Cannstatt – Untertürkheim – Esslingen mit Plochingen. Leider wurde er 2016 auf mehreren Kilometern bei Untertürkheim geschlossen und abgesperrt. Die „Umleitung“, die durch ein Industriegebiet führt, verärgert alle Verkehrsteilnehmer, Kfz- wie Fahrradfahrer.

Daher die dringende Bitte, den vielen Radlern wirklich fehlenden Weg bald wieder zu eröffnen.

positive Wertungen: 784

negative Wertungen: 49

Stellungnahme der Verwaltung

Der Neckartalradweg zwischen Bad Cannstatt, Esslingen und Plochingen muss im Bereich Untertürkheim wegen der umfangreichen Bauarbeiten im Zusammenhang mit dem Bahnprojekt Stuttgart-Ulm für längere Zeit unterbrochen werden. Die Stadtverwaltung hat sich in Abstimmung mit der Bahn im Rahmen der Möglichkeiten um eine einigermaßen gleichwertige Umleitung bemüht. Die alte Strecke wird nach Abschluss der Bauarbeiten wieder freigegeben.

Platz: 71

Vorschlag Nr. 53082

Hallenbäder Öffnungszeiten nicht einschränken

Keine Einschränkung bei den Öffnungszeiten der Bäder für die Allgemeinheit

positive Wertungen: 784

negative Wertungen: 54

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart (inkl. Hallenbad Untertürkheim) untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich im Sommer 2019 wieder mit der Thematik befassen.

Platz: 72

Vorschlag Nr. 52182

Radwegenetz ausbauen

Radwegenetz in ganz Stuttgart ausbauen - richtige Fahrradtrassen bauen, auf denen auch Kinder problemlos und gefahrlos radeln können.

positive Wertungen: 784

negative Wertungen: 129

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes und sicheres Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein. Unter den geplanten Maßnahmen befinden sich unter anderem Fahrradstraßen als mögliche Lösung für sichere Fahrradführung.

Platz: 73

Vorschlag Nr. 51145

Kostenlosen oder 1-Euro-Eintritt am Sonntag für Stuttgarter Museen einführen (wie in München)

Das würde mehr Menschen in sonst leere sonntägliche Stuttgarter Innenstadt locken, die Stadt am Sonntag beleben und für Mehreinnahmen sorgen.

positive Wertungen: 783

negative Wertungen: 78

Stellungnahme der Verwaltung

Es ist ein großes Anliegen der Landeshauptstadt Stuttgart, allen Zielgruppen den Zugang zu kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang wurde das Thema „Freier Eintritt in Stuttgarter Museen“ bereits ausführlich diskutiert. Zu den städtischen Museen gehören das Kunstmuseum Stuttgart und das StadtPalais mit den angeschlossenen Museen Hegel-Haus, städtisches Lapidarium, Stadtmuseum Bad Cannstatt und Heimatmuseen Möhringen und Plieningen.

Seit Eröffnung des StadtPalais im April 2018 gilt für den Besuch der Dauerausstellungen und der angeschlossenen Museen: Freier Eintritt für jedermann und an jedem Tag. Nur für den Besuch der Sonderausstellungen wird, je nach Bedeutung und Aufwand, ein Eintrittspreis erhoben. Jedoch gibt es auch hier für Kinder, Schüler, Studenten, Schwerbehinderte, Personen im freiwilligen sozialen Jahr, Begleitpersonen von Schwerbehinderten ab 80 % Behinderung sowie Inhaber der Bonuscard und Kultur freien Eintritt. Das Kunstmuseum Stuttgart wiederum gewährt freien Eintritt und Ermäßigungen für Kinder unter 13 Jahren und für weitere berechtigte Personenkreise.

In Stuttgart gibt es noch viele weitere Museen in unterschiedlicher Trägerschaft. Hier werden die Eintrittspreise von den jeweiligen Trägern festgelegt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 74

Vorschlag Nr. 50152

Grünes Stuttgart gegen Überhitzung erschaffen

Mehr Bäume, Blumen und Pflanzen in ganz Stuttgart gegen eine Überhitzung im Sommer. Grün kühlt die Stadt deutlich runter.

positive Wertungen: 782

negative Wertungen: 45

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 und 2018/19 wurden für das Programm "Neues Grün in der Stadt" dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen erfolgreich Baum- und Gehölzpflanzungen im Stadtgebiet erfolgten.

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einer dritten Neuauflage des Programms "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um mit verschiedenen Maßnahmenpaketen Grünstrukturen zur Verbesserung des Stadtklimas realisieren zu können. Die Maßnahmenpakete umfassen sowohl die Neuanlage von Baumstandorten und Blumenwiesen, als auch die Sanierung bestehender, vergreister Grünstrukturen.

Platz: 75

Vorschlag Nr. 50634

Bäume für den Marienplatz pflanzen

Der Marienplatz ist umringt von Bäumen, aber auf dem Platz selbst kein einziger Baum. Studien zeigen, dass Straßenzüge mit Bäumen deutlich kühler sind als ohne Bäume (teilweise ein Unterschied von 5 Grad Celsius). Bei den nun immer heißer zu erwartenden Sommern wären zusätzliche Bäume auf dem Platz also ein Segen. Schon im letzten Sommer waren die eher hohen Temperaturen gerade auf dem Marienplatz deutlich zu spüren und unerträglich.

positive Wertungen: 781

negative Wertungen: 82

Stellungnahme der Verwaltung

Aufgrund des Urheberrechts der Planer ist es nicht möglich, auf dem Marienplatz Bäume zu pflanzen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Süd lehnt diesen Vorschlag ab. Am Rand des Marienplatzes gibt es zwei durchgehende Baumreihen, die im Sommer Schatten spenden. Zusätzliche Baumstandorte auf der Platzfläche lassen sich wegen des darunterliegenden Bunkers nur mit Einschränkungen verwirklichen. Sie würden außerdem die Nutzung des Platzes für Veranstaltungen deutlich einschränken. Für sportliche Aktivitäten steht im Stuttgarter Süden z.B. der aufgewertete Südheimer Platz zur Verfügung.

Platz: 76

Vorschlag Nr. 52125

Private Feuerwerke an Silvester verbieten, Feinstaub und Müll reduzieren

Überall in Stuttgart findet man sogar im Februar noch Überreste der Silvesternacht.

Die privaten Feuerwerke sind nicht nur gefährlich, sondern auch umweltschädlich. Alleine in den ersten zwei Stunden des Jahres werden die Feinstaub Maximalwerte um ein Vielfaches überschritten. In den Silvestertagen werden rund 4.500 Tonnen Feinstaub frei gesetzt, diese Menge entspricht in etwa 15,5 Prozent der jährlich im Straßenverkehr verursachten Feinstaubmenge. Zudem werden Unmengen an Müll produziert, die danach die Stadt und das Umland verdrecken.

positive Wertungen: 781

negative Wertungen: 199

Stellungnahme der Verwaltung

Ein freiwilliger Verzicht auf das Abfeuern von Feuerwerkskörpern wird seitens der Verwaltung aus Umweltschutzgründen befürwortet. Für ein generelles Verbot fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage. Weder aus Gründen des Gesundheitsschutzes noch aus Gründen der Verhinderung von Feinstaubbelastungen kann ein solches Verbot seitens der Verwaltung angeordnet werden. Im Vorgriff auf den Jahreswechsel 2019/2020 wird die Verwaltung prüfen, inwieweit ein zentrales Feuerwerk mit einem teilweisen Verbot von privaten Feuerwerken eine Verbesserung der Belastung bringen kann. Ebenfalls wird ein Reinigungskonzept mit dem AWS abgestimmt.

Platz: 77

Vorschlag Nr. 51372

Bäderkonzept 2030 ist eine Zumutung. Hallenbäder offen lassen und Kursangebot erhalten!

Die im Bäderentwicklungsplan 2030 (bitte lesen! unter <https://www.stuttgart.de/external/show/ratsdokumente> nach Bäderentwicklungsplan suchen.)

vorgestellten Ideen sind der Öffentlichkeit sowie teilweise den Bezirksbeiräten bisher nicht transparent genug präsentiert worden. Schon die extreme Einschränkung der Öffnungszeiten ist eine Zumutung. Unvorstellbar ist, dass es in Hallenbädern den ganzen Sommer hindurch keine Kurse von städtischen oder privaten Schwimmlehrern geben soll, die damit zum Teil ihre langjährige berufliche Existenz komplett aufgeben müssen. Wir sind wie viele andere beim Schwimmkurs in Heslach, weil das Angebot der Vereine im Stuttgarter Westen absolut unzulänglich ist und Plätze für Seepferdchenkurse wenn nicht gleich unter der Hand, dann zumindest innerhalb weniger Stunden am Tag ihrer Bekanntmachung voll belegt sind. Besondere Kurse wie Babyschwimmen etc. werden oftmals von Vereinen gar nicht erst oder kaum angeboten. Wer einmal unter der tollen neuen Schwimmfit-Seite der Stadt nach Kursen im Stadtgebiet Stuttgart gesucht hat, war dem blanken Hohn von null Ergebnissen der Suche sicher schon ausgesetzt.

Davon abgesehen sehe ich es auch nicht ein, zum Schwimmenlernen eine Vereinsmitgliedschaft abschließen zu müssen. Und selbst wenn ich es täte - ich habe noch die Worte der MTV-Lehrerin im Ohr, dass ein Schwimmkurs nur gelingt, wenn man auch jedes Wochenende fleißig übt. Nun frage ich mich: nur wo? Doch sicher nicht im Leuze, wo uns Rentner mehr als einmal einen Vortrag darüber gehalten haben, dass dies ein Mineral- und kein Spaßbad sei? Denn nach dem Bäderentwicklungsplan hätte sonntags im Stadtgebiet noch genau EIN Hallenbad offen.

Wir hatten uns wirklich gefreut, dass seit diesem Jahr der Eintrittspreis für die Kleinsten gestrichen wurde. Jetzt fürchte ich auch zu wissen, warum: Sie sind offenbar als Privatbesucher gar nicht mehr willkommen.

positive Wertungen: 779

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart (inkl. Hallenbad Untertürkheim) untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann

im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich im Sommer 2019 wieder mit der Thematik befassen.

Durch die Reduzierung des Kursangebots während der diesjährigen Freibadsaison werden die dadurch zusätzlich zur Verfügung stehenden Beschäftigten zur Unterstützung im Aufsichtsbereich eingesetzt. Wichtig ist hierbei zu erwähnen, dass diese betriebliche Entscheidung vorerst nur für dieses Jahr getroffen wurde, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die Kurse von Vereinen und privaten Schwimmschulen über die städtische Initiative schwimmfit (<https://www.schwimmfit-stuttgart.de>) sind davon nicht betroffen. Diese finden auch während der diesjährigen Freibadsaison sowie in Zukunft in unseren Hallenbädern statt.

Platz: 78

Vorschlag Nr. 53628

Radwege Feuerbach verbinden und Zentrale Fahrradstraße mit Verbindungen zu den umliegenden Stadtbezirken schaffen

Mehrere Vorschläge behandeln Teilstücke von Radwegen in Feuerbach. Und tatsächlich ist das Radnetz in Feuerbach ein Flickwerk. Wir benötigen ein funktionierendes, zusammenhängendes Radwegenetz. Deshalb habe ich versucht etliche Vorschläge zu einem gesamten zusammenzufassen.

1. Burgenlandstraße zur Fahrradstraße als zentrale Radverkehrsachse zwischen Stuttgarterstr und Wienerstr schaffen:

Mit dem neuen Wohngebiet auf dem Schochareal entsteht eine direkte Verbindung zum Bahnhof. Von hier könnte eine Fahrradstraße bis zur Durchführung auf die Stuttgarterstr geschaffen werden. Auf der gesamten Burgenlandstraße wären Radfahrer der bestimmende Verkehrsangeber. Die Querstraßen welche die Burgenlandstr kreuzen könnten mit Stoppstellen versehen werden um Radfahrern ungehinderte Fahrt zu bieten. Durch die geplante Verlegung der B295 auf die Borsigstr wäre das möglich.

2. Salzburgerstraße durch Klagenfurterstr in Nordrichtung und Linzerstr in Südrichtung an die Burgenlandstr anschließen: Dazu Beschilderung verbessern und Radüberwege über Wienerstr schaffen. Radstreifen auf der Wienerstr vor dem Gymnasium wird in dieses Konzept integriert. Über die Salzburgerstraße kommt man auf die Weilimdorferstr oder den Radweg an der Föhrichstr Richtung Weilimdorf.

3. Siemensstr im Bereich vor dem Hotel den Geh und Radweg ausbauen.

4. Pöchlernerstr zur Fahrradstraße aufwerten. Durch neues Schochareal könnte über Pöchlernerstr und Tunnelstr eine Verbindung zwischen Burgenlandstr beim Bahnhof und Pragsattel schaffen.

5. Wernerstr als Verlängerung der Pöchlernerstr als Verbindung vom Bahnhof nach Zuffenhausen.

6. Kruppstr als Fahrradstraße aufwerten um vom Bahnhof durch Unterführung unter den Gleisen eine Verbindung nach Feuerbach Ost zur Heilbronnerstr zu schaffen. Verbindung durch Untertunnelung der Heilbronnerstr zum Radweg nach Zuff.

7. Leobenerstr zwischen Stuttgarterstr und Oswald-Hesse-Str gegen die Fahrtrichtung für Radfahrer erlauben. Verbindung nach Botnang.

positive Wertungen: 779

negative Wertungen: 136

Stellungnahme der Verwaltung

Derzeit wird geprüft, ob in der Burgenlandstraße eine Fahrradstraße eingerichtet werden kann. In diesem Zusammenhang werden auch die Anschlüsse, beispielsweise der Salzburger Straße, untersucht. Im Zuge der beabsichtigten Realisierung der Hauptradroute 6 im Jahr 2020 wird die Strecke zwischen Bahnhof Feuerbach bzw. der Stuttgarter Straße und dem Pragsattel untersucht. Auch die Verbindung vom Bahnhof Feuerbach über die Wernerstraße in Richtung Zuffenhausen wird überprüft. In der Kruppstraße wird die Einrichtung einer Fahrradstraße untersucht. In der Leobener Straße wird geprüft, ob der Einbahnstraßenabschnitt zwischen der Stuttgarter Straße und der Oswald-Hesse-Straße für den Radverkehr in Gegenrichtung geöffnet werden kann.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach fordert ein Radwegekonzept für innerorts sowie für die Verbindung in die benachbarten Stadtbezirke unter Einbeziehung der Vorschläge aus dem Bürgerhaushalt. Beratungsergebnis: 11 Zustimmungen, 1 Enthaltung.

Platz: 79

Vorschlag Nr. 51037

Verkehrinseln mit Blumen für Wildbienen und Schmetterlinge bepflanzen

In Stuttgart Nord, im Kessel unten, leiden die Bürger verstärkt an dem Feinstaub, insbesondere durch die Bauarbeiten für Stuttgart 21. Man schlägt 2 Fliegen mit einer Klappe, wenn man die Verkehrinseln mit Blumen bepflanzt für Wildbienen und Schmetterlinge. Zudem ist es auch ein Beitrag für eine verbesserte Luftqualität. Auch Lavendel, Rosmarin und Thymian-Büsche sind zweckmäßig, da sie auch gleichzeitig Duft versprühen. Anwohner könnten sich im Sinne von Urban Gardening um diese Pflanzen kümmern.

positive Wertungen: 778

negative Wertungen: 52

Stellungnahme der Verwaltung

Die Landeshauptstadt Stuttgart ist bestrebt, neue Flächen als Insektenweide anzulegen. So werden derzeit die Bäume an der Heilbronner Straße, die wegen dem Bau der Stadtbahnlinie U12 gefällt werden mussten, nachgepflanzt und in diesem Zuge eine Blumenwiese eingesät. Urban Gardening oder Pflegepatenschaften im direkten Bereich von stark befahrenen Straßen kann unter anderem aus Unfallschutzgründen leider nicht zugestimmt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord befürwortet den Vorschlag einstimmig.

Platz: 80

Vorschlag Nr. 51620

Schulen sanieren

Schulen zumindest soweit sanieren, dass Grundbedürfnisse wie funktionierende Sanitärräume und kein Schimmel vorhanden sind.

positive Wertungen: 776

negative Wertungen: 31

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des vom Gemeinderat beschlossenen Sonderprogramms Schulsanierungen wird der Sanierungsstau schrittweise abgebaut.

Die Streckung des Schulsanierungsprogramms bis 2026 ist Folge der derzeit schwierigen Angebotssituation bei Bau und Handwerk. Zudem benötigen Sanierungen bei Schulbauten längere Zeit, weil sie vorzugsweise in den Schulferien – unter Berücksichtigung der Ferienbetreuung – stattfinden und sich deutlich komplexer gestalten als ursprünglich angenommen.

Die Verwaltung informiert die Schulen regelmäßig über den jeweiligen Planungsstand der Sanierungs- bzw. Investitionsmaßnahmen.

Um unabhängig vom Sanierungsprogramm an den Schulen dringende Unterhaltungsmaßnahmen vornehmen zu können, stehen im Grundbudget des Baulichen Gebäudemanagements des Schulverwaltungsamtes jährlich pro Schule durchschnittlich rund 100.000 Euro zur Verfügung. Dieser Betrag wird jährlich, dem Prinzip der Vorsicht entsprechend, den jeweils erforderlichen Unterhaltsmaßnahmen einer Schulanlage angepasst und kann in begründeten Einzelfällen umgeschichtet werden. Vorrangig müssen diese Mittel zum Erhalt der Funktionsfähigkeit und zur Herstellung der Verkehrssicherheit unserer Gebäude, Sportstätten und Außenanlagen verwendet werden.

Das Schulverwaltungsamt ist bemüht, Verfahren weiter zu beschleunigen und ist hierzu auch mit anderen Ämtern der Verwaltung im Gespräch. Um die Abwicklung von Baumaßnahmen weiter zu vereinfachen, konnte erreicht werden, dass Malerarbeiten bis zu einer Auftragsobergrenze von 12.500 Euro nun auf Antrag der Schulleitung direkt durch das Bauliche Gebäudemanagement des Schulverwaltungsamtes – unabhängig vom Hochbauamt – beauftragt werden können.

Die genannten Maßnahmen sind zur Überbrückung des Zeitraums bis zu einer umfassenden Sanierung gedacht und entsprechend vorgesehen. Aus diesem Grund können diese nur in Einzelfällen und bei dringendem Bedarf erfolgen. Eine Stückelung von Aufträgen ist aus vergaberechtlichen Gründen unzulässig.

Platz: 81

Vorschlag Nr. 51546

Radwege bauen

Es müssten mehr und sicherere Radwege gebaut werden. Der Radweg durch den Schlossgarten bzw. Sein Ende im Hauptbahnhof ist eine Katastrophe.

Der Radweg, der Richtung Wasen führt und unter der Brücke durchgeht, ist oft mit Glasscherben verunreinigt. Dann muss man ganz schön ausbalancieren, wenn man den Scherben ausweichen möchte.

Außerdem braucht es mehr Fahrradständer in der Innenstadt und vielleicht auch ein Fahrradparkhaus, wo das Rad vor Vandalismus geschützt ist. Schlecht finde ich auch die Fahrradmitnahmeregelung in den Hauptverkehrszeiten. Denn just dann, wenn man unterwegs ist mit dem Rad zur Arbeit, darf man es nicht mitnehmen.

positive Wertungen: 776

negative Wertungen: 125

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Das Ziel der Stadt ist die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030. Dann soll ein durchgehendes und sicheres Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein.

Bereits heute werden die Fahrradabstellanlagen an Bahnhöfen und in den Wohnbereichen kontinuierlich ausgebaut. Bis Ende 2019 ist die Aufstellung von diebstahlsicheren Fahrradgaragen am Hauptbahnhof geplant. Ab 2020 werden weitere diebstahlsichere Fahrradgaragen in den Wohnbereichen aufgestellt. Die SSB möchte die Kapazität in den Stadtbahnen ausweiten, eine Fahrradmitnahme wird aber dennoch weiterhin nur außerhalb der Hauptverkehrszeiten möglich sein.

Hinsichtlich der beklagten Glasscherben im öffentlichen Raum ist der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt auf Meldungen angewiesen. Dies kann über die städtische Website [stuttgart.de](https://www.stuttgart.de) geschehen: Poststelle Kundenberatung der Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS). <https://www.stuttgart.de/item/show/427854>

Platz: 82

Vorschlag Nr. 52404

ÖPNV ausbauen! Jetzt!

Die Stadtbahn in Stuttgart muss dringend ausgebaut werden. Dies müsste allerdings möglichst zeitnah geschehen, da man für neue Strecken (durch Planungsphase, Genehmigungsphase, Klagen und so weiter) viele Jahre benötigt. Ich schlage folgende Angebotsverbesserungen vor:

(Ich gehe hier von der Fertigstellung der Baustelle zwischen Hbf und Staatsgalerie aus.)

U1: Langzüge zwischen Heselach und Fellbach

U2: Hier könnte man am Vogelsang einen 2. Zugteil an- und an den Mineralbädern wieder abkoppeln, wie es in Hannover schon erfolgreich umgesetzt wird. Die Wendegleise wären vorhanden, man müsste lediglich den Abschnitt Berliner Platz-Vogelsang für 80-Meter Züge ertüchtigen.

U3: (oder U8:) Verlängerung von Vaihingen nach Birkach

U5: U5b Killesberg - Hbf - Charlottenplatz - Degerloch - Riedsee - Plieningen (möglicherweise - Birkach)
Siehe Vorschlag: 50053 wäre auch eine Verlängerung vom Killesberg zum Kräherwald möglich.

U8: (oder U3:) Verlängerung von Vaihingen nach Birkach

U9: dauerhafter Betrieb bis Botnang

U14: Verlängerung von Heselach bis Vaihingen Bahnhof (im Gegenzug zur U1)

U16: ganztägiger Betrieb zwischen Fellbach(?) und Giebel

U17: neu: Dürrelewang - SSB-Zentrum - Möhringen Freibad - Fasanenhof - Flughafen/Messe Ost

U18: neu: Stammheim - Zuffenhausen (- Mönchfeld)

U19: Verlängerungen vom Neckar Park zur Mercedes-Benz-Welt und von Neugereut nach Oeffingen/Schmidten

positive Wertungen: 774

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB investiert seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Bundes und des Landes Jahr für Jahr zig Millionen Euro in den Ausbau des ÖPNV in Stuttgart und den umgebenden Kommunen. Die SSB beabsichtigt diesen langfristigen Prozess auch in der Zukunft fortzusetzen und ist bestrebt, ihr Engagement in dieser Hinsicht sogar noch zu forcieren. Die Landeshauptstadt Stuttgart als 100%ige Eigentümerin der SSB unterstützt dieses Vorgehen bereits heute.

Platz: 83

Vorschlag Nr. 51711

Preiswerteres Tagesticket VVS

Während man in Ludwigsburg und Herrenberg für 3 € als Single fahren kann geht es bei VVS mit 5€ los. damit gewinnt man keine Fahrgäste, 2 Personen zahlen mindesten 10 Euro während die Gruppenkarte ab 2,46€ pro Person fahren kann. Bei immer mehr Singles oder Personen, die jetzt ihren Diesel eventuell verschrotten müssen, ist das immer noch nicht gut geregelt.

positive Wertungen: 774

negative Wertungen: 59

Stellungnahme der Verwaltung

Das TagesTicket wurde im Zuge der VVS-Tarifreform zum 1. April 2019 deutlich im Preis ermäßigt. Für Fahrten in Stuttgart kostet das TagesTicket jetzt nur noch 5,00 (beim Kauf mit dem Handy) bzw. 5,20 Euro (beim Kauf beim Automaten oder Busfahrer). Dies ist der günstigste Preis für ein TagesTicket unter allen Großstädten in Deutschland. Einzelne Städte subventionieren den Preis, in dem sie ein so genanntes StadtTicket (TagesTicket) für eine Person für 3,00 Euro anbieten (z. B. Ludwigsburg, Herrenberg und Esslingen). Dabei muss man bedenken, dass die Landeshauptstadt mehr als sechsmal so groß ist wie die zweitgrößte Stadt im VVS und mit einem dicht geknüpften Stadtbahnnetz auch über ein deutlich leistungsfähigeres Nahverkehrsangebot verfügt als die übrigen Städte in der Region.

Eine Absenkung des Preises auf 3,00 Euro würde Mindereinnahmen von ca. 13,5 Mio. Euro bedeuten, die von der Stadt Stuttgart zu übernehmen wären. Der Betrag ist deshalb so hoch, weil davon ausgegangen werden muss, dass ein Großteil der Kunden mit Einzel- und 4er-Tickets auf das 3-Euro-TagesTicket überwandern würden.

Platz: 84

Vorschlag Nr. 50357

Nachpflanzung von Platanen auf der Königstraße

Einige der Platanen auf der Königstraße wurden abgesägt. Es wäre wünschenswert, diese wieder nachzupflanzen und nicht unschöne Lücken als Dauerzustand zu behalten. Auch für das Stadtklima sind diese Bäume unverzichtbar.

positive Wertungen: 773

negative Wertungen: 35

Stellungnahme der Verwaltung

Gefällte Bäume werden grundsätzlich schnellstmöglich ersetzt. In der Königstraße wurden die Bäume bis auf einen Standort, der zur Zeit noch durch eine Baustelle blockiert wird, nachgepflanzt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 85

Vorschlag Nr. 53675

ÖPNV weiter ausbauen und die Verkehrsfrequenz (auch Abends und am Wochenende) erhöhen

Nur so motiviert man die Menschen zum Umstieg auf Bus und Bahn!

positive Wertungen: 770

negative Wertungen: 39

Stellungnahme der Verwaltung

In mehreren Stufen wird bei der S-Bahn bis Dezember 2020 der durchgehende 15-Minuten-Takt unter der Woche eingeführt. Gleichzeitig wird auf den wesentlichen Bahnstrecken des Regionalverkehrs ein durchgehender 30-Minuten-Takt eingeführt. Zur Erhöhung des Platzangebots und zur Ausdehnung des S-Bahn-Netzes werden zusätzliche Fahrzeuge beschafft. Dann wird in den Hauptverkehrszeiten eine durchgehende Langzugbildung möglich. Außerdem ist eine Express-S-Bahn Weil der Stadt (eventuell Calw) – Feuerbach in Planung. Der S-Bahn-Tunnel wird mit dem neuen Zugsicherungssystem ETCS ausgerüstet, mit dem der Betrieb zwischen Mitternachtstraße und Schwabstraße stabilisiert und die Taktfrequenz Schwabstraße – Vaihingen verbessert werden kann.

Auch außerhalb der S-Bahn kommen Verbesserungen: die Schönbuchbahn startet voraussichtlich am 11.09.19 mit einem 15-Minuten-Takt zwischen Böblingen und Holzgerlingen und an der Reaktivierung der Bahnstrecke Calw – Weil der Stadt wird gearbeitet. An Samstagen wird der 15-Minuten-Takt Renningen – Schwabstraße ab 09.06.19 verlängert. Außerdem wird auf den wesentlichen Regionalbahnlinien samstags ein 30-Minuten-Takt eingeführt.

Die SSB hat in den letzten Jahren insbesondere in den Abendstunden und auch am Wochenende massiv das Angebot (z.B. 15 Minuten-Takt Stadtbahn bis Betriebsschluss) ausgeweitet und wird auch in den nächsten Jahren intensiv daran arbeiten, das Angebot weiter zu verbessern. Dabei darf aber die Wirtschaftlichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Zudem stehen Ressourcen (Fahrpersonal, Fahrzeuge, ...) nicht unbegrenzt zur Verfügung, sondern müssen sukzessive aufgebaut werden.

Die SSB investiert seit Jahrzehnten mit der Unterstützung des Bundes und des Landes Jahr für Jahr zig Millionen Euro in den Ausbau des ÖPNV in Stuttgart und den umgebenden Kommunen. Die SSB beabsichtigt diesen langfristigen Prozess auch in der Zukunft fortzusetzen und ist bestrebt, ihr Engagement in dieser Hinsicht sogar noch zu forcieren. Die Landeshauptstadt Stuttgart als 100%ige Eigentümerin der SSB unterstützt dieses Vorgehen bereits heute.

Platz: 86

Vorschlag Nr. 53003

Mehr Grün im Kessel

Mehr Grün, und damit nicht nur mehr Grünanlagen, sondern auch begrünte Dächer und Fassaden, umsetzen. Sie sind wichtig fürs Klima in der Stadt.

positive Wertungen: 770

negative Wertungen: 42

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadtverwaltung hat nur begrenzte Möglichkeiten, auf die Begrünung von Gebäuden hinzuwirken. Der Großteil der Gebäude in Stuttgart ist in Privatbesitz und wurde schon vor vielen Jahren errichtet. Die Stadt ist aber bemüht, städtische Neubauten wenn möglich mit Gründächern zu versehen. Entsprechende Begrü- nungsvorschriften werden auch in allen neuen Bebauungsplänen getroffen und gelten dann auch für private Bauherren, wenn sie neue Gebäude errichten wollen. Ein Beispiel hierfür ist der Bebauungsplan NeckarPark, der eine 30-prozentige Fassadenbegrünung vorschreibt.

Mit dem städtischen Grünprogramm unterstützt das Amt für Stadtplanung und Wohnen die Bürgerinnen und Bürger seit 2014 bei Fragen rund um die Begrünung von Höfen, Dächern und Fassaden, um so Anreize für Begrünungen bestehender Gebäude zu geben. Die Koordinierungsstelle Förderprogramme Urbanes Grün bietet kostenlose Beratungen und finanzielle Unterstützung, wenn es um die Entsiegelung und Begrünung innerhalb von innerstädtisch verdichteten Räumen im privaten Bestand geht. Die zugehörige Richtlinie wird derzeit überarbeitet und soll durch angepasste Kriterien noch mehr Anreize für Bürgerinnen und Bürger schaffen, freiwillig die Gebäude und dazugehörige Freiflächen zu begrünen.

Über das Programm "Grüne Infrastruktur - Mehr Grün in der Stadt" investiert die Stadt allein in den kommenden beiden Jahren rund 11 Millionen Euro in unterschiedliche Grün-Projekte. Dahinter steckt das Verständnis, dass Grünzüge, Wälder oder Weinberge die Stadt prägen und maßgeblich zur Lebensqualität und Daseinsvorsorge beitragen.

Platz: 87

Vorschlag Nr. 52008

Villa Berg sanieren

Trotz einer groß angelegten Bürgerbeteiligung zur Zukunft der Villa Berg, die vor mehr als zwei Jahren mit einem eindeutigen Votum der Bürger zu Ende ging, wurde bis heute kein Beschluss zur Sanierung gefasst. Dieses historisch unglaublich bedeutende Gebäude muss jetzt saniert und den Bürgern wieder zugänglich gemacht werden.

positive Wertungen: 770

negative Wertungen: 45

Stellungnahme der Verwaltung

Die Vorlage zur weiteren Projektentwicklung der Villa Berg wurde am 7. Mai 2019 in den Gemeinderat eingebracht und am 23. Mai 2019 einstimmig beschlossen. Damit hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, dass die Villa Berg saniert und der Bürgerschaft umfänglich zur Verfügung gestellt werden soll. Nach diesem aktuellen Beschluss werden die Planungsleistungen für die Sanierung der Villa Berg und der Tiefgarage aufgenommen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost unterstützt diesen Antrag einstimmig.

Platz: 88

Vorschlag Nr. 52164

Förderung des Radverkehrs in der gesamten Stadt Stuttgart

Förderung des Radverkehrs in der gesamten Stadt Stuttgart. Dazu gehören:

- Ausbau ordentlicher Fahrradwege mit einer Breite von mindestens 1.50 m je Fahrtrichtung. (Was bei einem Radweg in 2 Richtungen mindestens 3m bedeutet!)
- Regelmäßige Wartung und Räumung der Hauptradrouten
- Regelmäßige Beseitigung der Autoteile und zerbrochenen Flaschen (letzteres besonders nach den Wochenenden!)
- Deutliche, erkennbare Markierungen zur Trennung des Verkehrs in folgender Priorisierung:
 1. Fußverkehr
 2. Radverkehr
 3. Kfz-Verkehr
- Sichere Fahrradabstellmöglichkeiten, auch an der Straße vor der Tür (Beispiel Fahrradboxen)
- Kostenlose, öffentliche Fahrradreparaturstationen für Jedermann
- Übersichtliche Ausschilderung von Radwegen und Radrouten
- Leihstationen für Lastenräder für Jedermann z.B. Einführung eines RegioLASTENrads

positive Wertungen: 766

negative Wertungen: 140

Stellungnahme der Verwaltung

Zur Förderung des Radverkehrs liegt ein Fahrradkonzept vor. Dieses wird ab 2020 fortgeschrieben. Ziel der Stadt ist es, die Umsetzung des Hauptradroutennetzes bis 2030 zu realisieren. Dann soll ein durchgehendes und sicheres Fahrradnetz ohne Lücken vorhanden sein.

Bis Ende 2019 ist die Aufstellung von diebstahlsicheren Fahrradgaragen am Hauptbahnhof geplant. Ab 2020 werden weitere diebstahlsichere Fahrradgaragen in den Wohnbereichen aufgestellt.

Hinsichtlich der beklagten Glasscherben im öffentlichen Raum ist der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt auf Meldungen angewiesen. Dies kann über die städtische Website [stuttgart.de](https://www.stuttgart.de) geschehen: Poststelle Kundenberatung der Abfallwirtschaft Stuttgart (AWS). <https://www.stuttgart.de/item/show/427854>

Platz: 89

Vorschlag Nr. 51397

Brachliegende Grünflächen Imkern zu Verfügung stellen und mit Wildblumen versehen

Die Stadt hat einige brachliegende Grünflächen oder Flächen, die durch die Wilhelma gemäht werden und sich als Aufstellungsort von Bienenvölkern eignen könnten. Alternativ können die Flächen mit Wildblumen versehen werden.

positive Wertungen: 765

negative Wertungen: 47

Stellungnahme der Verwaltung

Eine Umwandlung in Blühflächen mit heimischen Kräutern, Blumen oder insektenfreundlichen Stauden ist erstrebenswert und wird im Doppelhaushalt 2020/2021 nach Prüfung der Einzelflächen auf Standortverhältnisse nach Möglichkeit durchgeführt. Ein Aufstellungsort für Bienenvölker kann auf städtischen Flächen im Allgemeinen nicht angeboten werden, da die Förderung von Wildbienen und anderen heimischen Blütenbesuchern im Vordergrund steht.

Platz: 90

Vorschlag Nr. 51381

Konzept für verpackungsfreie Supermärkte fördern

Um die Müllthematik und Umweltverschmutzung in den Griff zu bekommen und Nachhaltigkeit zu fördern ist es sinnvoll, Müll von vornherein zu vermeiden. Ein Ansatz dafür könnte sein, verpackungsfreie Supermärkte/Geschäfte, am besten welche mit Fokus auf regionalen Produkten, zu unterstützen bzw. den Standort Stuttgart dafür attraktiv zu machen.

positive Wertungen: 764

negative Wertungen: 88

Stellungnahme der Verwaltung

Hierbei handelt es sich um freiwillige Leistungen von Seiten der Lebensmittelanbieter/Unternehmen. Ein direkter/unmittelbarer Einfluss durch die Landeshauptstadt Stuttgart kann nicht ausgeübt werden, da es sich um privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen handelt. Jedoch unterstützen wir jedes Vorhaben, dass das Müllaufkommen reduziert, bzw. eindämmt. Vor ein paar Jahren hat die Firma "Schüttgut" im Stuttgarter Westen eröffnet. Dort werden unverpackte Lebensmittel, z.B. Obst&Gemüse, Backwaren, Süßigkeiten oder Essige und Öle abgefüllt. Weiterhin ist bei den Lebensmittelketten zu beobachten, dass in den Obst&Gemüseabteilungen zunehmend verpackungsfreie Lebensmittel angeboten und auf Plastiktüten verzichtet oder auf Papiertüten gegen eine Gebühr umgestiegen wird.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte lehnt den Vorschlag einstimmig ab, weil fraglich ist, ob sich ein solches Konzept tatsächlich realisieren lässt.

Platz: 91

Vorschlag Nr. 53771

Das Stadtbad am Neckar erhalten

Das Stadtbad am Neckar wird gebraucht für Vereine und Schulen, damit Kinder und Jugendliche schwimmen lernen und Freude am Wassersport bekommen. Einmal in der Woche ist das Bad für alle offen. Jeden Donnerstag wird vom Roten Kreuz Wassergymnastik für 2 Gruppen je 10 Teilnehmer angeboten. Danach kommen Kindergartenkinder, die ans Wasser gewöhnt werden und vielleicht schwimmen lernen. Früh morgens kommen Berufstätige, die vor der Arbeit ihre Bahnen schwimmen. Nachmittags Mütter mit ihren Kindern und Frauen und Männer um zu schwimmen. Ich bitte Sie, erhalten Sie das Bad! In den Mineralbädern ist kein Platz für Schwimmer.

positive Wertungen: 763

negative Wertungen: 44

Stellungnahme der Verwaltung

Der Bäderausschuss des Gemeinderats hat in seiner Sitzung am 6. Oktober 2017 den Projektbeschluss für den Neubau des Sporthallenbades NeckarPark gefasst. Damit wurde auch beschlossen: „Bei Fertigstellung des Sporthallenbades NeckarPark wird der Betriebsstandort Hallenbad Cannstatt aufgegeben.“ (vgl. GRDRs 419/2017). Das neue Sporthallenbad wird das Hallenbad Cannstatt – das bekanntlich stark sanierungsbedürftig und von immer wieder vorkommenden unvorhersehbaren Ausfällen der technischen Anlagen betroffen ist – sowie die Traglufthalle über dem Sportbecken des Inselbads Untertürkheim ersetzen.

Die Eröffnung des Sporthallenbades NeckarPark ist für Anfang 2022 vorgesehen. Das Hallenbad Cannstatt wird mindestens bis Ende Juli 2022 (Schuljahresende) in Betrieb bleiben.

Das Sporthallenbad NeckarPark wird mit einem 50m-Schwimmerbecken mit einer Hubwand und einem 25m-Mehrzweckbecken mit einem Hubboden über ein sehr gutes Angebot für Schwimmer und Schwimmernde verfügen und die im Hallenbad Cannstatt und in der Traglufthalle entfallenden Wasserflächen und Nutzungszeiten von Schulen und Vereinen mehr als kompensieren.

Das Gebiet NeckarPark mit dem neuen Sporthallenbad wird an den öffentlichen Nahverkehr angebunden. Für Schulen, die das Bad innerhalb max. 15 Minuten einfacher Wegezeit – ob zu Fuß oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln – nicht erreichen können, besteht die Möglichkeit des Transports per Schulbus (vgl. GRDRs 660/2018).

Sollte das Hallenbad Cannstatt entgegen der bestehenden Beschlusslage generalsaniert werden, wäre entsprechend der Grobkostenannahme mit einem Finanzierungsbedarf von rund 13 Mio. Euro zu rechnen.

Nach der Sanierung muss weiterhin wegen der Folgekosten aus dem Betrieb und für den baulichen Unterhalt des Bades mit einem jährlichen Defizit in einer Größenordnung von 300.000 Euro bis 400.000 Euro gerechnet werden.

Der Erhalt des Hallenbades Cannstatt und dessen Betrieb parallel zum Sporthallenbad ist auch mit Blick auf einen zukünftigen Bevölkerungszuwachs in der Landeshauptstadt Stuttgart und der räumlichen Bedarfe weder zur Abdeckung der für den Schul- und Vereinssport notwendigen Nutzungszeiten, noch für einen öffentlichen Badebetrieb erforderlich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Bad Cannstatt unterstützt den Vorschlag einstimmig.

Platz: 92

Vorschlag Nr. 51535

Bäume pflanzen

Entlang der Landhausstraße zwischen Raitelsbergstraße und Ostendplatz ist reichlich Platz für die Pflanzung von Bäumen. Hier müssen nicht einmal Parkplätze entfallen, weil dort keine sind!! Das würde gerade im Sommer für eine angenehmere Aufenthaltsqualität sorgen.

Und z.B. Feinstaub aufnehmen.

positive Wertungen: 761

negative Wertungen: 41

Stellungnahme der Verwaltung

Eine erste Prüfung hat ergeben, dass in diesem Bereich sehr viele Leitungen verlegt sind, sodass dort leider keine neuen Baumstandorte geschaffen werden können.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Ost stimmt dem Vorschlag einmütig zu.

Platz: 93**Vorschlag Nr. 50273****Bessere Taktung des ÖPNV, sowie längere Fahrzeiten**

Eine bessere, sprich häufigere Taktung der U- und S-Bahnen im VVS Gebiet. In Stoßzeiten 5 Minuten maximal, sonst von mir aus 10 Minuten. Am Flughafen 20 Minuten zu warten (+ die üblichen 5 Minuten Verspätung) ist für eine Stadt mit über 600.000 Einwohnern etwas lächerlich. Außerdem sollten auch Nachts U-Bahnen und Busse fahren. Zumindest jede Stunde, besser 30 Minuten, bei den Bussen und Bahnen! Bei den Preisen die man schon für eine Monatskarte zahlt und der Einwohnerzahl dieser sogenannten Metropole, wäre das mal ein Fortschritt. Kann ja nicht sein, dass man ab 1 Uhr Nachts nicht mehr gescheit vom Osten in die Stadt kommt oder andersherum!

positive Wertungen: 761

negative Wertungen: 45

Stellungnahme der Verwaltung

In mehreren Stufen wird bei der S-Bahn bis Dezember 2020 der durchgehende 15-Minuten-Takt unter der Woche eingeführt. Gleichzeitig wird auf den wesentlichen Bahnstrecken des Regionalverkehrs ein durchgehender 30-Minuten-Takt eingeführt. Zur Erhöhung des Platzangebots und zur Ausdehnung des S-Bahn-Netzes werden zusätzliche Fahrzeuge beschafft. Dann wird in den Hauptverkehrszeiten eine durchgehende Langzugbildung möglich. Außerdem ist eine Express-S-Bahn Weil der Stadt (eventuell Calw) – Feuerbach in Planung.

Der S-Bahn-Tunnel wird mit dem neuen Zugsicherungssystem ETCS ausgerüstet, mit dem der Betrieb zwischen Mittnachtstraße und Schwabstraße stabilisiert und die Taktfrequenz Schwabstraße – Vaihingen verbessert werden kann. Bei der S-Bahn limitiert die Taktfrequenz die Stammstrecken zwischen künftig Mittnachtstraße und Schwabstraße. Die Züge können auch mit dem neuen Zugsicherungssystem nur minimal alle 2,5 Minuten hintereinander herfahren. Die 6 Linien können daher nur im 15-Minuten-Takt betrieben werden, wobei auf den Abschnitten mit mehreren Linien ein höheres Angebot besteht.

Der Bahnhof Flughafen wird von den Linien S2 und S3 im wechselnden 10-/20-Minuten-Takt bedient. Ein 10-Minuten-Takt ist wegen der Liniensystematik nicht möglich, die Trasse wird ab Rohr von der S1 benötigt. Eine Verbesserung des Angebots wird durch die sich im Bau befindliche U6 ab Ende 2021 ermöglicht. Nach Inbetriebnahme von Stuttgart 21 wird es zudem sehr schnelle Verbindungen zwischen dem Flughafen und der Stuttgarter Innenstadt geben.

Auch außerhalb der S-Bahn kommen Verbesserungen: die Schönbuchbahn startet voraussichtlich am 11.09.19 mit einem 15-Minuten-Takt zwischen Böblingen und Holzgerlingen und an der Reaktivierung der Bahnstrecke Calw – Weil der Stadt wird gearbeitet. An Samstagen wird der 15-Minuten-Takt Renningen – Schwabstraße ab 09.06.19 verlängert. Außerdem wird auf den wesentlichen Regionalbahnlinien samstags ein 30-Minuten-Takt eingeführt.

Die Taktung der Linien im Stadtbahnbereich kann nicht beliebig reduziert werden. Im Innenstadtbereich werden diverse Streckenabschnitte von fünf Linien gleichzeitig befahren. Bei einem 10 Minuten-Takt pro Linie führt das zu einer Zugfolgezeit von zwei Minuten, womit die Streckenkapazität erreicht ist. Auch sind die Haltestellenaufenthaltszeiten aufgrund der Fahrgastwechselzeit ein limitierender Faktor.

Auf hochbelasteten Strecken im Außenbereich setzt die SSB zusätzliche Linien (z.B. U16, U19, usw.) ein und erreicht damit einen 5-Minuten-Takt. Auf den anderen Abschnitten bietet die SSB mit dem ganztägigen 10-Minuten-Takt ein sehr attraktives Angebot. In den Abendstunden sinkt die Nachfrage deutlich, dennoch steht mit einem 15-Minuten-Takt bis Betriebsschluss ein sehr gutes Angebot zur Verfügung.

In den Nachtstunden sinkt die Verkehrsnachfrage so stark, dass es schwierig ist ein wirtschaftliches vertretbares Angebot umzusetzen. Dies geschieht dennoch an den sogenannten bevorzugten Ausgehtagen (Donnerstag – Samstag) mit dem Nachtbusangebot. Dies stellt einen guten Kompromiss zwischen einem für den Kunden attraktiven Angebot und einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand dar. Langfristiges Ziel der Stadt Stuttgart ist es, den Nachtverkehr auf die ganze Woche auszudehnen.

Platz: 94

Vorschlag Nr. 51898

Leo Vetterbad nicht schließen

Das Leo Vetterbad nicht schließen.

positive Wertungen: 761

negative Wertungen: 45

Stellungnahme der Verwaltung

Die Schließung des Leo-Vetter-Bads sowie des Hallenbads Heslach während der Freibadsaison 2020 wurde vorgeschlagen, um den Fachkräftemangel im Aufsichtsbereich zu bewältigen. In keinem der acht Hallenbäder der Bäderbetriebe Stuttgart gibt es Wasserflächen in den Außenbereichen. Aber gerade in der warmen und heißen Jahreszeit werden verstärkt Wasserflächen unter freiem Himmel aufgesucht. Für die Bäderbetriebe Stuttgart hat daher die uneingeschränkte Zurverfügungstellung der Wasserflächen in den Stuttgarter Freibädern eine hohe Priorität. Zudem bieten unsere Freibäder im Schnitt etwa das Dreifache an Wasserfläche im Vergleich zu den Hallenbädern. Das muss bei hohem Besucheraufkommen auch berücksichtigt werden. Zum Vergleich: Im vergangenen Jahr hatten wir trotz verkürzten Öffnungszeiten im Inselbad Untertürkheim durchschnittlich 134 Besucher pro Öffnungsstunde. Im Leo-Vetter-Bad zählten wir im Schnitt nur 26 und im Hallenbad Heslach 37 Gäste pro Öffnungsstunde.

Von Mai bis Mitte September entsteht mit der Öffnung der fünf städtischen Freibäder ein erhöhter Personalbedarf. Wir benötigen Jahr für Jahr während der Sommerbadesaison bis zu 60 zusätzliche Saison-Fachkräfte, um die umfangreichen Öffnungszeiten anbieten zu können. Wenn nur noch zwei – statt bisher vier – Hallenbäder für den öffentlichen Badebetrieb auch während der Sommersaison offengehalten werden, könnten Stammbeschäftigte aus den beiden zusätzlich geschlossenen Hallenbädern direkt in den Freibädern eingesetzt werden. Damit hätten die Bäderbetriebe Stuttgart auch wesentlich bessere Möglichkeiten, die über dem Bundesdurchschnitt liegenden Öffnungszeiten in allen fünf Freibädern ohne Einschränkungen über die gesamte Sommersaison sicherzustellen.

Der bekannte und bundesweit zu verzeichnende Fachkräftemangel führt dazu, dass die saisonal erforderliche Anzahl an Fachkräften immer schwerer zu finden ist.

Beispielsweise hatten vergangenes Jahr in ganz Deutschland Bäder mit dem Personalmangel zu kämpfen. Laut dem Landesvorsitzenden des Bundes Deutscher Schwimmmeister, Edgar Koslowski, fehlen landesweit bis zu 400 Fachangestellte für Bäderbetriebe. Bundesweit sind es sogar 2.500. Diese Zahlen machen das Ausmaß des Personalmangels deutlich.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Dem Vorschlag das Leo-Vetter-Bad nicht zu schließen, stimmt der Bezirksbeirat Ost einmütig zu.

Platz: 95

Vorschlag Nr. 53483

Kurzstreckenticket verbessern

Es ist völlig unverständlich, warum beim Kurzstreckenticket das Umsteigen nicht erlaubt ist, der Fahrgast hat eine längere Reisezeit, muss umständlich umsteigen und wird mit einem höheren Fahrpreis bestraft.

Da die Omnibusse oft große Umwege fahren und sehr dichte Haltestellen haben, sollten bei den Bussen 5 Haltestellen erlaubt werden. Der ÖPNV sollte auch auf kurzen Strecken mit dem PKW wenigstens preislich konkurrenzfähig sein.

positive Wertungen: 755

negative Wertungen: 53

Stellungnahme der Verwaltung

Seit 2006 gibt es im VVS die aktuell angewandte Regelung, wonach sich Ziele, die mit einem Kurzstreckenticket erreicht werden können, durch ganz einfaches Abzählen von Haltestellen ergeben: Ab der Einstiegshaltestelle kann man mit Bus und Stadtbahn bis zur dritten Haltestelle fahren und seit 2012 bis zur nächsten Station im Eisenbahnverkehr. Mit einem Preis von 1,40 Euro hat der VVS mit den günstigsten Kurzstreckentarif unter den großen deutschen Verkehrsverbänden. Die aktuelle Regelung ist zudem sehr einfach zu kommunizieren und auch zu prüfen. Ein Zulassen des Umsteigens würde die Zahl der möglichen Ziele vervielfachen und die Ticketprüfung deutlich erschweren. Die derzeit angewandten Bestimmungen haben sich sehr gut bewährt, jährlich werden fast acht Mio. Kurzstreckentickets ausgegeben. Eine Ausweitung der Anzahl zulässiger Haltestellen wäre durchaus eine Option, jedoch wird der VVS zunächst die Ergebnisse der zum 1.4.2019 in Kraft getretenen Tarifreform analysieren. Bei einer Ausweitung auf fünf Haltestellen könnte der Preis von 1,40 Euro aber nicht gehalten werden, da dies zu hohen Mindererlösen führen würde.

Platz: 96

Vorschlag Nr. 50344

Musikschulgebäude in Hofen sanieren

Das im Jahre 1722 erbaute Gebäude wird heute von den Hofener Vereinen Musikverein und Gesangverein genutzt. Es ist insbesondere im Außenbereich in einem desolaten Zustand und sollte dringend saniert werden.

positive Wertungen: 754

negative Wertungen: 72

Stellungnahme der Verwaltung

Das Thema ist der Verwaltung bekannt (siehe Gemeinderatsdrucksache 1347/2017).

Die Gebäudeverwaltung erachtet es ebenfalls als notwendig, zur Vermeidung von Folgeschäden und zur Aufrechterhaltung der dauerhaften Nutzung die Gebäudehülle zu sanieren.

Die Sanierung der Gebäudehülle umfasst die Erneuerung des Daches, den Austausch der Fenster und die Sanierung/Instandsetzung der Fassade. Eine energetische Sanierung der Fassade kann nach Festlegungen der Denkmalschutzbehörde nicht erfolgen. Auf Grund der ausgeprägten Wandstärke ist es nach Einschätzung des Bauphysikers zudem nicht zwingend notwendig, die Fassade energetisch zu sanieren.

Der notwendige Mittelbedarf wurde erhoben. Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2020/2021 wird entschieden, ob Mittel bereitgestellt werden können.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Das Gebäude ist Eigentum der Stadt Stuttgart. Der Erhalt der Gebäudesubstanz sollte selbstverständlich sein. Die Nutzer benötigen für ihre ehrenamtliche Vereinsarbeit zwingend ein funktionierendes Gebäude. Es ist für den Stadtteil Hofen das einzige städtische Gebäude für diese Art von Vereinsarbeit. Die Sanierung wurde schon mehrmals gefordert und sogar genehmigt. Der Bezirksbeirat Mühlhausen fordert die Sanierung.

Platz: 97

Vorschlag Nr. 51785

Bäume für die Augustenstraße pflanzen

Wir Bewohner der Augustenstraße wünschen uns Bäume! Dies ist heute auch ohne Parkplätze einbußen möglich, wie man bei anderen Projekten bereits sehen kann. Die Augustenstraße ist die einzige Straße im Stuttgarter Westen, auf der es weder Grünflächen noch Bäume gibt. Dafür umso mehr parkende Autos, Asphalt und Stein...

Es wohnen viele Familien mit kleinen Kindern hier. Ein wenig Grün würde die Luft- und Lebensqualität deutlich verbessern und eventuell auch den Verkehr etwas beruhigen.

positive Wertungen: 753

negative Wertungen: 58

Stellungnahme der Verwaltung

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel an, um neue Baumstandorte im Stuttgarter Westen entwickeln zu können. Bei der Entwicklung von Baumstandorten und Entsiegelung von Flächen, bedarf es einer zeitintensiven Abstimmung verschiedener Ämter und Abwägung unterschiedlicher Ansprüche und Bedürfnisse an den öffentlichen Raum, wie z. B. Nutzungsdruck von Passanten und Radfahrern, Leitungsverläufe und Parkplatzbedarf.

Eine erste Prüfung hat ergeben, dass eine Realisierbarkeit von neuen Baumstandorten in der Augustenstraße aufgrund des Leitungsnetzes sehr schwierig ist.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat West unterstützt grundsätzlich die Schaffung von zusätzlichen Baumstandorten. Die Standorte dafür werden im Einzelfall diskutiert. Oberbürgermeister Kuhn hat im Rahmen der Einwohnerversammlung angekündigt, dass im Jahr 2019 eine Machbarkeitsstudie zur Schaffung neuer Baumstandorte beauftragt werde. Auch der Bezirksbeirat West hat beantragt, dass diese Studie erarbeitet und zur Diskussion vorgestellt wird.

Platz: 98

Vorschlag Nr. 52000

ÖPNV ausbauen

Fahrverbote für PKW und die Einrichtung von autofreien Universitäten mögen durchaus sinnvoll sein, erfordern aber gleichzeitig die Bereitstellung von brauchbaren Alternativen: höhere Taktraten, Ausbau von Querverbindungen, Kapazitätserhöhung auf der S-Bahn Hauptstraße Cannstatt - Universität und Einrichtung von Park & Ride (kostenfrei für Besitzer eines für den Tag gültigen ÖPNV Tickets).

positive Wertungen: 752

negative Wertungen: 37

Stellungnahme der Verwaltung

Ziel der Landeshauptstadt Stuttgart ist es seit Jahren, den ÖPNV attraktiver zu machen, um mehr und mehr Menschen zum Umstieg auf die umweltfreundlichen Busse und Bahnen zu bewegen und damit einen Beitrag zur Luftreinhaltung zu liefern. Dazu haben sich 2014 auch die Partner des ÖPNV-Pakts in der Region Stuttgart (neben der Landeshauptstadt Stuttgart sind dies das Land Baden-Württemberg, der Verband Region Stuttgart und die Verbundlandkreise) verständigt. Dazu gehören sowohl Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsangebots (z. B. Erweiterung des Stadtbahnnetzes, neue Fahrzeuge, Verbesserung des Fahrplans) und des Tarifangebotes (z. B. Einführung neues Abo-Verfahren, neues Firmen- und SeniorenTicket, Ausbildungs-Abo, eTicket, HandyTicket).

Dass die eingeleiteten und umgesetzten Maßnahmen bereits erfolgreich waren, belegen seit Jahren kontinuierlich gestiegene Fahrgastzahlen für den Bereich des VVS, in den letzten fünf Jahren um über zehn Prozent. 2018 konnte mit 384 Mio. Fahrten ein neuer Fahrgastrekorde erzielt werden. 2019 dürfte dieses Ergebnis noch übertroffen werden, denn zum 1. April trat die Tarifreform in Kraft, die für viele Fahrgäste Preisvorteile bringt.

Verbesserungen bei den Taktfrequenzen sind in der Umsetzung. Bis Dezember 2020 wird in mehreren Stufen bei der S-Bahn der durchgehende 15-Minuten-Takt unter der Woche eingeführt. Gleichzeitig wird auf den wesentlichen Bahnstrecken des Regionalverkehrs ein durchgehender 30-Minuten-Takt eingeführt. Zur Erhöhung des Platzangebots und zur Ausdehnung des S-Bahn-Netzes werden zusätzliche Fahrzeuge beschafft. Dann wird in den Hauptverkehrszeiten eine durchgehende Langzugbildung möglich. Außerdem ist eine Express-S-Bahn Weil der Stadt (eventuell Calw) – Feuerbach in Planung.

Der S-Bahn-Tunnel wird mit dem neuen Zugsicherungssystem ETCS ausgerüstet, mit dem der Betrieb zwischen Mittnachtstraße und Schwabstraße stabilisiert und die Taktfrequenz Schwabstraße – Vaihingen verbessert werden kann. Auch außerhalb der S-Bahn kommen Verbesserungen: die Schönbuchbahn startet voraussichtlich am 11.09.19 mit einem 15-Minuten-Takt zwischen Böblingen und Holzgerlingen und an der Reaktivierung der Bahnstrecke Calw – Weil der Stadt wird gearbeitet. An Samstagen wird der 15-Minuten-Takt Renningen – Schwabstraße ab 09.06.19 verlängert. Außerdem wird auf den wesentlichen Regionalbahnlinien samstags ein 30-Minuten-Takt eingeführt.

Platz: 99

Vorschlag Nr. 50424

Fahrradständer in der Innenstadt aufstellen

In der Innenstadt fehlen viele Fahrradständer, an denen man sein Fahrrad fest schließen kann. An fast jeder Kreuzung sollten ein paar stehen. Ganz besonders um den Schlossplatz herum.

positive Wertungen: 745

negative Wertungen: 99

Stellungnahme der Verwaltung

Im Stadtbezirk Mitte wurden in den letzten Monaten zahlreiche Standorte geprüft und als Ergebnis 27 neue Standorte mit insgesamt 180 Radabstellbügel festgelegt, welche im Jahr 2019 ausgeführt werden. Direkt im Bereich um den Schlossplatz werden über 50 Radabstellbügel installiert und somit für über 100 Fahrräder sichere Radstellplätze geschaffen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 100

Vorschlag Nr. 52755

Bürgerwald statt Nutzwald! Weniger Baume fällen - dafür Umsetzung eines neuen naturnahen „Stuttgarter Modells“ für den Wald mit Priorisierung der Naherholung, Wiederherstellung der Waldspielplätze und ausreichender Personalausstattung für die Reviere

Wir fordern, dass sich die Stadt Stuttgart im kommenden Waldgremium (zwingend als gemeinderätliches Gremium mit polit. Gewicht!) und damit im Gemeinderat intensiv und ernsthaft mit einer nachhaltigen Waldstrategie befasst.

Infos zum Wald: www.fb.me/waldstuttgart, www.wald-stuttgart.de, www.change.org/p/waldstuttgart.

Dazu gehören in unserer feinstaubgeplagten Stadt die Reduktion der massiven Baumfällungen im Stuttgarter Wald im Sinne eines naturnahen „Stuttgarter Modells“, der Schutz der unwiederbringlichen Altbaumbestände, 10-20% ungenutzte Referenzfläche, bodenschonenden Rückeverfahren und die Vermeidung weiterer Waldauslichtungen durch massive Holzernte aus ökonomischen Gründen für gerade mal 600T€ Umsatz im Jahr.

Stattdessen rückt die Naherholung wieder in den Vordergrund! Dazu gehört auch die Wiederherstellung der Waldspielplätze sowie die Förderung der Waldpädagogik.

Um eine schonende Forstwirtschaft zu ermöglichen, muss in den Forstrevieren dringend der eingeschlagene harte Sparkurs zurückgenommen werden. Die Reviere müssen wieder kleiner werden und mit ausreichendem Personal ausgestattet werden (Forstwirte etc., geschätzt mind. 15VK).

Nur so kann gewährleistet werden, dass die Revierförster ihren Wald tatsächlich wieder selber pflegen können, und zwar ohne Fremdvergaben, die in den Wald einfahren, wenn es gerade die Auftragslage zulässt, was zu den unzumutbaren Zuständen durch fremde Baummarkierungen in lokaler Unkenntnis mit viel zu massivem Einschlag und zu gravierenden Bodenschäden durch Harvestereinsätze auf weichen Böden führt. Dies alles ist im letzten Jahr in Stuttgart Botnang so geschehen und passiert in 2019 weiter in anderen Stadtbezirken.

Erforderliche Mittel:

- Studienergebnisse zeigen, dass durch die Reduktion der Durchforstungen Kosten eingespart werden
- Mehrkosten entstehen durch näher zu beziff. o.g. Stellenaufstockungen, durch die Beschaffung bodenschonender Rückegerätschaften sowie die Wiederherstellung der Waldspielplätze

positive Wertungen: 744

negative Wertungen: 76

Stellungnahme der Verwaltung

Der Gemeinderat hat am 11.04.2019 die Einrichtung eines Beirats für den Stuttgarter Stadtwald beschlossen (GRDRs 1102/2018). Die erste Sitzung des Gremiums ist bereits für den Juli 2019 vorgesehen. Ein Aufgabenschwerpunkt dieses Gremiums wird die Überarbeitung der zukünftigen Zielsetzung sein, unter der der Stuttgarter Stadtwald bewirtschaftet werden soll. Diese Zielsetzung ist dann auch Grundlage für die Aufstellung des nächsten 10-Jahresplans (Forsteinrichtung) für den Zeitraum 2023-2032.

Die Stuttgarter Waldspielplätze sind dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt ein wichtiges Anliegen. So werden im Jahr 2019 die städtischen Waldspielplätze im Waldgebiet „Stadtpark Zuffenhausen“, im Kräherwald und auf der Waldebene Ost mit neuen Spielgeräten ausgestattet. Für die Fortführung der Waldspielplatz-Sanierung hat das Garten-, Friedhofs- und Forstamt für den Doppelhaushalt 2020/2021 zusätzlichen Mittelbedarf angemeldet. Schwerpunkt der Maßnahmen sollen die Waldspielplätze im Bürgerwald und im Dürrolewang werden.

Die Waldpädagogik wird am Garten-, Friedhofs- und Forstamt seit Jahren weiterentwickelt. Der Gemeinderat hat hierfür bislang eine Stelle zur Koordination und Netzwerkarbeit bei waldpädagogischen Angeboten in den Wäldern der Gemarkung eingerichtet. Die zuständige Dienststelle engagiert sich in stadtweiten Netzwerken, z. B. im BNE-Netzwerk für Stuttgart, und in Kooperationen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung. Zum Doppelhaushalt 2020/21 wurden zur Umsetzung der vom Land beauftragten waldpädagogischen Zusatzaufgaben weitere Stellen für die Waldpädagogik beantragt.

Platz: 101

Vorschlag Nr. 53014

ÖPNV-Ausbauen: Ringverkehr um Stuttgart

Es sollte bei den Straßen- und S-Bahnen auch einen Ringverkehr um Stuttgart geben, damit nicht alle Linien durch die Innenstadt fahren müssen. Hierdurch könnten Fahrzeiten verringert und überfüllte Bahnen dezimiert werden.

positive Wertungen: 742

negative Wertungen: 46

Stellungnahme der Verwaltung

Verkehrserhebungen des VVS zeigen, dass weit über 90 % der in die Landeshauptstadt Stuttgart einfahrenden ÖPNV-Nutzer dort auch ihr Ziel haben. Das Entlastungspotenzial eines Ringverkehrs ist damit sehr überschaubar. Modellberechnungen für Bypass-Lösungen wie z. B. eine S-Bahn-Tangente zwischen Bad Cannstatt und Feuerbach (sog. „T-Spange“) oder alternativ die Aufwertung der Bahnstrecke Kornwestheim – Untertürkheim („Schusterbahn“) lassen zudem erkennen, dass solche Lösungen möglichst nahe zur Innenstadt gelegen sein sollten, um eine signifikante Verkehrswirkung zu erzielen. Nur dann würden sich auch die notwendigen Fahrzeitleistungen für die Verlagerung von Bestandskunden ergeben. Daraus ist abzuleiten, dass ein halbwegs wirkungsvolles Ringverkehrsangebot maximal entlang des Stuttgarter Talkessels geführt werden müsste.

Aus topographischen und städtebaulichen Gründen wäre ein solcher Schienenring – selbst bei einer Mitnutzung der innerstädtischen Gäubahntrasse („Panoramabahn“) – über lange Strecken nur in Tunnellage zu realisieren. Offen ist zudem, ob sich für notwendigen Talquerungen stadtbildverträgliche Lösungen finden lassen würden. Die Kosten für eine solche Infrastruktur wären in jedem Fall gewaltig. Es erscheint deshalb gegenwärtig nicht vorstellbar, dass die mit einem Ringverkehr zu gewinnenden ÖPNV-Fahrgäste ausreichen würden, um einer solchen Maßnahme eine gesamtwirtschaftlich positive Bilanz attestieren zu können.

Die Landeshauptstadt favorisiert daher die Herstellung kostengünstigerer innenstadtnaher Tangenten, die ebenfalls die zentralen Netzbereiche von S-Bahn und Stadtbahn entlasten können. Zu nennen sind hier die künftig stärkere Nutzung der „Panoramabahn“ für den Nahverkehr, die oben erwähnte „T-Spange“ für die S-Bahn oder auch die derzeit untersuchte Seilbahn zwischen Pragsattel und Ostendplatz.

Bei tangentialen Verbindungen, wie den vorgeschlagenen Ringlinien, die häufig eher geringe Fahrgastzahlen aufweisen, gilt es allerdings auch genau zu prüfen, ob solche Relationen nicht sinnvollerweise mit einem Expressbus (z.B. X10 etc.) bedient werden sollten.

Platz: 102**Vorschlag Nr. 50345****Neckar für die Bürger nutzbar machen**

Der Vorschlag ist sehr allgemein, ich habe keine wirkliche Idee wie man das umsetzen kann. Schade ist, dass wir eine Stadt sind die eine "Wasserquelle" hat und diese so gar nicht nutzt. Sieht man Städte wie Berlin oder Köln und wie diese ihre Flüsse nutzen, so ist es sehr traurig, dass Stuttgart hier nichts tut.

positive Wertungen: 742**negative Wertungen: 55****Stellungnahme der Verwaltung**

Der von Herrn Oberbürgermeister Kuhn im Jahr 2017 vorgelegte Plan "Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss" (<https://www.stuttgart.de/masterplan-neckar>) zeigt auf, welche Potenziale zur Aufwertung und Inwertsetzung der Stadtlandschaft für mehr Lebensqualität, Ökologie und Erholung entlang des Neckars in Stuttgart bestehen. Er gibt auch einen kurzen Überblick über die von der Industrialisierung des Neckartales geprägte Geschichte und Entwicklung der Flusslandschaft in Stuttgart, bereits umgesetzte Projekte und den Stand der weiteren Planungen. Dies zu kennen ist wichtig, um die vorhandenen Entwicklungspotenziale einordnen zu können.

Historische Entwicklung von Stadt und Landschaft, beschränkte Verfügbarkeit an geeigneten Flächen und nicht zuletzt der entlang des Flusses relativ starre Rechtsrahmen lassen Entwicklungen in einem leider nur beschränkten Ausmaß zu. Hinzu kommt, dass der Neckar als Bundeswasserstraße in Besitz des Bundes ist und die Stadt nur sehr wenige Flächen entlang der Neckarufer besitzt. Der Plan stellt nicht nur die entlang des Flusses möglichen Projekte vor, sondern macht auch einen Vorschlag für die zeitliche Realisierung. "Projekte bis 2022" sind derzeit in Bearbeitung. Ihre Finanzierung wurde bereits im Rahmen des Doppelhaushaltes 2016/2017 gesichert (GRDrs 818/2015). Dazu gehören das Neckarufer am Lindenschulviertel (GRDrs 517/2017), das Wasenufer und die Wasenquerung, die Umgestaltung des Hechtkopfes am Sicherheitshafen Bad Cannstatt (GRDrs 595/2017), die "Natueroase" in den Auwiesen sowie zwei Projekte entlang der Austraße in Münster. Diese Projekte sollen in den kommenden Jahren realisiert werden.

Der Masterplan eröffnet aber auch den Blick in die weitere Zukunft. Für den Zeitraum von 2022 bis 2035 sieht er weitere 9 Projekte für die Realisierung vor. Die Verwaltung arbeitet bereits heute daran, diese Projekte planerisch zu konkretisieren und ihre Realisierung vorzubereiten. Ein wichtiger Beitrag dazu sind die Wettbewerbsergebnisse zum Neckarknie oder die Planungen zum Rosensteinufer vor der Wilhelma. Im Rahmen des nun anstehenden Doppelhaushaltes 2020/2021 gilt es, den Grundstein für die Finanzierung dieser weiteren Projekte zu legen. Die Verwaltung unterbreitet dem Gemeinderat dazu vor der Sommerpause 2019 einen entsprechenden Vorschlag.

Platz: 103

Vorschlag Nr. 53685

Dachbegrünung auf allen öffentlichen (städtischen) Gebäuden

Im Zuge anstehender Sanierungsarbeiten an städtischen Gebäuden sind sämtliche flache oder flach geneigte Dachflächen zumindest mit einer extensiven Dachbegrünung zu versehen.

Thema Stadtaufheizung, Lebensraum für Insekten, Schutz der Dachabdichtung, Verlängerung der Standzeit, Vorbildcharakter für private Bauherren.

Optimal ist die gleichzeitige Installation von PV-Anlagen, da durch die Dachbegrünung der Wirkungsgrad der PV-Anlage erhöht wird (Minderung der Temperaturspitzen).

positive Wertungen: 741

negative Wertungen: 75

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits mit der Gemeinderatsdrucksache 506/2008 legte der Gemeinderat grundsätzlich fest, dass Flachdächer von städtischen Gebäuden zu begrünen sind bzw. mit einer extensiven Dachbegrünung versehen werden sollen. Dies wird im Rahmen von Neubauten und bei größeren Dachsanierungen, wo technisch und statisch möglich, auch umgesetzt. Die Ausführung erfolgt gemäß den Vorgaben des Garten-, Friedhofs- und Forstamts mit pflegearmen Sedum- und Kräutermischungen bei extensiven Dachbegrünungen. Bei den wenigen, intensiv begrüneten Dachflächen sind auch aufwändigere Bepflanzungen möglich.

In Verbindung mit Photovoltaikanlagen wurde bisher meist eine parallele Nutzung der Dachfläche umgesetzt, d. h. neben größeren extensiv begrüneten Dachflächen wurden flache Photovoltaik-Modulfelder (meist mit Kiesschüttung) umgesetzt. Durch die anvisierten Klimaschutzziele der Landeshauptstadt Stuttgart und die damit verbundene, deutliche Erhöhung der Photovoltaik-Flächen ist künftig von gleichzeitiger Nutzung, d. h. über der Begrünung aufgeständerten Photovoltaik-Modulfläche auszugehen. Dabei sind Belange wie Wartung, Zugänglichkeit, Dachpflege, Absturz- und Windsicherung sowie die Statik der Dachkonstruktion in Einklang zu bringen.

Platz: 104

Vorschlag Nr. 52781

Lebensmittelspenden fördern

Das Thema Lebensmitteltafeln und Vermeidung von Lebensmittelresten ist für das Thema Umwelt und das Thema Soziales wichtig.

Mir ist schleierhaft, wie alle Welt von Umweltschutz und Ressourcenknappheit sprechen kann, wenn tagtäglich bergeweise Lebensmittel von Bäckereien und Supermärkten einfach entsorgt werden.

Man kann Betriebe vermutlich nicht zum Lebensmittelspenden zwingen, aber vielleicht eine Art Gütesiegel an Betriebe verleihen, die ihre essbaren Reste spenden statt wegwerfen.

positive Wertungen: 740

negative Wertungen: 49

Stellungnahme der Verwaltung

Mit den drei Einrichtungen der Schwäbischen Tafel Stuttgart e.V. in der Filderbahnstraße 53 in Möhringen, Brückenstraße 1 in Bad Cannstatt und Hauptstätter Strasse 75 in Mitte verfügt die Landeshauptstadt Stuttgart über ein umfangreiches Kreislaufsystem, bei dem JEDE Filiale eines Discounters, z.B. Aldi oder Lidl und Vollsortimenter, z.B. EDEKA oder REWE, Omega-Sorg angeschlossen sind. Des Weiteren liefern Speditionen wie Dachser oder Kühne&Nagel nicht distributierbare Waren ebenfalls an die Tafeln, genauso wie Molkeereien oder Bäckereien, Drogeriemärkte und Bioläden, wie z.B. Naturgut. Dieser Kreislauf garantiert, dass Lebensmittel nicht achtlos weggeworfen oder verschwendet werden. Die Lebensmittel bleiben im Kreislauf und kommen denjenigen Menschen zu Gute, die ansonsten nicht in der Lage sind, regulär Lebensmittel in einem Lebensmittelmarkt zu kaufen.

Bei dem Konzept des gemeinnützigen Foodsharing-Cafés "Raupe Immersatt" wird ein Foodsharing Fairteiler in ein Café integriert. Fairteiler sind frei zugängliche Stationen für alle Lebensmittelretter*innen der Initiative Foodsharing, aber auch für alle anderen Personen, die gerne überschüssige Lebensmittel kostenfrei teilen möchten. Ziel ist, das Teilen von überschüssigen Lebensmitteln einfacher und unkomplizierter zu machen. Über das Verschenken der geschenkten Lebensmittel hinaus sollen in den Räumlichkeiten in üblicher Form Getränke verkauft werden. Die Gäste zahlen so viel sie möchten. Nachmittags ist ein Cafébetrieb und abends ein Barbetrieb geplant. Darüber hinaus werden Themenvorträge und Workshops angeboten sowie Infopoints für bürgerschaftliches Engagement eingerichtet. Regelmäßige Kochkurse, Schnippeldiskos, Themenvorträge und vieles mehr lassen einen wertschätzenden Umgang mit Lebensmitteln erlebbar machen. So wird auf den ideellen Wert von Nahrung hingewiesen und langfristig private Lebensmittelverschwendung drastisch reduziert. Die Wirtschaftsförderung begleitet die Initiative mit seinem Leerstands- und Flächenmanagement seit August 2017 und unterstützt sie bei der Flächensuche. Am 6.6.2019 hat das Café Raupe Immersatt am Hölderlinplatz im Stuttgarter Westen - als erstes Foodsharing-Café Deutschlands eröffnet.

Die Idee eines Gütesiegels an diejenigen zu verleihen, die essbare Lebensmittelreste spenden, plant die Abteilung für Wirtschaftsförderung zu prüfen und in den Gesprächen mit der Schwäbischen Tafel oder Lebensmittelketten anzusprechen.

Platz: 105

Vorschlag Nr. 52842

Mehr Grün in der Stadt!

Stuttgarter Umgebung ist sehr grün, dafür sieht die Stadt nach wie vor grau aus.
Wir brauchen mehr Bäume und Parks. Viel Grün macht die Stadt lebenswert. Und die Luft besser.

positive Wertungen: 740

negative Wertungen: 49

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 und 2018/19 wurden für das Programm "Neues Grün in der Stadt" dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen erfolgreich Baum- und Gehölzpflanzungen im Stadtgebiet umgesetzt wurden. Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einer dritten Neuauflage des Programms "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um mit verschiedenen Maßnahmenpaketen weitere Grünstrukturen zur Verbesserung des Stadtklimas realisieren zu können.

Zusätzlich meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt das Programm "Entwicklung Stuttgarter Parklandschaften" zum Doppelhaushalt 2020/21 an, in denen Maßnahmen zur Wiederherstellung oder Sanierung von Parkanlagen wie Park Villa Berg, Weißenburgpark, Uhlandshöhe etc. zum Zuge kommen sollen. Ziel ist es, dauerhaft wertvolle und vitale Parkanlagen für Stuttgart zu sichern, die als Teilbaustein einer Grünen Infrastruktur der Gesellschaft und dem Stadtklima zu Gute kommen.

Platz: 106

Vorschlag Nr. 52828

Leerstehende Büros in Wohnraum umwandeln

Viele Büros stehen, oft als reine Abschreibungsobjekte, seit Jahren leer. Eine verordnete Umnutzung dieser Flächen könnte zu einer Entspannung des Wohnungsmarktes führen, ohne dass nachverdichtet werden muss und/oder klimatisch dringend nötige Grünflächen verbaut werden.

positive Wertungen: 740

negative Wertungen: 68

Stellungnahme der Verwaltung

Mit dem Gesetz der Landesregierung über das Verbot der Zweckentfremdung vom 19.12.2013 wurde der Leerstand von Wohnungen als Zweckentfremdungstatbestand definiert. Zudem erhielten die Kommunen damit die Möglichkeit, diesen Tatbestand nach dem Erlassen einer sogenannten Zweckentfremdungssatzung zu sanktionieren. Eine solche Satzung besteht für die Landeshauptstadt Stuttgart. Für ungenutzte Büroflächen kann sie jedoch nicht angewendet werden.

In Sanierungsgebieten fördert die Landeshauptstadt Stuttgart die Umnutzung von Büroräumen hin zu Wohnungen. Im Sanierungsgebiet Hospitalviertel gehört dies beispielsweise zu den ausformulierten Sanierungszielen.

Platz: 107

Vorschlag Nr. 51742

Hohe Abgaben auf Einweggeschirr und Pappbechern von Schnellimbissbuden-/restaurants und Caféketten einführen

Hohe Abgaben auf Einweggeschirr und Pappbechern von Schnellimbissbuden-/restaurants und Coffeeketten einführen. Der zunehmenden Vermüllung der Stadt aufgrund rücksichtslosen Wegwerfens kann nur so sinnvoll entgegengewirkt werden. Die Einnahmen müssen natürlich zweckgebunden eingesetzt werden.

positive Wertungen: 738

negative Wertungen: 80

Stellungnahme der Verwaltung

Die EU hat ein Verbot von bestimmten Plastikartikeln auf den Weg gebracht und dafür eine Richtlinie erlassen. Im Jahr 2021 (zwei Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie) werden Kunststoffeinwegprodukte, für die es Alternativen aus anderen Materialien gibt, verboten. Dazu zählen Wattestäbchen, Plastikbesteck und -teller, Trinkhalme, Rührstäbchen und Luftballonhalterungen sowie Becher und Essensbehälter für den Sofortverzehr aus Polystyrol; Produkte aus oxo-abbaubaren Kunststoffen soll es gar nicht mehr geben.

Derzeit gibt es keine rechtliche Grundlage für eine Abgabe auf Einweggeschirr bzw. Pappbecher.

Die Stadt Stuttgart führt im Spätsommer 2019 ein Mehrwegbecherpfandsystem ein. Den Zuschlag zur Umsetzung hat die Firma reCup erhalten, die bereits in zahlreichen umliegenden Kommunen tätig ist. Gemeinsam mit einer Fachjury, bestehend aus Vertretern von Bäckereien, Systemgastronomen, Forschung und Wissenschaft hat man sich in einem wettbewerblichen Verfahren für reCup entschieden. Die nächsten Schritte zur Umsetzung wie das Becherlayout, die Marketingkampagne und Gespräche mit potentiellen Teilnehmern des Systems werden zeitnah angegangen. Zum jetzigen Zeitpunkt beabsichtigen bereits einige Mitglieder aus der Fachjury sich am System zu beteiligen, dies sind: coffreez GmbH, Bäckerei Konditorei Cafe Walter Nast, Bäckerei und Konditorei Treiber GmbH, City Initiative Stuttgart e.V., DB Netze DB Station&Service AG, Hochland Kaffee Hunzelmann GmbH und Co. KG, Mc Donald's, Siegel Backkultur GmbH & Co. KG, Studierendenwerk Stuttgart, YORMA'S AG. Dienstleistungen wie Spüldienstleistungen, eine lokale Transportlogistik sowie Rücknahme-(Ausgabe) Automaten werden berücksichtigt.

Platz: 108

Vorschlag Nr. 52262

Sporthalle in Weilimdorf bauen

Weilimdorf braucht eine neue Sporthalle für Mannschafts- und Kampfsportarten mit min. 300 Zuschauerplätzen in verkehrsgünstiger Lage für Nah- und Autoverkehr und störungsfreier Entfernung von reiner Wohnbebauung.

Dafür bieten sich das Walzgelände und dessen Umfeld an. Die Integration eines Lehrschwimmbeckens ist sinnvoll und notwendig, damit Schulen ihren Schwimmunterricht anbieten können.

Der Stadtbezirk Weilimdorf mit seinen Stadtteilen Wolfbusch, Bergheim, Giebel und Hausen gehört zu den kinderreichsten Stadtbezirken in Stuttgart. Die städtischen Hallen sind für die sportliche Nutzung überlastet. Den Weilimdorfern Sportvereinen TSV Weilimdorf und SG Weilimdorf fehlen über 250 Stunden pro Woche in Sporthallen, um ihr Angebot aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Dies betrifft vor allem die Abteilungen Futsal, Handball (Hbi), Ringen, Kurse, Kinderturnen und Judo. All diese erfolgreichen Abteilungen können ihr Angebot nicht in vollem Umfang anbieten, um ihre sportlichen Ziele zu erreichen. Beide Vereine müssen Anmeldungen abweisen, da die Hallen den Andrang von vor allem jugendlichen Neumitgliedern nicht stemmen können. Kritisch ist zusätzlich, dass die Sporthallen erst ab 17:15 Uhr genutzt werden können, da sie vorher durch den Schulsport genutzt werden.

Die Weilimdorfer Sportvereine leisten eine wertvolle Arbeit für die Gesundheit der Mitmenschen als auch für das Gemeinschaftsleben im Stadtbezirk. Auch aus diesem Grund ist es wichtig, dass die Vereine ihr Angebot ausreichend und qualitativ hochwertig anbieten können.

Diese Halle könnte zudem einen großen Beitrag zur schadstofffreien Stromproduktion leisten sowie mit energiesparender Heizung ausgestattet werden, was die Betriebskosten erheblich senkt. Die Multifunktionalität der Nutzung durch verschiedene Sportarten und Vereine sowie die Publikumskapazität würde zusammen mit der energiearmen Heizung und Beleuchtung einen beispielhafte Energiespar-, Umweltschutz- sowie Auslastungsbeitrag leisten.

positive Wertungen: 738

negative Wertungen: 113

Stellungnahme der Verwaltung

Bezogen auf die gesamte Stadt liegt der Versorgungsgrad (Stand 31.12.2018) der Turn- und Sporthallen für den Vereinssport/Allgemeinen Sport bei ca. 75 %. Das innere Stadtgebiet weist eine Bedarfsdeckung von 69,3 % auf. Im Äußeren Stadtgebiet wird insgesamt eine Bedarfsdeckung von 78,7 % erreicht.

Im Stadtbezirk Stuttgart-Weilimdorf gibt es zwei Sporthallen, eine Turn- und Versammlungshalle, sechs Turnhallen und eine Gymnastikhalle von der Stadt, die alle vom Schulverwaltungsamt verwaltet werden. Daneben hat der TSV Weilimdorf noch eine kleine Gymnastikhalle. Die städtischen Hallen werden sowohl von den Schulen als auch von den Sportvereinen genutzt und tagsüber von den Schulen belegt.

Ab 17.15 Uhr stehen die Hallen in Weilimdorf den Sportvereinen und Sportgruppen zum allgemeinen Trainingsbetrieb zur Verfügung. Diese Zeiten sind allerdings voll belegt, so dass die Vereine praktisch keine Möglichkeit haben, ihren Mitgliedern neue Angebote zu unterbreiten bzw. neue Mitglieder aufzunehmen. In Weilimdorf liegt die rechnerische Bedarfsdeckung bei 81,9 %. Das bedeutet einen Fehlbedarf von 2,9 Übungseinheiten der nur durch den Bau einer Sporthalle auszugleichen ist. Eine neue Sporthalle mit dem Schwerpunkt Vereinssport könnte ganzjährig genutzt werden.

Für die Realisierung einer solchen Sporthalle ist planungsrechtlich derzeit noch kein Standort ausgewiesen. Prüfungen laufen allerdings im Zusammenhang mit dem sog. Walzareal und dem benachbarten Sportgelände der SG Weilimdorf. In einem ersten Schritt müssten Planungsmittel für eine Machbarkeitsstudie bzw. konkrete Projektplanung bereitgestellt werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt diesen Vorschlag einmütig als für den Stadtbezirk wünschenswert und sinnvoll.

Platz: 109

Vorschlag Nr. 50642

Gefällte Bäume durch neue ersetzen

Aktuell sehe ich am Sonnenberger Hallenbad einen Baum, der gefällt werden muss, weil er von Schädlingen befallen ist. Fällungen sieht man überall, nur leider keine Neupflanzungen. Wenn ein alter Baum gefällt wird, so sollte er auch wieder durch einen neuen Baum ersetzt werden. An der gleichen Stelle.

positive Wertungen: 737

negative Wertungen: 48

Stellungnahme der Verwaltung

Bereits zum Doppelhaushalt 2016/17 und 2018/19 wurden für das Programm "Neues Grün in der Stadt" dem Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen erfolgreich Baum- und Gehölzpflanzungen im Stadtgebiet erfolgten.

Für den kommenden Doppelhaushalt meldet das Garten-, Friedhofs- und Forstamt in einer dritten Neuauflage des Programms "Neues Grün in der Stadt" zusätzliche Mittel an, um mit verschiedenen Maßnahmenpaketen Grünstrukturen zur Verbesserung des Stadtklimas realisieren zu können. Die Maßnahmenpakete umfassen sowohl die Neuanlage von Baumstandorten und Blumenwiesen als auch die Sanierung bestehender, vergreister Grünstrukturen.

Für den von Schädlingen befallenen Baum am Sonnenberger Hallenbad ist für den Herbst 2019 eine Nachpflanzung geplant.

Platz: 110

Vorschlag Nr. 51897

Bürgerhaus Botnang - Lärmemissionen reduzieren

Geeignete Maßnahmen für die Kulturkneipe Intus umsetzen und die Außen- und Innengestaltung überarbeiten um eine möglichst effiziente Lärmreduktion zu erhalten.

Dies ebenso für die Begegnungsstätte der AWO.

positive Wertungen: 736

negative Wertungen: 110

Stellungnahme der Verwaltung

Das Thema ist der Verwaltung bekannt. Die Gebäudeverwaltung erachtet es ebenfalls als notwendig, Gebäudeteile zu sanieren, um eine Lärmreduktion zu erreichen.

Derzeit werden folgende Themen betrachtet:

- Modernisierung/Einbau neuer Fenster
- Erneuerung Medientechnik
- Erneuerung Dach samt Dämmung
- Modernisierung Elektroanlagen
- Modernisierung Sanitär und Heizungsanlage
- Installation Brandmeldeanlage
- Beschattungen/Rollläden/Markisen
- Raumplanungen

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang befürwortet den Vorschlag und fordert eine rasche Umsetzung.

Platz: 111

Vorschlag Nr. 51511

Arnulf Klett Passage freundlicher und einladender gestalten

Es gibt einige Schandflecken in Stuttgart, einer davon ist direkt am Hauptbahnhof: die Arnulf Klett Passage. Das ist für mich und auch andere teilweise so ekelhaft und beängstigend, dass wir es meistens vermeiden, da durchzulaufen.

Gründe hierfür:

- der Laden-Mix könnte besser sein
- man bekommt auch tagsüber Drogen angeboten
- man erntet komische Blicke von irgendwelchen kriminell aussehenden Menschen. Insbesondere Frauen werden hier zum Ziel
- die angekündigte Polizeipräsenz merke ich persönlich nicht

positive Wertungen: 733

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Der Polizeivollzugsdienst des Landes Baden-Württemberg und der Städtische Vollzugsdienst bestreifen die Klett-Passage im Rahmen der Sicherheitskonzeption Stuttgart mehrfach in der Woche zu unterschiedlichen Zeiten. Durch die erhöhte polizeiliche Präsenz sollen bereits niederschwellige Ordnungsstörungen verhindert werden. Ordnungsbehördliche Maßnahmen, wie die Erteilung eines Platzverweises, können nur ausgesprochen werden, wenn eine Ordnungsstörung nachgewiesen wird.

Eine dauerhafte Überwachung der Passage ist derzeit personell nicht leistbar. Gemeinsam mit der SSB und dem AWS wird geprüft, ob und wie die Reinigungsintervalle erhöht werden können.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte stimmt dem Vorschlag einstimmig zu.

Platz: 112

Vorschlag Nr. 50839

Kostenlose Parkplätze für Stadträte abschaffen

Für alle Stadträte werden in der City kostenlose Parkplätze reserviert. Dies ist in Zeiten des permanenten Abbaus der öffentlichen Parkmöglichkeiten nicht mehr vermittelbar und sozial ungerecht.

positive Wertungen: 732

negative Wertungen: 61

Stellungnahme der Verwaltung

Für Mitglieder des Gemeinderats werden im Stadtgebiet Stuttgart grundsätzlich keine Parkplätze auf öffentlichen Parkplätzen reserviert - weder kostenlos noch gegen Bezahlung. Die Stadträte haben jedoch im Rahmen der Entschädigung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeiten die Möglichkeit, einen gewährten Mobilitätsbeitrag für den Kauf eines ÖPNV-Tickets oder einen Stellplatz in der Rathausgarage (Nutzung ausschließlich zu dienstlichen Zwecken) einzusetzen. Der monatliche Mobilitätsbeitrag liegt gemäß der Satzung der Landeshauptstadt Stuttgart über die Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit bei maximal 70,67 €.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Mitte lehnt den Vorschlag mehrheitlich bei einer Gegenstimme ab, weil die Parkmöglichkeiten für die Arbeit der Stadträtinnen und Stadträte als zwingend notwendig angesehen werden.

Platz: 131

Vorschlag Nr. 50699

Hallenbad Untertürkheim dauerhaft erhalten

Wir fordern den dauerhaften Erhalt und die ständige Unterstützung für das Untertürkheimer Hallenbad. Das Hallenbad Untertürkheim bietet ein Zuhause für alle ansässigen Vereine und Schulen der Neckarvororte, die Wassersport betreiben oder Schwimmunterricht anbieten.

Aufgrund des Neubaus des Sportbads Bad Cannstatt sehen wir den Betrieb unseres Stadtbads in Untertürkheim auf lange Sicht gefährdet.

Das Sportbad in Bad Cannstatt bietet für die betroffenen Schulen und Vereine keine Alternative, denn die zum Beispiel damit verbundenen Anfahrtswege sind nicht für alle Mitmenschen zu bewältigen, insbesondere für die Schulklassen, die nur eine begrenzte Zeit für den Schwimmunterricht zur Verfügung haben. Außerdem würde die Möglichkeit das Schwimmen im eigenen Einzugsgebiet, das alle oberen Neckarvororte bis Bad Cannstatt und Stuttgart-Ost umfasst, zu erlernen ohne unser Hallenbad vollkommen entfallen.

Der Schwimmunterricht an Schulen, sowie die Schwimmkurse der Vereine, sind enorm wichtig, um die Sicherheit am und im Wasser zu gewährleisten.

Unterstützen auch Sie die über 1000 Menschen, die täglich das Hallenbad Untertürkheim besuchen und stimmen Sie für den dauerhaften Erhalt dessen ab.

positive Wertungen: 713

negative Wertungen: 38

Stellungnahme der Verwaltung

Das neue Sporthallenbad NeckarPark wird das Hallenbad Cannstatt – das bekanntlich stark sanierungsbedürftig und von immer wieder vorkommenden unvorhersehbaren Ausfällen der technischen Anlagen betroffen ist – sowie die Traglufthalle über dem Sportbecken des Inselbads Untertürkheim ersetzen.

Der Betrieb im Hallenbad Untertürkheim – als reines Schul- und Vereinsbad – wird nicht in Frage gestellt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Für den Bezirksbeirat Untertürkheim hat der Erhalt des Hallenbades Untertürkheim absolute Priorität. Das Sportbad Bad Cannstatt ist keine wohnortnahe Schwimmstätte für die Menschen in den oberen Neckarvororten und mit zu langen Anfahrtswegen für Schüler und Vereine nicht zumutbar.

Platz: 164

Vorschlag Nr. 50502

Waldspielplätze wiederaufbauen

Vor einiger Zeit wurden sämtliche Kinderspielplätze und zum Teil auch die Grillplätze im Botnanger Wald (Forsthaus), wegen angeblicher Gefahren abgebaut. Diese sollten unbedingt schnellstmöglich wieder aufgebaut werden. Die Spielplätze waren immer gut besucht. Bewegung an der frischen Luft ist überaus wichtig und sehr gut für Kinder sowie für die Eltern.

Es war dem Forstamt doch möglich, den Wald überall großflächig auszudünnen. So sollten ein paar angeblich gefährliche Bäume im Umfeld der Spielplätze doch kein Problem sein.

positive Wertungen: 686

negative Wertungen: 39

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stuttgarter Waldspielplätze sind ein wichtiges Anliegen des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes. So wurde im Jahr 2018 der "Saulach-Spielplatz" in Stuttgart Degerloch (in der Nähe des Haus des Waldes) mit einem neuen Kletter-Spielgerät ausgestattet. Im Sommer 2019 werden die Waldspielplätze im "Stadtpark-Zuffenhausen", im Kräherwald sowie auf der Waldebene Ost mit neuen, attraktiven Spielgeräten ausgestattet. Für den kommenden Doppelhaushalt beantragt das Garten-, Friedhofs- und Forstamt Mittel zur weiteren Sanierung der Waldspielplätze. Hier sind insbesondere Maßnahmen im Bürgerwald sowie im Dürrelewang vorgesehen.

Die Waldflächen des Rot- und Schwarzwildparks unterliegen auf Grund des Natur- und Artenschutzes besonderen rechtlichen Restriktionen. Die notwendigen konzeptionellen Arbeiten, wie die Vereinbarkeit von Erholungseinrichtungen, Natur- und Artenschutz und Verkehrssicherung in diesem Waldgebiet, werden voraussichtlich noch im Jahr 2019 fertiggestellt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt werden können. Die Zuständigkeit für das Waldgebiet und damit auch die Erholungseinrichtungen wechselt zum 01.01.2020 zu der bis dahin errichteten Anstalt öffentlichen Rechts für den Staatswald. Welche Maßnahmen dann umgesetzt werden, liegt nicht mehr in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt Stuttgart.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Botnang befürwortet den Vorschlag grundsätzlich. Wie in der öffentlichen Waldbegehung am 09.04.2019 von Vertretern des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes dargestellt, handelt es sich hier um eine Abwägung zwischen Naturschutz, Verkehrssicherung und Erholungsbedürfnis. Wir wünschen uns eine baldige Umsetzung und Wiederherstellung von Spielmöglichkeiten im Rotwildpark.

Platz: 180

Vorschlag Nr. 50025

Kulturzentrum Zuffenhausen: Umbau des Eingangs

In Zuffenhausen sind Bibliothek, Musikschule und Volkshochschule im so genannten Kulturzentrum untergebracht. Alle drei Einrichtungen sind wichtige Orte der Bildung sowie der Kreativität und werden von allen Altersklassen aufgesucht. Allein zur Musikschule kommen wöchentlich rund 500 Familien.

Der Eingang des Gebäudes ist dem Vorplatz des Kulturzentrums abgewandt und in seiner versteckten Lage sehr dunkel, schlecht beleuchtet und wenig einladend. Von außen sind die Kultureinrichtungen nicht zu erkennen. Gerade in einem Stadtteil wie Zuffenhausen ist es jedoch wichtig, dass die Bildungsorte von jedem/r Bürger/in, und insbesondere von Kindern ohne ein mulmiges Gefühl erreicht werden können.

Diese Situation ist eines lebendigen, vielfältig arbeitenden Kulturzentrums absolut unwürdig!

Die drei Einrichtungen des Kulturzentrums stehen für ein konstruktives Miteinander und für sinnvolle Freizeitgestaltung von Jung und Alt. Der Stadt sollte es ein Anliegen sein, das äußere Erscheinungsbild des Kulturzentrums dem positiven inneren Leben des Gebäudes anzugleichen – gerade in einem Stadtteil wie Zuffenhausen. Eine nachhaltige Verbesserung der Situation kann nur durch einen Umbau des Eingangsbereiches erzielt werden.

Deshalb sollten vorhandene Pläne für ein neues Zugangskonzept umgehend geprüft und direkt umgesetzt werden.

positive Wertungen: 675

negative Wertungen: 67

Stellungnahme der Verwaltung

Das Thema ist der Verwaltung bekannt. Kurzfristig realisierbare Maßnahmen wie eine Kameraattrappe sowie die Abtrennung des Durchgangs im Erdgeschoss mit einem Gittertor wurden zwischenzeitlich umgesetzt. Ferner wird derzeit eine strukturelle Änderung des Zugangsbereichs im Kontext der ohnehin notwendigen Erneuerung des Aufzugs untersucht.

Nachdem die Stadt Stuttgart nicht der alleinige Eigentümer des Objektes und folglich der Eingangsbereich gemeinschaftliches Eigentum ist, müssen entsprechende Beschlüsse über die Hausverwaltung gefasst werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Forderung wird bereits durch einen Beschluss des Bezirksbeirates Zuffenhausen unterstützt.

Platz: 185

Vorschlag Nr. 51636

Schwimmbadöffnungszeiten im Bad Sonnenberg nicht verkürzen

Die bisherigen Öffnungszeiten für alle Bewohner soll beibehalten werden und nicht zugunsten von Schulen und Vereinen weiter verkürzt werden. Schon bei den jetzigen Öffnungszeiten ist das Bad so voll, dass man nur mit Mühe sportlich seine Bahnen ziehen kann. Außerdem haben Erwachsene und Kinder noch andere Termine, wie z.B. Nachmittagsunterricht, so dass die Beschränkung auf wenige Öffnungstage für die Allgemeinheit manchem das Schwimmen in der Woche unmöglich macht. Es ist schon schade, dass man an den meisten Vormittagen nicht mehr ins Schwimmbad kann. Dabei ist Schwimmen und Baden eine der gesündesten Sportarten für Jung und alt und macht zudem Spaß.

positive Wertungen: 671

negative Wertungen: 40

Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart (inkl. Hallenbad Untertürkheim) untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich wieder im Sommer 2019 mit der Thematik befassen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Forderung wird seitens des Bezirksbeirates Möhringen unterstützt. Die Verkürzung der Öffnungszeiten wurde im Bezirksbeirat diskutiert und der Beschlussantrag GRDRs 1008/2018 mehrheitlich abgelehnt.

Platz: 203

Vorschlag Nr. 51060

Platanen an der Heilbronner Straße wieder pflanzen

Bei den Bauarbeiten zu Stuttgart 21 wurden die wunderschönen großen Platanen auf der Heilbronner Straße auf Höhe Genohaus, Riderst Digest Gebäude, gefällt.

Da die Baumaßnahmen jetzt abgeschlossen sind, sollten, an der meistbefahrenen Straße in Stuttgart, diese Bäume ersetzt werden. Die Straße macht ohne die Bäume einen sehr trostlosen Eindruck. Die Schadstoffbelastung ist zudem hoch. Bäume könnten hier unterstützen, die Luft zu reinigen.

positive Wertungen: 663

negative Wertungen: 44

Stellungnahme der Verwaltung

Die Pflanzflächen werden derzeit fertiggestellt und in der ursprünglichen Stückzahl wieder bepflanzt.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Nord befürwortet den Vorschlag einstimmig.

Platz: 235

Vorschlag Nr. 51883

Theaterhaus Stuttgart subventionieren

Die finanzielle Unterstützung des Theaterhauses durch die Stadt erhöhen. Die Subventionierung der staatlichen Theater ist pro Einzelkarte wesentlich höher. Bei einer Auslastung von über 300.000 Besuchern jährlich, stellt das Theaterhaus ein kulturelles Highlight für Stuttgart dar, gerade auch wegen der sehr unterschiedlichen Programmangebote.

positive Wertungen: 644

negative Wertungen: 149

Stellungnahme der Verwaltung

Beim Theaterhaus e.V. handelt es sich um eine bedeutende Stuttgarter Kulturinstitution mit einem breiten und vielfältigen Programm sowie einem personalintensiven Betrieb. Das Programm reicht von kommerziellen Angeboten aus dem Comedy Bereich bis hin zu politisch engagierten Produktionen des hauseigenen Schauspielensembles sowie Gästen. Künstlerisch ambitionierte Tanzinszenierungen von Gauthier Dance und das Internationale Tanzfestival COLOURS erhalten überregionale Aufmerksamkeit in Medien und Fachkreisen und wirken bundesweit als Publikumsmagnet.

Das Theaterhaus steht hinsichtlich einer Lösung für seine Finanzproblematik im engen Kontakt mit der Stadtverwaltung. Die Ergebnisse der Prüfung der finanziellen Situation des Theaterhaus e.V. durch die Verwaltung werden Grundlage für den Gemeinderat sein, um im Rahmen des Doppelhaushalts 2020/2021 über die künftige institutionelle Förderung des Theaterhaus e.V. zu entscheiden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Feuerbach unterstützt grundsätzlich das Theaterhaus, sieht es aber vorrangig als eine Gesamt-Stuttgarter Einrichtung an. Beratungsergebnis: einstimmig.

Platz: 268

Vorschlag Nr. 51123

Alle Schulsporthallen am Wochenende für Vereine öffnen

In Stuttgart ist es für Vereine so gut wie unmöglich noch freie Zeiten zum Training in Sporthallen zu bekommen. Wird eine Halle abgerissen oder umgebaut, kann das Sportamt keinen Ersatz anbieten. Um die Situation zu entschärfen und den Vereinen zusätzliche Trainingszeiten zu ermöglichen, sollten alle Sporthallen von Schulen auch an den Wochenenden nach Anmeldung offen stehen. (Beispiel: Turnhalle der Anne-Frank-Gemeinschaftsschule in Möhringen)

positive Wertungen: 625

negative Wertungen: 61

Stellungnahme der Verwaltung

Entsprechend der vom Gemeinderat beschlossenen „Allgemeinen Überlassungsbestimmungen für Schul- und Schulsportanlagen der Landeshauptstadt Stuttgart“ vom 01.09.2017 („ABs“) werden Schulsportstätten für den Sportübungsbetrieb montags bis freitags bis 22:00 Uhr zur Verfügung gestellt, d.h. dass der Sportübungsbetrieb an Wochenenden grundsätzlich ausgeschlossen ist (siehe nachfolgende „ABs § 4, (2) 2“).

§ 4 Nutzung des Vertragsgegenstands

(2) Die Schul- und Schulsportanlagen werden grundsätzlich zu folgenden Zeiten (einschließlich Umkleiden und Aufräumarbeiten) zur Verfügung gestellt:

1. Schulräume werktags bis 22:00 Uhr.
2. Schulsportstätten für den Übungsbetrieb montags bis freitags bis 22:00 Uhr.
3. Sporthallen werktags bis 22:00 Uhr, sonn- und feiertags bis 19:00 Uhr.
4. Turn- und Versammlungshallen für Veranstaltungen bis 01:00 Uhr, in Ausnahmefällen bis 02:00 Uhr.

An Wochenenden werden vom Schulverwaltungsamt alle Sporthallen für den Sportspielbetrieb sowie alle Turn- und Versammlungshallen für Veranstaltungen überlassen. (siehe „ABs § 4, (2) 3. und 4.“) Darüber hinaus stellt das Schulverwaltungsamt seit 2014 im Rahmen eines Pilotversuchs weitere sechs Turnhallen ausschließlich mit Schlüsselverantwortung und ohne Schulhausbetreuung sowie ohne Sonderreinigung zur Verfügung.

Bei einer generellen Öffnung aller 92 Schulturnhallen für den Sportübungsbetrieb an Wochenenden müssen vorab insbesondere folgende Rahmenbedingungen geklärt und vom Gemeinderat der LHS beschlossen werden:

- Entsprechende Anpassung der Allgemeinen Überlassungsbestimmungen („ABs“)
- Ausreichende Stellenkapazitäten und finanzielle Mittel, z.B. für Reinigung.
- Klärung des Themas Lärmimmissionen insbesondere an Sonntagen

Platz: 360

Vorschlag Nr. 50143

Treppen an den Neckar bauen

Stuttgart soll wieder an den Neckar gebracht werden. Leider gibt es in Stuttgart-Münster keinen auffallenden Zugang zum Neckarufer mehr. Mit Treppenstufen am Fluss könnte der kleinste Stadtbezirk Stuttgarts wieder ein Stück an den Fluss kommen.

Treppen am Fluss gibt es bereits in Basel und Bratislava. Viele Menschen machen es sich darauf gemütlich und verweilen eine Weile am Wasser. Stuttgart-Münster besitzt mit seinem Damm an der Neckartalstraße zwischen der Stadtbahnhaltestelle „Elbestraße“ und „Münster Rathaus“ die idealen Voraussetzungen für solche Stufenaufgänge.

Um den Ort für alle noch attraktiver zu machen, sollten bei den Sitzflächen auch moderne Handyladestationen und stabiles Internet eine Überlegung wert sein.

positive Wertungen: 582

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Kuhn hat im Jahr 2017 den Plan „Erlebnisraum Neckar - ein Masterplan für Stuttgart als Stadt am Fluss“ (<https://www.stuttgart.de/masterplan-neckar>) vorgelegt. Er zeigt auf, welche Potenziale zur Aufwertung und Inwertsetzung der Stadtlandschaft für mehr Lebensqualität, Ökologie und Erholung entlang des Neckars in Stuttgart bestehen und entwickelt konkrete Projektvorschläge. Hierzu gehört auch, Fluss und Ufer für die Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.

Aufgrund der Tatsache, dass der Neckar eine Bundeswasserstraße ist, sind Uferumgestaltungen im Bereich Münster nur eingeschränkt möglich.

Der Masterplan entwickelt an zwei Stellen Ideen für neue Aufenthaltsflächen am Fluss und für eine bessere Zugänglichkeit der Neckarufer aus der Ortslage über die Neckartalstraße hinweg, die derzeit eine starke Barriere zwischen der besiedelten Ortslage und den Freiräumen entlang des Neckars bildet.

Der Masterplan macht auch einen Vorschlag für die Umsetzung der einzelnen Neckarprojekte, die Projekte des Masterplans „Erlebnisraum Neckar“ können nämlich nur Stück für Stück realisiert werden. Zum Beispiel können die Umgestaltungsmaßnahmen in Münster voraussichtlich erst nach der Realisierung anderer Neckarprojekte nach 2035 umgesetzt werden. Bereits in einem Zeitraum zwischen 2022 und 2035 soll in Münster jedoch der dritte Baustein des Uferpark Austraße mit der Umgestaltung der Austraße und der Neckarufer realisiert werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Münster befürwortet dies. Allerdings für den Bereich Aubrücke – Austraße, wo es schon vorgesehen ist.

Platz: 383

Vorschlag Nr. 52979

Hallenbad Plieningen - öffentliche Badezeiten erhalten

Der Bäderentwicklungsplan der Stadt Stuttgart sieht eine komplette Schließung des Hallenbads in Plieningen für die Öffentlichkeit vor. Das Bad soll ausschließlich Schulen und Vereinen zur Verfügung stehen.

Antrag: Die Öffnungszeiten für die Bevölkerung sollen erhalten bzw. attraktiver werden. Für Familien mit Kindern sind Öffnungszeiten am Wochenende attraktiv, Schwimmer nutzen gerne Früh- oder Spät-Schwimmzeiten. Ein attraktives Konzept kann zu erhöhten Nutzerzahlen führen.

positive Wertungen: 571

negative Wertungen: 34

Stellungnahme der Verwaltung

Das Hallenbad Plieningen wird seit Herbst 1993 mit Vorrang für Schulen und Vereine betrieben, welche hauptsächlich Schwimmunterricht und Bewegungsangebote im Wasser anbieten. Die Schulen und Vereine nutzen das Bad an mindestens fünf Tagen pro Woche – wenn schwimmsportliche Veranstaltungen stattfinden auch an sechs Tagen.

Im Rahmen des Bäderentwicklungsplans 2030 wurden die aktuellen und zukünftigen Bedarfe an Wasserfläche und an Belegungszeiten für die unterschiedlichen Nutzungsanforderungen an den derzeitigen Hallenbad-Standorten der Bäderbetriebe Stuttgart untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass die Vereine und Schulen einen Mehrbedarf an Zeiten haben.

Eine mittel- bis langfristige Möglichkeit zur Abdeckung des ermittelten Mehrbedarfs an Zeiten für Schulen und Vereine wäre durch den Anbau eines Kurs- bzw. Lehrschwimmbekens (wo baulich/technisch möglich) denkbar oder durch das Bereithalten von mehr Zeiten.

Um aber zeitnah die Belegungszeiten für Schulen und Vereine zu erhöhen, besteht nur die Möglichkeit, die Öffnungszeiten für die öffentliche Nutzung zu verringern. Mit den vorhandenen Wasserflächen bei den Bäderbetrieben Stuttgart ist derzeit anders keine Erhöhung der Wasserzeiten für die Schulen/Vereine und damit auch kein schnelles zusätzliches Angebot für Schwimmkurse möglich.

Daher wurde eine idealtypische Nutzungsvariante erstellt, welche auch aus personalwirtschaftlicher Sicht und den damit verbundenen gesetzlichen/tarifrechtlichen Vorgaben für den notwendigen Personaleinsatz im Einklang steht.

Am 31. Januar 2019 wurde im Rahmen einer öffentlichen Informationsveranstaltung für alle 23 Stuttgarter Bezirksbeiräte im Kursaal in Bad Cannstatt das Belegungs- und Öffnungszeitenkonzept der Stuttgarter Hallenbäder vorgestellt, welches ein Bestandteil des Bäderentwicklungsplans 2030 ist. Dieser Vorschlag sieht vor, die Nutzungszeiten für die Öffentlichkeit einzuschränken, um den erhöhten Bedarf der Vereine und Schulen zeitnah decken zu können.

Die gewünschte Diskussion in den Gremien und der Öffentlichkeit wurde angeschoben und ist noch im Gange. Den Bäderbetrieben liegen aktuell die meisten Rückmeldungen aus den Bezirksbeiräten mit Fragen, Vorschlägen, Wünschen und ergänzenden Anträgen vor. Außerdem haben uns zahlreiche Zuschriften aus der Bürgerschaft bzw. von Nutzern der Bäder erreicht. Alle eingegangenen und die noch folgenden Vorschläge und Wünsche werden gesammelt und auf Umsetzbarkeit geprüft. Dem Bäderausschuss werden wir dann im Rahmen einer Ergänzungsvorlage die Rückmeldungen aus den Bezirken mitteilen sowie die endgültigen Öffnungszeiten für die Öffentlichkeit vorschlagen.

Der Bäderausschuss wird sich voraussichtlich am 5. Juli 2019 wieder mit der Thematik befassen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Dies ist ein langjähriger Wunsch der Bürgerinnen und Bürger und wurde auch bereits mehrfach vom Bezirksbeirat Plieningen und den Vereinen beantragt.

Platz: 387

Vorschlag Nr. 50061

Taktverdichtung U15 einführen

Die U15 ist im Berufsverkehr so voll, dass teilweise an der Heutingsheimerstraße (das ist die 3. Haltestelle) die Menschen nicht mehr in die Bahn passen, spätestens passiert dies an der Salzwiesenstraße (5. Haltestelle); dies führt dann oft zu 5 oder mehr Minuten Verspätung.

Abhilfe ist nur durch Taktverdichtung zu schaffen, da Langzüge baulich nicht möglich sind.

Da aber auch der Streckenabschnitt um den Hauptbahnhof überlastet ist, ist mein Vorschlag eine Taktverdichtung der U15 im Berufsverkehr auf 5- Minuten-Takt, wobei jede 2. Bahn nur bis Pragsattel, beziehungsweise der nächsten Wendemöglichkeit fährt.

positive Wertungen: 569

negative Wertungen: 49

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB weiß um die relativ hohen Auslastungen in dem Zeitbereich zwischen 7:00 Uhr und 7:30 Uhr. Wie der Verfasser korrekt erkannt hat, ist es leider nicht ohne weiteres möglich einen 5-Minuten-Takt in dem besagten Zeitbereich auf der U15 einzuführen, da die Streckenkapazitäten im Innenstadtbereich mit fünf Stadtbahnlinien (U5, U6, U7, U12 und U15) erschöpft sind. Auch der Vorschlag die 5-Minuten-Takt-Verstärker nur bis zum Pragsattel zu führen, scheidet leider aus, da auch die Haltestelle Pragsattel in der Hauptverkehrszeit mit nun fünf Stadtbahnlinien (U6, U7, U13, U15 und U16) ausgelastet ist.

Nichtsdestotrotz ist auch im Nahverkehrsentwicklungsplan der Stadt Stuttgart eine Verbesserung der Situation gefordert. Derzeit werden seitens der SSB verschiedene Varianten geprüft. Dementsprechend kann ein eventueller Umsetzungszeitpunkt leider noch nicht genannt werden. Eine Hoffnung ist, dass sich das Nutzerverhalten (z.B. durch flexible Arbeitszeiten) ändert und sich die Verkehrsnachfrage etwas gleichmäßiger verteilt. Außerhalb des oben genannten Zeitbereichs ist die Auslastung der Züge auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird vom Bezirksbeirat Stammheim begrüßt. Durch die Aufsiedlung des Gebiets Langenäcker-Wiesert wird sich die derzeit schon schwierige Situation verschärfen.

Platz: 393

Vorschlag Nr. 51801

Backhaus für Stammheim bauen

Gutes Brot – selbst gebacken aus dem Holzbackofen erlebt nach vielen Jahren wieder viel Freude des guten Geschmacks, Selbstversorger, „Eigenbrötler“ und alle, die Spaß haben in geselliger Runde einen netten Abend zu verbringen, werden viel Freude am Gemeinschaftsbacken haben. Früher waren Backhäuser ein Zweckbau für Gemeinden. Die Einwohner trafen sich an bestimmten Tagen zum gemeinsamen Backen und tauschten hier auch Neuigkeiten untereinander aus. Heute gibt es vereinzelt noch Backhausfeste an diesen altertümlichen Backhäusern. Wer dörfliche Strukturen fördern und gleichzeitig altes Handwerk erhalten will hat hier die Chance mit diesem Projekt dies zu unterstützen. Das Backhaus ermöglicht die Verbindung untereinander, die Kommunikation miteinander, den Austausch aller Generationen und aller Nationalitäten und letztlich das Gemeinwohl des Stadtteils Stuttgart-Stammheim.

Hier eine kurzer Geschichtlicher Hintergrund:

Stammheim hatte von 1840 - 1908 an der Rückseite des Rathauses ein Backhaus. Das Rathaus wurde 1908 abgerissen wobei anzunehmen ist, dass dabei auch das Backhaus der Spitzhacke zum Opfer fiel.

Auch einen überregionalen Spitznamen hatten die Stammheimer wegen ihrem Backhaus. Die Stammheimer wurden "d'Bachkörb" genannt.

Der Aufstellort des Backhaus sollte zentral liegen und von allen Bürgern fußläufig erreichbar sein. Hierfür würde sich ein Platz am Heimatmuseum anbieten. So schlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Man hat einen Platz zentral in Stammheim und das Heimatmuseum wird wieder mehr genutzt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Das Backhaus könnte von Kitas, Schulen, Jugendhaus/Jugendfarm, von örtlichen Vereinen genutzt werden. Es ist außerdem möglich Back-Kurse bzw. VHS-Kurse anzubieten und wäre ein neues zentrales Highlight mitten in Stammheim.

Das Interesse am backen in Backhäusern steigt stetig - mit dem Bürgerhaushalt haben wir Stammheimer die Chance ein Backhaus für Stammheim zu bekommen. JEDE STIMME ZÄHLT!

positive Wertungen: 568

negative Wertungen: 123

Stellungnahme der Verwaltung

Errichtung und Betrieb eines Backhauses gehören nicht (mehr) zu den kommunalen Aufgaben. Früher gehörten Backhäuser zur Nahversorgung bzw. öffentlichen Daseinsvorsorge und waren bis in die 1960er-Jahre vor allem in ländlichen Gegenden verbreitet. Dies hat sich bedingt durch eine moderne Infrastruktur bei der Nahversorgung gewandelt.

Wenn es um die Ertüchtigung eines vorhandenen Backhauses ginge, welches ehrenamtlich betrieben würde, könnte die Verwaltung unterstützend mitwirken. Die Verwaltung hat jedoch nicht die Kapazitäten, die Planungen für ein solches Neubau-Projekt aufzunehmen. Ein solches Backhaus hätte auch keinen Bezug zur früheren Tradition.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Vorschlag wird vom Bezirksbeirat Stammheim unterstützt, sofern alle Rahmenbedingungen (wie z.B. Standortfrage, Organisation, Verwaltung, ...) geklärt werden können.

Platz: 480

Vorschlag Nr. 50463

U6 dichter takten und U13 nach Weilimdorf verlängern auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten

Aufgrund des seit 01.01.19 geltenden Diesel-Fahrverbots im Stadtgebiet ist auf der Stadtbahnlinie eine deutlich erhöhte Fahrgastzahl wahrzunehmen. Um diesem Zustand entgegenzuwirken, der wahrscheinlich ab April noch extremer werden wird, ist es unumgänglich die Taktung der Linie U6 zu erhöhen bzw. die Fahrt der Linie U16 nach Weilimdorf zu verlängern, auch außerhalb der Hauptverkehrszeiten!

positive Wertungen: 530

negative Wertungen: 57

Stellungnahme der Verwaltung

Die SSB wertet regelmäßig die Fahrgastzahlen der Stadtbahnlinien aus. Aus unserer Sicht ist die U6 derzeit gut ausgelastet, aber nicht überlastet. Dass einzelne Fahrten besonders hoch ausgelastet sind, ist häufig auf Einmalereignisse zurückzuführen und kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Bei der Dimensionierung richtet sich die SSB nach den Vorgaben des VDV (Verband deutscher Verkehrsunternehmen), die besagen, dass die durchschnittliche Auslastung über die Spitzenstunde gemittelt 65 % und in der 20min-Spitze 80% nicht übersteigen sollte. Einzelne Fahrten innerhalb dieser Spitzenstunde dürfen höher sein. Beide genannten Grenzwerte werden auf der U6 eingehalten. Daher ist auch eine Weiterführung der U13 nach Weilimdorf derzeit kein Thema, da auch keine Wendemöglichkeit für die U13 zur Verfügung stehen würde. Die Wendeanlage in Giebel ist durch die U16 belegt. Die Endhaltestelle in Gerlingen durch die U6.

Mittelfristig soll allerdings die U13 ganztägig über Weilimdorf bis nach Hausen bzw. Ditzingen Ost verlängert werden. Auch eine Ausdehnung der Betriebszeiten der U16 ist mittelfristig vorstellbar, wenn sich die Fahrgastzahlen weiter positiv entwickeln.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Weilimdorf unterstützt diesen Vorschlag einmütig als für den Stadtbezirk wünschenswert und sinnvoll.

Platz: 617

Vorschlag Nr. 50059

Gleisbett der SSB-Trasse in Hedelfingen begrünen

In vielen Stadtteilen wird das Gleisbett der SSB begrünt und trägt dort zur allgemeinen Gestaltung der Umgebung bei.

(Siehe Bopser usw.) Lärm und Staub werden reduziert und die Strecke ähnelt nicht mehr einer ICE-Trasse. Zumindest für Teile der Strecke, zum Beispiel ab Heinrich-Herz-Straße bis Hedelfinger Platz, wäre dies eine sinnvolle Investition, welche dem Hedelfinger Ortsbild gut tun würde und den industriellen Charakter mildern würde. Darüber hinaus wären weitere notwendige Querungsmöglichkeiten für Fußgänger und Radfahrer vorzusehen.

positive Wertungen: 487

negative Wertungen: 74

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stuttgarter Straßenbahnen AG hat bereits seit Anfang der 1980er-Jahre an zahlreichen Stellen im Stadtbahnnetz begrünte Gleiskörper eingebaut und diese technisch weiterentwickelt. Bei Neubaustrecken werden solche Oberbauformen grundsätzlich überall dort gewählt, wo dies technisch, betrieblich und wirtschaftlich vertretbar war. So wurden zwischen den Jahren 2001 und 2019 beinahe alle Neubaustrecken mit Ausnahme von Strecken in Tunnel, auf Brücken oder im Bereich von Überfahrten / Überwegen als Feste Fahrbahn (System SSB) mit entsprechender grüner Eindeckung ausgerüstet.

Seit den frühen 2000er-Jahren wird bei der Wahl der Einsaat zudem vermehrt auf eine ökologisch hochwertige Pflanzenzusammenstellung geachtet, die auch für die städtische Fauna als Nahrungshabitat dienen kann (Magerwiesengleis). Um die notwendigen Instandhaltungskosten und die damit verbundenen gefährlichen Arbeiten der Mahd im Gleisbereich zu reduzieren, wurde die Zusammensetzung entsprechend gewählt, dass sich bei der mahdarmen Ansaat (Dürrlewang) bzw. mahdfreien Ansaat (Tunnelmund Hallschlag) entsprechende Optimierungen ergeben.

Auf Grund der vorliegenden Erfahrungen werden durch die Stuttgarter Straßenbahnen vegetative Eindeckungen von Gleisanlagen ausschließlich im Bereich von Festen Fahrbahnen durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine Betonkonstruktion, deren Herstellung im Vergleich zu einem üblichen Schottergleis ein Vielfaches an Zeit beansprucht.

Die Stuttgarter Straßenbahnen ist vordergründig für einen sehr gut funktionierenden Nahverkehr in Stuttgart verantwortlich und trägt dadurch nicht unerheblich für einen entsprechenden Modal-Split und die dadurch erreichte Entlastung der Straßen bei. Das Thema Umwelt und Nachhaltigkeit steht hierbei in selber Weise im Mittelpunkt. Auf Grund derzeit fehlender technischer Alternativen für den Umbau eines Schottergleises in eine funktionierende Feste Fahrbahn und der dadurch möglichen „grünen“ Eindeckung der Gleise innerhalb kurzer Sperrpausen (also bei Aufrechterhaltung des Betriebes), können die eingereichten Vorschläge derzeit nicht umgesetzt werden, allerdings arbeitet die Stuttgarter Straßenbahnen an Lösungsansätzen, um ggf.in der Zukunft entsprechende Systemwechsel im Zuge der Grunderneuerung technisch und betrieblich umsetzen zu können.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Hedelfingen befürwortet diesen Bürgervorschlag einstimmig. Die Forderung, das Gleisbett zu begrünen, entspricht der Beschlusslage im Bezirksbeirat.

Platz: 680

Vorschlag Nr. 50659

Fahrradweg Mittlere Filderstraße bauen

Wann wird endlich ein Fahrradweg von Stuttgart Ost nach Plieningen und weiter nach Bernhausen gebaut? Es wurde hier schon oft gewünscht, aber es tut sich nichts.

positive Wertungen: 472

negative Wertungen: 122

Stellungnahme der Verwaltung

Priorität bei der Planung und Umsetzung von Radwegen haben die Hauptradrouten. Die Strecke von Stuttgart Ost nach Plieningen über die Mittlere Filderstraße ist aus verkehrsplanerischer Sicht eine wichtige Strecke, um die Höhenunterschiede zwischen Stuttgart-Ost, Sillenbuch/Degerloch und Plieningen mit einer angenehmen Steigung zu überwinden. Aus diesem Grund werden derzeit für diesen ca. 10 km langen Abschnitt Planungen erstellt. Wegen der Länge der Strecke und den vielen zu berücksichtigenden Faktoren (z. B. unterschiedliche Baulastträger, Landschaftschutzgebiete, Biotope, Vogelschutzgebiete, Waldbiotop ...) werden die Planungen abschnittsweise durchgeführt und werden deshalb längere Zeit in Anspruch nehmen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Förderung der nachhaltigen Mobilität wird vom Bezirksbeirat Birkach sehr begrüßt. Eine Weiterführung nach Stuttgart-Ost bzw. Bernhausen wird unterstützt.

Platz: 855

Vorschlag Nr. 53415

Einen Neckarhöhenweg einrichten

Ich schlage vor, einen "Neckarhöhenweg" vom Pragsattel zum Max-Eyth-See auszuweisen und ein paar Verbesserungen im Bereich Schnarrenberg bis Freiberg vorzunehmen, damit hier der Weg leichter zurückzulegen ist.

Wenn man vom Schnarrenberg auf den nicht weit entfernten Aussichtspunkt "Alte Burg Freienstein" beim Max-Eyth-Steg laufen will, dann geht das bislang nur mit erheblichen Umwegen. Man kann entweder ins Tal hinab laufen und dann wieder hoch, oder über den Steg in der Züttlinger Straße zum Kaufpark Freiberg, was ebenso einen enormen Umweg darstellt.

Meine Vorschläge:

- Wenn man vom Tapachtal eine Querung der Schusterbahn auf dem Höhenniveau vom Ende der Züttlinger Straße bis in die gegenüberliegenden Gütle hätte, dann könnte man dort den Weg fortführen bis zum Aussichtspunkt auf der alten Burg.
- Alternativ einen Aufstieg von der Unterführung unter der Schusterbahn hinauf, damit man nicht ganz ins Tal hinabsteigen muss.
- Von dort entlang oberhalb der Weinberge bis zur Keltersteige in Mühlhausen.

Der Knackpunkt ist jedoch die Verbindung zwischen Schnarrenberg und Freiberg.

positive Wertungen: 432

negative Wertungen: 81

Stellungnahme der Verwaltung

Stuttgart hat ein gut ausgebautes Wanderwegenetz; eine Wegeverbindung vom Pragsattel zum Max-Eyth-See besteht, dabei sind mehrere Varianten möglich. Die Wegeabschnitte sind Teil von örtlich ausgeschilderten Wanderstrecken (u.a. Stuttgarter Weinwanderweg Pragsattel - Max-Eyth-See, Weinwanderweg Mühlhausen, Rössleweg des Verschönerungsvereins Stuttgart, Knollenbauchweg Münster). Die ehemalige Burg Freienstein ist in dieses System nicht eingebunden; sie ist jedoch als Teil des Vierburgenweges (Bürgerverein Hofen) gut erschlossen.

Die Verwaltung hat bereits in der Vergangenheit geprüft, ob die Burg Freienstein wie gewünscht in das Wegesystem vom Pragsattel zum Max-Eyth-See eingebunden werden könnte. Eine weitere Querung der Bahn ist jedoch auf Grund der topografischen Verhältnisse nicht möglich. Auch scheidet eine Verbindung von der Eisenbahnunterführung zum Freienstein wegen der Eigentumsverhältnisse und der hohen Kosten aus.

Platz: 878

Vorschlag Nr. 50085

Mittlere Filderstraße sanieren

Die Mittlere Filderstraße vom Flughafen Richtung Fernsehturm ist übersät mit Schlaglöchern. Es ist eine Zumutung dort zu fahren (insbesondere mit dem Motorrad). Man kann fast schon von Vorsatz oder fahrlässiger Körperverletzung sprechen, wenn man dort stürzt.

Des Weiteren ist es peinlich; die Mittlere Filderstraße ist der "Eingang" zu Stuttgart aus dem Süden. Besucher werden mit einer derart maroden Straße empfangen - das wirft kein gutes Licht auf die Landeshauptstadt.

Die Anfrage zu diesem Thema per "Gelbe Karte" im September 2018 blieb bisher unbeantwortet.

positive Wertungen: 428

negative Wertungen: 117

Stellungnahme der Verwaltung

Die Mittlere Filderstraße (L 1016) ist im Eigentum des Landes Baden-Württemberg.

Zwischen Plieningen und dem Eichenhain wurde die Mittlere Filderstraße von der Straßenbauverwaltung des Landes saniert. Die Arbeiten konnten bis Anfang Mai 2019 abgeschlossen werden.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Die Arbeiten wurden soeben abgeschlossen.

Platz: 1001

Vorschlag Nr. 50714

Stadtteil- und Familienzentrum für Obertürkheim einrichten

Im Stadtbezirk Obertürkheim hat sich vor einigen Jahren eine Initiativegruppe gebildet, um ein Stadtteil- und Familienzentrum aufzubauen. Die evangelische Kirche hat hierfür den Luthersaal angeboten und erste Renovierungsarbeiten vorgenommen. Unter einer hauptamtlichen Führung soll es Bildungs- und Unterstützungsangebote wie Krabbelgruppen, Gymnastik für Jedermann, Musikgarten für Kinder, Kulturveranstaltungen, Themenabende und Angebote der Volkshochschule geben. Ganz wichtig für den Stadtteil ist ein Frühstückstreff und das Willkommenscafé für Jedermann.

positive Wertungen: 402

negative Wertungen: 76

Stellungnahme der Verwaltung

Seit 2015 baut ein Initiativkreis ein Stadtteil- und Familienzentrum in Gemeinderäumen der Evangelischen Kirche in der Heidelbeerstraße 5 auf. Seit 2018 wird dort auch der Ansatz Willkommensraum mit sehr großem freiwilligen Engagement erfolgreich umgesetzt. Die Stuttgarter Jugendhaus gGmbH ist im Initiativkreis aktiv und hat als potenzieller Träger des Zentrums einen Förderantrag zum Haushalt 2020/2021 beim Jugendamt gestellt.

Bisher gibt es nach Einschätzung des Jugendamtes kein vergleichbares Angebot im Stadtbezirk; der Bedarf an einem Stadtteil- und Familienzentrum ist vorhanden. Das Jugendamt wird das Vorhaben in der Gemeinderatsdrucksache 379/2019 "Stadtteil- und Familienzentren: Aktuelle Entwicklungen und Vorhaben" darstellen und dem Gemeinderat zur Aufnahme in die Förderung ab dem Jahr 2020 vorschlagen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Obertürkheim hat das Vorhaben bereits im Dezember 2016 einstimmig unterstützt und die Bereitstellung der notwendigen Mittel gefordert. Dies wurde im März 2019 nochmals einmütig bekräftigt. Er unterstützt diesen Vorschlag daher vorbehaltlos und wird sich weiter für diese dringend erforderliche Maßnahme und deren umgehende Realisierung einsetzen.

Platz: 1023

Vorschlag Nr. 53178

Radweg über die Otto-Hirsch-Brücken verbessern

Der Radweg über die Otto-Hirschbrücken von Obertürkheim nach Hedelfingen ist sehr eng. Da es nur auf einer Seite der Brücken einen Radweg gibt, er also in beide Richtungen benützt werden muss und gleichzeitig auch Gehweg ist, kommt es oft zu Situationen, in denen Radfahrer abbremsen und/oder absteigen müssen. Eine zügige Querung der Bahn, des Neckars und der B10 ist auf diesem Weg nicht möglich. Der Rad- und Gehweg sollte deshalb auf der ganzen Brücke verbreitert und verbessert werden.

positive Wertungen: 399

negative Wertungen: 114

Stellungnahme der Verwaltung

Aktuell befindet sich die Hauptroute 2 von Hedelfingen nach Stuttgart-Ost in der Planung. Daran anknüpfend ist mit einer möglichen Umgestaltung des Hedelfinger Platzes auch die Verbesserung des Radverkehrsangebots auf den Otto-Hirsch-Brücken Planungsziel, um die Anbindung an die Hauptrouten 7 und 12 zu optimieren. Die Planungen können voraussichtlich im Jahr 2020 beginnen.

Stellungnahme des Bezirksbeirats

Der Bezirksbeirat Obertürkheim hat im März mit deutlicher Mehrheit wegen der Unübersichtlichkeit entlang der Otto-Hirsch-Brücken eine zeitnahe Fertigstellung der Hauptroute 43 angemahnt, insbesondere den Abschnitt zwischen Obertürkheim und Hedelfingen. Es wurde um eine Vorstellung der Planung im 1. Halbjahr 2019 gebeten.